Nr. 72. Vorort-Ausgabe. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 29 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 27. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Vorwärts!

Vorwärts geht es auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung! Vorwärts mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, vorwärts auch mit der Leserzahl der Parteipresse.

Der Berliner Genossen eifrigstes Bemühen muß es sein, vorwärts zu bringen ihren

„Vorwärts".

Quartalsende steht vor der Tür, die beste Zeit zum Werben für den

„Vorwärts"

ist da.

Nützt die Zeit, Genossen! Was Ihr für den

„Vorwärts"

tut, das tut Ihr für Euch! Jeder neue dauernde Leser des

„Vorwärts"

bedeutet einen bewußten und bewährten Kämpfer mehr im proletarischen Heer, bedeutet einen Verlust für die herrschende Klasse, für Eure Widersacher.

Vermehrte Abonnentenzahl des

„Vorwärts"

ist Verstärkung aller proletarischen Aktionen, ist stärkere Zusammenfassung der Arbeitermassen im **Wahlrechtskampf**, im **Gewerkschaftskampf**, der in der Aera des **Hungertarifes**, der **künstlichen Teuerung** mit wachsender Kraft einsetzen muß.

Aufklärung über die Ursachen der **beginnenden Lebensmittelverteuerung** bringt der

„Vorwärts"

den Frauen!

Kampfbegeisterung, Kampfentschlossenheit soll der

„Vorwärts"

wecken, Erkenntnis, Klassenbewußtsein verbreiten, Wissen vermitteln, Unterhaltendes bringen.

Proletarier Berlins, agitiert für Euer Blatt, für den

„Vorwärts"!

Vom Reichsversicherungsamt.

Der dem Reichstage vorgelegte „Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1905" ergibt, daß dieses für die Arbeiterschaft so wichtige Reichsamt auf dem Gebiete der Unfall- und der Invalidenversicherung eine recht umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat.

Hierzu trägt vornehmlich die Zunahme der Betriebsunfälle bei. Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß im Jahre 1904 bei der Unfallversicherung 583 965 Unfälle angemeldet und für 137 678 Unfälle zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden seien. Im Jahre 1905 sind die Zahlen nach einer vorläufigen Ermittelung des Reichsversicherungsamts auf 609 024 für die angemeldeten Unfälle und auf 141 277 für die zum ersten Male entschädigten Unfälle **gestiegen**, und zwar wurden im Jahre 1905 Entschädigungen gezahlt oder angewiesen an:

812 817 Verletzte	gegen	758 392	im Vorjahre
69 699 Witwen Getöteter	„	65 503	„ „
100 563 Kinder und Enkel Getöteter	„	97 246	„ „
3 805 Eltern Getöteter	„	3 647	„ „

Außerdem erhielten im Jahre 1905 die gesetzliche Unterstützung als Angehörige von Verletzten, die in Heilanstalten untergebracht waren:

14 600 Ehefrauen	gegen	14 587	im Vorjahre
33 015 Kinder und Enkel	„	32 342	„ „
275 Eltern	„	287	„ „

Mithin wurden im Jahre 1905 im ganzen an 1 034 778 Personen Unfallentschädigungen ausgezahlt gegen 972 004 im Vorjahre.

Die Gesamtsumme der Entschädigungen belief sich im Jahre 1905 auf 136 206 112 Mk. = 131,63 M. durchschnittlich für jede entschädigte Person, gegen 126 768 163 M. = 130,42 M. durchschnittlich für jede entschädigte Person im Jahre 1904. Diese Durchschnittsberechnung fehlt freilich im Bericht. Dafür begnügt sich der Berichterstatter nicht mit der großen Gesamtentschädigungssumme vom letzten Jahre, sondern er stellt die Entschädigungssummen Jahr für Jahr von 1886 bis 1905 zusammen. Bei den Unfallziffern dagegen fehlt diese Vollständigkeit; lediglich die Zahlen aus dem Berichtsjahre sind angeführt. So werden die Entschädigungen möglichst hervorgehoben, über die Unmasse von Jammer und Elend dagegen, für welche die Entschädigungen gezahlt worden sind, wird schnell hinweggegangen.

Mit der **Unfallverhütung** hatte das Reichsversicherungsamt namentlich insoweit zu tun, als es für mehrere Berufsgenossenschaften neue Unfallverhütungsvorschriften prüfen und genehmigen mußte. — „Erfahrungsmäßig," so heißt es dann in dem Bericht weiter, „beeinflußt der Alkoholismus die Unfallhäufigkeit in ungünstiger Weise. Die Unfallfolgen heilen bei denjenigen Personen, welche durch Alkoholmißbrauch in ihrer Widerstandsfähigkeit geschwächt und an den körperlich und geistig schädigenden Wirkungen des Alkohols erkrankt sind, schwerer und entwickeln sich ungünstiger als bei Gesunden. Das Reichsversicherungsamt hat daher eine Zusammenstellung der Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften, die sich auf das Verbot der Beschäftigung betrunkener Arbeiter, den Genuß geistiger Getränke usw. beziehen, im Reichs-Arbeitsblatte veröffentlicht. Bei dieser Gelegenheit teilt das Reichsversicherungsamt auch mit, daß die Anregung bei der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, auf die Gewährung von Freibier in Brauereibetrieben beschränkend einzuwirken, zu einem Erfolge noch **nicht** geführt hat."

Die Hauptsache aber für die Unfallverhütung ist selbstverständlich eine genügende Kontrolle der Betriebe. Nach dem Bericht hat im letzten Jahre die Anstellung von technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften zur Ueberwachung der versicherten Betriebe weiteren Fortgang genommen. Von den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten am Schlusse des Berichtsjahres 60 Berufsgenossenschaften (gegen 59 im Vorjahre) 268 technische Aufsichtsbeamte (250 im Vorjahre) angestellt. Von denselben waren 11 bei zwei oder mehreren Berufsgenossenschaften tätig. Daß aber auch die jetzige Zahl von Aufsichtsbeamten noch durchaus ungenügend ist, ergibt sich aus den Jahresberichten dieser Beamten selbst. Denn nach denselben wurden von den 538 678 Betrieben derjenigen 58 Berufsgenossenschaften, welche dem Reichsversicherungsamt die Jahresberichte der Aufsichtsbeamten zugestellt haben, nur 121 540 Betriebe = 23,5 Proz. einer Betriebsrevision unterzogen. Also mehr als ¾ aller dieser Betriebe wurden im letzten Jahre **nicht** besichtigt. Eine nette Aufsicht! Unter diesen Umständen ist es geradezu unverantwortlich, daß das Reichsversicherungsamt fast alle technischen Aufsichtsbeamten, nämlich 200, gleichzeitig als Rechnungsbeamte zugelassen hat. Zunächst sollte das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften dazu bringen, daß sie so viele Aufsichtsbeamte einstellen, wie zu einer ernsthaften Kontrolle **aller** versicherungspflichtigen Betriebe notwendig sind. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, sollte das Reichsversicherungsamt seine Genehmigung dazu erteilen, daß die Beamten auch als Rechnungsbeamte tätig sind, soweit sie dies tun können, ohne daß darunter die technische Kontrolle der Betriebe leidet.

Bei den **landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften** steht es trotz der großen Zahl von Unfällen in den landwirtschaftlichen Betrieben mit der Unfallverhütung noch viel schlechter als bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Das Reichsversicherungsamt kann nur berichten, daß es sich im Berichtsjahre in erheblichem Umfange mit den von den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zur Genehmigung oder zur Vorprüfung eingereichten Entwürfen von Unfallverhütungsvorschriften beschäftigt habe. Ueber die Maßnahmen zur Durchführung derartiger Vorschriften in den landwirtschaftlichen Betrieben schweigt sich der Bericht des Reichsversicherungsamts vorsichtig aus. Im Jahre 1904 hatten von den 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur — sage und schreibe — 5 sich den Luxus erlaubt, technische Aufsichtsbeamte, zusammen 11 Mann, zu beschäftigen. Hierin scheint auch im letzten Jahre eine Besserung nicht eingetreten zu sein.

Ueber die Ausführung des **See-Unfallversicherungsgesetzes** teilt der Bericht unter anderem folgendes mit: Während bei den übrigen Berufsgenossenschaften die Durchführung von Maßnahmen zur Unfallverhütung neben den technischen Aufsichtsbeamten auch von den staatlich angestellten gewerblichen Aufsichtsbeamten überwacht wird, fällt diese zweite Aufsicht, abgesehen von bestimmten Schiffsgattungen, wie beispielsweise die Auswandererschiffe, für Seeschiffe fort. Daher erschien es dem Reichsversicherungsamte wünschenswert, eine Einsicht in die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der See-Berufsgenossenschaft zu gewinnen. Demgemäß wurde der zuständige Referent mit der Bereisung der wichtigsten deutschen Hafenplätze beauftragt. Diese Inspektions- und Revisionsreisen dürften, so hofft der Berichterstatter, ein klares Bild darüber gewinnen lassen, ob und inwieweit die Aufsicht zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften der See-Berufsgenossenschaft noch einer weiteren Ausgestaltung bedarf.

Auf dem Gebiete der **Rechtsprechung** des Reichsversicherungsamtes waren auch im letzten Jahre zahlreiche Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden. Gegen mehrere dieser Entscheidungen mußte die Arbeiterpresse Stellung nehmen, da sie dem sozialpolitischen Charakter der Arbeiterversicherung nicht entsprechen.

Aus der **Statistik der Rechtsprechung** in Unfallversicherungssachen ist hervorzuheben: Es wurden im Jahre 1905 von den Versicherungsträgern 395 568 berufungsfähige Bescheide erlassen, gegen 375 696 im Vorjahre. Die Gesamtzahl der anhängig gemachten Streitsachen bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung stellt sich auf 82 800 gegen 76 189 im Vorjahre. Und zwar 68 742 Berufungen, gegen 65 197, und 13 048 Anträge auf anderweitige Feststellung der Entschädigung infolge Veränderung der Verhältnisse, gegen 10 992 im Vorjahre. Die Zunahme der Berufungen beträgt 5,44 Proz., die der Anträge 24,16 Proz. Die letzteren weisen also eine sehr starke Zunahme auf. Die Berufsgenossenschaften arbeiten mit einem schier unendlichen Eifer daran, die Renten möglichst bald herabzusetzen oder ganz aufzuheben. — 41 041 Beweisaufnahmen haben stattgefunden, darunter 37 103 Beweise durch ärztliche Gutachten, 527 Beweisaufnahmen außerhalb der Gerichtsstelle (Lokaltermine). — Mit den Beisitzern der Schiedsgerichte sind nach den Mitteilungen der Vorsitzenden dieser Gerichte durchweg günstige Erfahrungen gemacht worden. — Von der Bestimmung, daß den Parteien die Kosten des Verfahrens, die durch Mutwillen usw. veranlaßt worden sind, auferlegt werden können, ist nur in vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht worden.

Bei dem Reichsversicherungsamt wurden 17 422 Rekurse anhängig gemacht, gegen 16 473 im Vorjahre, also eine Zunahme um 5,76 Proz. Die Rekurshäufigkeit, berechnet auf 100 rekursfähige, der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes unterliegende Schiedsgerichtsurteile, ist von 31,21 im Jahre 1901 ständig bis auf 27,92 im Jahre 1905 **zurückgegangen**. Von den Rekursen wurden 28,2 Proz., gegen 29,1 Proz. im Vorjahre, völlig oder teilweise in der Rekursinstanz abgeändert, und zwar bei den Rekursen der Versicherten 20,7 Proz. (1904: 22,3), bei denen der Berufsgenossenschaften 53,2 (1904: 51,6).

Bei der **Invalidenversicherung** ist die Zahl der bewilligten Invalidenrenten von 140 092 im Jahre 1904 auf 122 869 **zurückgegangen**, ebenso die Zahl der Altersrenten von 11 936 auf 10 672; dagegen ist die Zahl der Krankenrenten von 10 449 auf 11 871 **gestiegen**. In der Abnahme der Zahl der bewilligten Invalidenrenten zeigt sich fraglos die Wirkung der Bemühungen des Reichsversicherungsamtes, diejenigen Fälle zu ermitteln, in welchen die Bewilligungen von Renten „wegen nicht genügender Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse und wegen Verwischung der Grenzen zwischen Berufsinvalidität und reichsgesetzlicher Erwerbsunfähigkeit, insbesondere aber auch wegen zu milder oder unzutreffender ärztlicher Beurteilung", bemängelt werden müssen. Das Reichsversicherungsamt konnte denn auch feststellen, daß, wenn der Rückgang in der Zahl der bewilligten Renten anhält, eine Erhöhung der Wochenbeiträge in absehbarer Zeit nicht erforderlich werden wird. Eine sehr erfreuliche Nachricht für die Unternehmer; die in ihren Hoffnungen auf die so viel gerühmte Reichsrente getäuschten Arbeiter aber werden hierüber etwas anders denken.

In Invaliden- und Altersrentensachen wurden im Jahre 1905 im ganzen 25 823 Berufungen eingelegt, gegen 22 528 im Vorjahre: 14,6 Proz. Zunahme. Die Häufigkeit der Berufungen ist seit 1900 von 9,8 Proz. bis auf 13,0 Proz. in den beiden letzten Jahren gestiegen. Auch die Zahl der Revisionen ist von 4798 auf 6038 gestiegen. Auffallend groß ist die Zahl der — übrigens zu einem unverhältnismäßig großen Teile von vornherein gänzlich aussichtslosen — Revisionen aus den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten östlichen Provinzen. Dies wird nach dem Bericht mit dadurch veranlaßt, daß sich dort für die Tätigkeit der „Winkelkonsulenten" ein besonders günstiges Feld bietet. Das Reichsversicherungsamt läßt es sich angelegen sein, dieser Tätigkeit der Konsulenten entgegenzuwirken. — Von den Revisionen wurden 79,62 Proz. als unbegründet zurückgewiesen.

Die Revolution in Rußland.

Die Duma-Komödie.

Die Dumawahlen sind „im vollen Gange" — kaum 10 Prozent der „Wahlberechtigten" beteiligten sich unter Kosakenschutz an den „Wahlen". In mehreren Rayons mit 2—3000 Wählern beteiligten sich nur 20—50 Personen an der Wahl. Alle von Witte-Durnowo getroffenen „Maßregeln" zur Durchführung der Wahlen haben ein vollständiges Fiasko erlitten. Alle Gesetze und Geheimerlasse zur Wahrung der „Wahlfreiheit", alle Strafandrohungen gegen den „Boykott" der Duma haben nichts geholfen. Das russische Volk hat in seiner überwältigenden Majorität den ganzen Schwindel der cynischen und frechen Duma-Komödie durchschaut und sich fast einmütig von ihr abgewendet; und diejenigen, welche sich an den Wahlen beteiligt haben, taten es auch nur gezwungen und aus Furcht vor Maßregelungen. Besonders einsichtig zeigte sich das gesamte russische Proletariat, welches zuerst erkannt hat, daß die ganze Dumaposse nur den Zweck hat, **die ausländischen Kapitalisten irrezuführen**. Und das Geld der unterzubringenden Anleihe soll nicht etwa zur Hebung der so heruntergekommenen innerwirtschaftlichen Lage, für industrielle Unternehmungen und Förderung und Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Betriebe und zur Aufbesserung der so trostlosen Bauernverhältnisse oder gar zur Errichtung von Schulen und Bildungsstätten verwendet werden, sondern dazu, den „**inneren Feind**" **niederzukämpfen**. Deshalb wird eine Duma einberufen: die auswärtigen Finanziers verlangen nun einmal ein „Parlament"! Und es wird dafür gesorgt, daß da nur die „richtigen" Leute hineinkommen. Alle „Verdächtigen" werden eingekerkert oder verbannt, oder niedergeknallt, oder unter Anklage gestellt — wodurch sie von der Wahl ausgeschlossen werden. — Obendrein wird der Duma von vornherein jede Selbständigkeit genommen und dieselbe ganz dem Reichsrat unterstellt. Diese Verordnung wird in die „Grundgesetze" aufgenommen, an denen die Duma nicht rütteln darf. Die Duma soll — wie die halboffiziöse „**Nowaja Wremja**" mitteilt — nur kurze Zeit „tagen" — bis die Anleihe votiert ist! — und dann für den ganzen Sommer „in Ferien" geschickt werden! — Man sieht: allzuviel traut der schlaue Wittе der Einsicht der ausländischen Hochfinanzleute nicht zu, wenn er es unternimmt, sie durch solch eine plumpe „Parlaments"-Farce irrezuführen.

*

Petersburg, 26. März. Die Bahngüterverwaltungen raten ab, Güter auf den Südbahnen im Hinblick auf den **bevorstehenden Generalstreik** zu befördern. Wie verlautet, beginnt in Moskau und Petersburg bald ein allgemeiner Ausstand. In Arbeiterkreisen herrscht jedoch trotz der drohenden Unzufriedenheit aus ökonomischen Gründen keine Streiklust.

Moskau, 26. März. **Die Bahnhöfe werden stark militärisch besetzt.** Die Stimmung der Gesellschaft wird seit Mitte Februar **stets erregter**, namentlich infolge der Hinrichtung Leutnants Schmidt. An verschiedenen Orten wurden Versuche gemacht, für Schmidt Totenmessen zu lesen, besonders in Mittelschulen, wo die Schüler nach dem mißlungenen Versuch revolutionäre Lieder singend die Schulen verließen.

Riga, 26. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Polizei entdeckte ein **großes Lager aufrührerischer Schriften**. Man fand sechs Kästen mit Veröffentlichungen. **Vier Personen wurden verhaftet.**

Kasan, 26. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern abend wurde **eine Bombe** gegen das Fenster

der Kanzlei der Gendarmerieverwaltung geworfen, wodurch ein Aktenschrank zerstört wurde. Verletzt wurde niemand. Der Täter entkam.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. März.

Kolonialprügel und — „die gräßliche Flotte".

Ein Ergänzungsetat zum Ausbau strategischer Bahnen — Ausgabe zirka 6 Millionen Mark — wurde ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Dann nahm die Kritik an den Kolonialskandalen ihren Fortgang. Kulturwidrige Wirtschaftsweise, Mittelverschwendung, Beamtenkäuflichkeit, Brutalität gegen Eingeborene wurden auch heute wieder hart gerügt. Charakteristisch war hierbei, daß Kolonialschwärmer, wie der Abgeordnete Bassermann, große Entrüstung über die gegen die Südseeinsulaner offiziell geübte Prügelstrafe äußerten, während die übrigen unerhörten, die Eingeborenen zur Rebellion treibenden Brutalitäten in den afrikanischen Schutzgebieten von den Kolonialenthusiasten mit Schweigen übergangen oder gar verteidigt werden, wenn sie die Opposition zur Sprache bringt.

Nach einigen kleinen Plänkeleien wurde dann der Kolonialetat verabschiedet.

An die Stelle der Kolonialverwaltung am Bundesratstisch rückte die Marineverwaltung mit Tirpitz an der Spitze, dem der Schatzsekretär Freiherr v. Stengel hülfreich zur Seite steht. Denn die „gräßliche Flotte" erfordert Unsummen, die der Schatzsekretär bereitwillig darbieten muß, obgleich er seit Monaten in der Steuerkommission über den Dalles in der Reichskasse Jeremiaden anstimmt.

Admiral Tirpitz hielt es für angemessen, die Empfehlung der Flottenvorlage zunächst einem der Flottenschwärmer des Reichstages, dem Grafen Oriola zu überlassen, der in seiner saloppen sich wichtig vorkommenden Art von der „nationalen" Notwendigkeit der Bewilligung und von den „nationalen" Vorteilen der „nationalen" Flotte sprach und durch die Hohlheit seines „nationalen" Pathos den Patriotismus der Flottenschwärmer selbstironisierend illustrierte.

Diese Talmi-Begeisterung wurde dann vom Genossen Bebel trefflich charakterisiert, als er die wahnsinnigen Forderungen des Flottenvereins aus einigen Flugblättern des Vereins in ihren Konsequenzen schilderte und daraus nachwies, wie diese Patrioten die Kosten der Flotte den arbeitenden Klassen aufbürden wollen und sich nicht schämen, selbst die aus den Einkünften des neuen Zolltarifs einer Witwen- und Waisenversorgung zu reservierenden Mittel für Flottenzwecke zu reklamieren, anstatt in die eigene Tasche zu greifen.

Bebel ließ dann die Wandlungen und Umfälle des Zentrums und der Nationalliberalen in Flottenfragen Revue passieren, legte die Widersprüche der Regierung selbst in diesen Fragen bloß und griff in großen Zügen auf die auswärtige Politik zurück, deren Ziel sein müsse, solch unerhörte Rüstungen zu verhindern. Selbstverständlich besprach Bebel auch die absolutistischen Neigungen in hohen Kreisen, die zu diesen Forderungen führen.

Nach der Bebelschen Rede suchte der Staatssekretär der Marine, v. Tirpitz, in kurzen Ausführungen Bebels Argumente zu entkräften, kam dabei aber zu so sonderbaren Schlüssen, daß er oftmals ironische Heiterkeit auf der äußersten Linken erweckte. Dann wurde die Sitzung vertagt. Heute: Fortsetzung der Flottenberatung. —

Das Bekenntnis zum Kolonialhunnentum.

Herr Arendt besitzt wirklich den traurigen Mut, abermals im „Tag" ein feuriges Plaidoyer für den Hänge-Peters zu veröffentlichen. Er nennt seinen Artikel: „Der Fall Peters und der Fall Bebel" und erhebt gegen Bebel die furchtbare Anklage, den Kolonialheroen Peters für die deutsche Kolonialherrlichkeit unmöglich gemacht zu haben. Dieses Verbrechens ist Bebel in der Tat schuldig, denn in den Verhandlungen des Disziplinargerichts wurde festgestellt, daß die Anklage gegen Peters erst erhoben wurde, nachdem Bebel im Jahre 1896 den Fall Peters im Reichstag zur Sprache gebracht hatte. Ohne das Vorgehen Bebels würde höchstwahrscheinlich keine Anklage erhoben worden sein, trotzdem die Regierung die Anklagepunkte kannte. Im Gegenteil, die Regierung bedachte den Kolonialhunnen noch mit ihrer hohen Protektion! Wenn aber Herr Arendt schreibt, daß Bebel nach der Verurteilung Peters in zwei Instanzen „Triumphator" gewesen sei, dann aber erst später notgedrungen habe zugeben müssen, daß er mit dem Tuckerbrief „hineingelegt" worden sei, so will Herr Arendt die mit dem Fall nicht näher Vertrauten offenbar zu der irrigen Annahme verleiten, daß der Tuckerbrief bei der Verurteilung des Peters überhaupt eine Rolle gespielt habe. Diese edle Absicht des Herrn Arendt sei darum nochmals durch die Feststellung durchkreuzt, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft in der zweiten Disziplinarverhandlung am 15. November 1897 ausdrücklich erklärte, daß der Tuckerbrief nicht existiere und deshalb für die Verhandlungen nicht die geringste Bedeutung besitze!

Doch gehen wir dem Plädoyer des Herrn Arendt etwas näher zu Leibe. Die der Verurteilung Peters zugrunde liegenden Tatsachen kann Herr Arendt nicht aus der Welt schaffen. Sie bestanden erstlich darin, daß Peters seinen Diener Mabrek hätte hängen lassen, angeblich, weil er verschiedene Einbrüche in das Stationshaus unternommen und u. a. dem Peters gehörige Zigaretten entwendet hatte. Herr Arendt behauptete, daß Peters resp. das „Kriegsgericht", das das Urteil über den Mabrek verhängt habe, berechtigt gewesen sei, die Todesstrafe zu verhängen, da die ganze Situation eine äußerst bedrohliche gewesen sei. Diese Auffassung des Herrn Arendt, daß die Lage eine überaus ernste gewesen sei, stützt sich zur Hauptsache auf die Erklärungen des Hänge-Peters selbst. Verschiedene Zeugen, wie der Leutnant von Bronsart, der damalige Chef der ostafrikanischen Schutztruppe, und der damals bei Peters befindliche Maler Kunert bestritten im Gegensatz hierzu durchaus die Notwendigkeit, wegen eines solch harmlosen Verbrechens die Todesstrafe zu verhängen.

Nun stellte sich aber das Disziplinargericht in beiden Instanzen auf den Standpunkt, daß Peters den Mabrek weniger des Einbruchs wegen als vielmehr deshalb habe hängen lassen, weil er mit den im Stationshaus befindlichen als Kunkubinen des Peters und seiner Leute dienenden Negerinnen geschlechtlich verkehrt habe. Peters selbst bestritt vor dem Disziplinargericht, daß die Verurteilung deshalb erfolgt sei. Der Mabrek habe auch nicht mit seiner Konkubine geschlechtlich verkehrt, sondern vielmehr mit der des Herrn von Pechmann. Selbst wenn das richtig wäre, würde nur der gegen Peters erhobene Vorwurf auf besagten von Pechmann abgewälzt werden, der sich ebenfalls für das Erhängen des Mabrek aussprach! Es ist aber mehr als wahrscheinlich, daß Peters in diesem Falle, wie — wir werden noch darauf zurückkommen — auch in den übrigen Punkten die Unwahrheit gesagt hat. Legationsrat Hellwig erklärte nämlich in der zweiten Disziplinarverhandlung, daß Peters selbst bei seiner Vernehmung im August 1896 zugegeben habe, daß die sexuellen Beziehungen des Mabrek zu den Weibern bei dem Todesurteil erschwerend ins Gewicht gefallen seien. Ferner meldete der inzwischen gefallene Freiherr von Bülow in einem amtlichen Bericht an den Gouverneur von der Kilimandscharostation, 2. Juli 1892, daß Mabrek auf Befehl des Dr. Peters gehängt worden sei, weil er mit einem Weibe Verkehr gehabt und zu diesem Zwecke in das Stationsgebäude eingebrochen sei. Auch der Maler Kunert hat sich ähnlich geäußert. Weiter haben verschiedene Farbige bekundet, daß Peters den Mabrek aufgehängt habe, weil er bei den Weibern gewesen sei. Peters habe ihnen verboten, über die Sache zu sprechen, da es ihnen sonst ebenso gehen werde, wie dem Mabrek. Bemerkenswert ist, daß die Aussagen dieser Eingeborenen für die Beurteilung des Falles nicht in Betracht gezogen wurden, da nach einem von Wißmann und anderen Afrikanern erstatteten Gutachten solche Aussagen unglaubwürdig seien. Endlich hatte der Afrikareisende Dr. Baumann bekundet, daß ihm Peters bei einem Diner im Hotel Bristol Aeußerungen gemacht habe, wonach Mabrek seines geschlechtlichen Verkehrs mit den Weibern wegen aufgehängt worden sei. Man sieht also, auf Grund eines wie schwer wiegenden Anklagematerials das Disziplinargericht zu der Auffassung gelangte, daß tatsächlich das sexuelle Motiv für die Verurteilung des Mabrek ausschlaggebend gewesen sei. Wenn Herr Arendt das Gegenteil behauptet, so stützt er sich also lediglich auf die Behauptungen des Angeklagten selbst, die mit dessen früheren Aussagen überdies im Widerspruch stehen!

Die Aburteilung des Mabrek erfolgte außerdem keineswegs durch eine reguläre Kriegsgerichtssitzung. Der Freiherr v. Pechmann selbst, der Hauptteilnehmer des angeblichen „Gerichts", erklärte nämlich vor dem Disziplinargericht, daß er damals eine **offizielle richterliche Qualifikation gar nicht besessen habe.** Man sitze dort eben in solchen Fällen zusammen und beratschlage, was man wohl am besten tun müsse. Bei der Aburteilung des unglücklichen Eingeborenen ist also nicht einmal der Schein einer Gerichtssitzung gewahrt worden!

Trotzdem hatte Hänge-Peters die Dreistigkeit, in dem offiziellen Bericht an die Regierung zu behaupten, daß die Aburteilung des Mabrek die einstimmige Billigung aller beteiligten Europäer gefunden habe. An dieser „Aburteilung" aber haben sich ausschließlich Dr. Peters und der mehrerwähnte Freiherr v. Pechmann beteiligt; der Bezirksamtssekretär Jancke erklärte, sich nicht mehr erinnern zu können, ob er überhaupt um seine Meinung befragt worden sei. Fest steht dagegen, daß Leutnant v. Bronsart und Maler Kunert sich gegen die Verhängung der Todesstrafe ausgesprochen hatten. Herr Arendt besitzt also den Mut, einen unerhörten Willkürakt als einen vollständig gerechtfertigten Akt kolonialer Justiz zu verteidigen!

Der zweite Fall der Petersschen Bestialitäten bestand darin, drei eingeborene Weiber, die ihm und Pechmann als Beischläferinnen dienten, in der brutalsten Weise auspeitschen zu lassen, weil sie es gewagt hatten, sich seiner Gewalt durch die Flucht dadurch zu entziehen, daß sie zu einem eingeborenen Häuptling flüchteten. Als Peters das Dorf dieses Häuptlings niederbrennen ließ, wurde er so eingeschüchtert, daß er die Flüchtigen herausgab, worauf diese, in derselben Weise wie Mabrek „abgeurteilt", mit einer schweren Nilpferdpeitsche je 25 Schläge erhielten. Wenigstens behauptete Peters, daß es nur 25 Hiebe gewesen seien. Der Maler Kunert hingegen behauptete, daß die Weiber viel mehr, wohl an 100 Schläge erhalten hätten! Die Züchtigung sei eine derartige gewesen, daß das **Blut geflossen sei** und die Exekutierten von einem Heilgehülfen hätten in Behandlung genommen werden müssen. Sowohl nach der Aussage Kunerts, als nach der des Jancke hat Peters der bestialischen Züchtigung beigewohnt, was Peters bestreitet. Ein Beweis, welche Glaubwürdigkeit seinen Behauptungen überhaupt beizumessen ist! Eine der Weiber ist **wiederholt** ausgepeitscht worden und in Ketten gelegt, nach einigen Wochen jedoch ebenfalls zum **Hängen** „begnadigt" worden. Auch diese Bestialitäten suchte Peters damit zu rechtfertigen, daß die Flucht der Weiber, falls sie ohne entsprechende Strafe geblieben sei, seine „Autorität" habe erschüttern müssen. Mit Recht jedoch stellten sich sowohl der Vertreter der Anklage, Legationsrat Hellwig, als auch der Disziplinarhof selbst auf den Standpunkt, daß das Dienstverhältnis der Beischläferinnen nur ein freiwilliges gewesen sei. Peters dagegen habe sie als **Sklaven** behandelt, während es doch Aufgabe der deutschen Kolonialpolitik gewesen sei, die Sklaverei zu beseitigen!

Nach alledem ist es klar, daß das Disziplinargericht in beiden Instanzen auf Grund der Beweisaufnahme nur zu einer Bejahung der Schuldfrage der Anklage in ihrem vollen Umfange kommen mußte und auch gelangte.

Wie aber sucht Herr Arendt diese für Hänge-Peters so vernichtenden Tatsachen zu erschüttern? Einfach dadurch, daß er erklärt, die Aussagen Baumanns und v. Bronsarts seien unglaubwürdig, da Baumann eine Reihe von Jahren später im Irrsinn gestorben sei, und Herr v. Bronsart vor kurzem nach schwersten sittlichen Verfehlungen habe landesflüchtig werden müssen. Selbst wenn man die Aussagen dieser beiden Zeugen vollständig ausschalten wollte, bliebe das Anklagematerial gegen Peters noch immer ein vernichtendes. Aber Dr. Baumann befand sich zur Zeit seiner Vernehmung noch im vollsten Besitz seiner geistigen Kräfte, so daß sein Zeugnis als vollständig einwandfreies gelten muß. Und welcher sittlichen Verfehlungen Herr v. Bronsart sich auch schuldig gemacht haben mag — es ist uns unbekannt, daß ein gerichtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet oder ein Steckbrief hinter ihm erlassen worden sei — auf einer tieferen moralischen Stufe als der Hänge-Peters selbst, den Herr Arendt doch für einen vollkommenen Gentleman erklärt, kann er unmöglich gestanden haben. So ist der Verteidigungsversuch des Herrn Arendt nichts als eine Selbstanklage dieses Herrn, die auf die in seinen Kreisen herrschenden Moralanschauungen das allerbedenklichste Licht wirft! —

• • •

Deutsches Reich.

Aus dem Ruhrrevier.

Die Bergarbeiter sind aufgebracht über die Verschlechterungen, welche die Landtagskommission dadurch in das neue Knappschaftsgesetz hineingebracht hat, daß sie das geheime Wahlrecht beseitigt, den Beamten ein besonderes Vertretungsrecht sichert und den Knappschaftsinvaliden das passive und aktive Wahlrecht raubt. Gestern fanden im Ruhrrevier 29 Versammlungen, vom Bergarbeiterverband einberufen, statt, die sich sehr energisch gegen diese neue Leistung des Landtages aussprachen. Nachstehende Resolution fand in den Versammlungen einstimmige Annahme:

„Die öffentliche Bergarbeiterversammlung schließt sich der von dem Essener Bergarbeiterkongreß beschlossenen Eingabe betr. den neuen Knappschaftsgesetzentwurf an und erwartet von der Regierung und dem Landtage, daß diese vollberechtigten Wünsche Berücksichtigung finden.

Sie protestiert gleichzeitig gegen die unrichtigen Ausführungen, welche der Abgeordnete Hilbck bei der Generaldebatte am 22. Januar im Abgeordnetenhause gegen das geheime Wahlrecht bei Knappschaftswahlen gemacht hat. Ohne das geheime Wahlrecht und ohne die Sicherung der Arbeitervertreter gegen Maßregelung, ohne das aktive und passive Wahlrecht auch für Invaliden ist das Mitverwaltungsrecht der Arbeiter nur Scheinmanöver.

Nachdem am 14. und 15. März die Kommission des Landtags das geheime Wahlrecht aus dem Knappschafts-Gesetzentwurf entfernt hat und ferner den Beamten auch noch ein besonderes Vertretungsrecht im Knappschaftsvorstand und in der Generalversammlung zugesichert hat, trotzdem die Beamten aus dem Bochumer Knappschaftsverein (Pensionskasse) jährlich 600 000 M. mehr herausziehen als sie einzahlen; im laufenden Jahre beträgt laut Wirtschaftsplan das Defizit sogar ziemlich eine Million Mark...

Außerdem hat die Kommission beschlossen, die Wählbarkeit der Invaliden zu streichen, man raubt also den Invaliden das passive Wahlrecht. Im Bochumer Knappschaftsverein und anderen besteht die Mehrzahl der Aeltesten aus Invaliden, und denen will man ihre Rechte rauben? Die Versammlung protestiert aufs energischste gegen dieses himmelschreiende brutale Unrecht und ersucht die Regierung, ein so elend verhunztes Gesetz in den Papierkorb zu werfen und dafür ein Knappschaftsgesetz für das Reich beim Reichstage einzubringen, widrigenfalls sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen hat.

Das Bureau wird beauftragt, diese Resolution an den Landtag und die Regierung einzusenden. —

Puttkamers Liebesaffären.

Die Puttkamerschen Liebesgeschichten gestalten sich immer interessanter. Die „Braunschweig. Landesztg.", deren erste Berichte über Jeskos Studien auf dem Gebiete der deutsch-afrikanischen Erotik sich als wahr erwiesen haben, liefert einige neue Beiträge zu den Liebesabenteuern des Herrn v. Puttkamer, die diesen Verbreiter preußischer Junkerkultur in Kamerun nicht nur als einen recht niedlichen Epigonen des seligen Don Juan, sondern zugleich als Gentleman von höchst bedenklicher Skrupellosigkeit zeigen. Das Blatt schreibt:

Es ist gesagt worden, daß sich die Offiziere des „Habicht" darüber beschwert hätten, daß ihnen die „Frau v. Eckardtstein" als Repräsentantin des Gouvernements vorgestellt wäre und daß der Kommandant dieses Schiffes die Dame habe zu Tisch führen müssen. Das stimmt nicht ganz, trotzdem Erbprinz zu Hohenlohe den Vorgang mit Offizieren des „Habicht" ja zugegeben hat. In der Tat war es gar nicht der Kommandant des „Habicht", sondern Kapitänleutnant Becker von der „Hyäne", der die „Cousine" zu Tisch geführt hat. Puttkamer hat sich dann auch bei diesem Herrn entschuldigt und zwar mit der Motivierung: er gedenke die Dame in allernächster Zeit zu seiner Gattin zu machen. Kapitänleutnant Becker hat daraufhin sofort die Schiffskapelle an Land geschickt und selbst der „Cousine" einen Entschuldigungsbesuch gemacht, der aber nicht angenommen wurde. Fräulein Marie Ecke — so hieß damals die Dame, wie ja an dieser Stelle schon mehrfach gesagt worden ist — hat Rücksichten auf den Gouverneur genommen. Sie ist diskret gewesen. Ihre Rücksichtnahme ist so weit gegangen, daß sie sogar die ihr für die Führung eines falschen Namens in Dresden zudiktierte Strafe von 250 M. oder acht Tagen Haft ertragen hat, ohne zu verraten, welche Umstände sie dazu veranlaßt hatten, sich jenes Namens zu bedienen. Die Angabe des „Roland", die Strafe habe in acht Wochen Haft bestanden, ist falsch.

Ein ganz neues Licht auf die Schuldfrage wirft der uns verbürgte Umstand, daß sie die Bekanntschaft ihres hochgestellten Gönners nicht als Lebedame an einer Stätte, wo diese „Damen" sich regelmäßig einzustellen gewohnt sind, sondern als ehrsames Bürgerkind in einer Pension Jänicke, wo sie unter ihrem wirklichen Namen vorgestellt wurde, gemacht hat. — Es werden uns dann auch noch die früheren Angaben bestätigt, wonach sie durch den Bann der Persönlichkeit ihres vornehmen Verehrers bestrickt, sich dazu verstanden habe, mit ihm eine in der Köthenerstraße belegene Wohnung zu teilen, von der aus sie unter dem Namen Eckhardt polizeilich angemeldet worden sei, um vor den Nachforschungen der Eltern geschützt zu bleiben, die sich um ihr Kind sorgten. Weiter wird uns die merkwürdige Tatsache erzählt, daß der auf den Namen von Eckardtstein der Dame von Herrn v. Puttkamer ausgestellte Paß ihr durch Einbruch in Berlin gestohlen worden sei: ein Umstand, der äußerst mysteriös erscheint und allerlei Gedanken wachruft. Auch von der Existenz eines zweiten, auf den Namen Eckhardt lautenden Passes wird uns Mitteilung gemacht mit der Hinzufügung, er habe den Zweck gehabt, die Inhaberin vor polizeilichen Behelligungen zu sichern.

Alles, was die „Frankf. Ztg." über die Marie Bielecki in der Annahme, diese sei mit Fräulein Ecke identisch, erzählt habe, bezieht sich auf eine andere Persönlichkeit, die als Stenotypistin im Spezialdienste des Gouverneurs in Kamerun gestanden habe. Falls der Erbprinz von Hohenlohe noch einige genauere Angaben über die erstgenannte Persönlichkeit zu erhalten wünschen sollte, so stehen ihm solche zur Verfügung."

Die Freunde und Geistesverwandten Jeskos werden sich allerdings durch derartige Enthüllungen in ihrem Glauben, daß Herr v. Puttkamer die geeignetste Person für die Erfüllung der deutschen Kulturmission in den westafrikanischen Gefilden sei, nicht im mindesten beirren machen. Vielleicht entdeckt sogar Herr Arendt, daß gerade die erotischen Exkursionen Jeskos dessen Befähigung zum deutschen Kulturpionier beweisen; denn um in die verzwickten Ehesitten der einheimischen Bevölkerung Kameruns reformierend eingreifen zu können, hätte Herr v. Puttkamer notwendig zunächst gründliche Erfahrungen sammeln müssen. —

Mosse kontra Mosse.

Das Mosseblatt führt ein seltsames Duell auf: Mosse maulschelliert mit Vehemenz Herrn Mosse. Am Sonnabend schreibt der Renommier-Aristokrat Oberst Gaedke im „Berl. Tageblatt" unter dem Titel „Unsere Truppen in Afrika":

„Demgegenüber mutet es etwas eigenartig an, wenn nun ein so außerordentlicher Wert auf die ideelle Seite dieses mühseligen Kampfes gelegt wird, wenn man mit schön klingender, aber inhaltsloser Phrase vor dem Reichstage wie vor einer Volksversammlung triumphierend hinausruft: „Der Krieg hat der Welt gezeigt, daß man in der Armee noch für das Vaterland und den Kaiser zu sterben versteht." Ja, was sollte die dorthin zur Niederwerfung des Aufstandes hinausgesandte Armee denn eigentlich anderes tun? Sollte sie vielleicht fortlaufen?

Wenn unsere Armee nicht mehr für Kaiser und Vaterland zu sterben verstände, so wäre das wahrlich ein trauriges Zeichen nationalen Niederganges; selbst der englische Söldner stirbt für sein Vaterland, auch Hottentotten und Hereros fallen sterbend für die Scholle, auf der sie so lange frei umherschweiften — für unser Heer aber wäre das gleichsam eine Entdeckung, eine Offenbarung voll hohen moralischen und ideellen Wertes?...

Es liegt eine Gefahr darin, den Wert der Probe zu überschätzen, der das deutsche Heer dort unten in der öden afrikanischen Steppe unterworfen wurde.... Dort unten hat nicht das deutsche Heer gefochten; es hat dort eine kleine, sorgfältig ausgelesene Minderheit mit einem nicht ebenbürtigen Feinde gerungen. Die besonderen Schwierigkeiten gegenüber europäischen Kriegen bestanden nicht in der Tapferkeit, Gefährlichkeit und Kriegskunst des Gegners, sondern in der Natur des Landes und unserer Unbekanntschaft mit seinen Eigentümlichkeiten. Im Dulden und im Ertragen waren unsere Truppen bewunderungswürdig — ob ihre Führung und ihre Leistungen zur Erreichung des Kriegszweckes das gleiche unbedingte Lob verdienen, steht auf einem anderen Blatt."

Und am Sonntag schreibt dasselbe „Berliner Tageblatt".

„Die weitere Debatte brachte eine Verteidigung des Obersten Deimling gegen den Vorwurf, daß er und die preußische Generalität die Leistungen unserer Leute in Afrika überschätze. Nach unserem Dafürhalten hat der Mann recht, wenn er sagt, daß unsere Mannschaften dort unten sich benommen haben, nicht nur, wie wir es erwartet haben, sondern weit über das Maß dessen hinaus, was von ihnen zu erwarten war. Mit solchen Leuten, wie sie da unten in Südwestafrika ihre Pflicht erfüllt haben, können wir auch in Europa jeder Eventualität ins Auge sehen. Und diese Erkenntnis, die auch dem Ausland nicht verborgen geblieben ist, ist uns am Ende die Viertelmilliarde wert, die uns der Aufstand gekostet hat. . . . Wer mit dieser Soldateska — das Wort im besten Sinne genommen — anbinden will, der beißt auf Granit."

Wem sollen denn nun die Gläubigen des Mosseblattes trauen: dem militärischen Sachverständigen oder dem „patriotisch" schwadronisierenden Levysöhnchen?" —

Der Streit um das Reichskolonialamt.

Die Ablehnung des Staatssekretärpostens für das Reichskolonialamt durch das Zentrum hat die Nationalliberalen zu wilder Entrüstung aufgepeitscht. Ihre Presse glaubt, da bekanntlich die Verselbständigung des Kolonialamtes vom Kaiser gewünscht wird, die Gelegenheit benutzen zu können, das Zentrum aus seiner Position zu verdrängen. Sie ereifert sich deshalb unter Aufwand einer beträchtlichen Quantität patriotischer Phrasen gegen die gefährliche Zentrumspolitik, die sich nicht von sachlichen Gründen leiten lasse, sondern lediglich durch persönliche Antipathien gegen den Erbprinzen von Hohenlohe nur durch allerlei Intrigen diktiert werde. Dagegen suchen die Zentrumsblätter die nationalliberalen Angriffe als frivole Hetze zu kennzeichnen, indem sie sich mit komischem Pathos auf ihre „sachlichen Bedenken" berufen und sich als die verfolgte Unschuld hinstellen.

Dabei sagen beide Parteien sich ganz allerliebste Wahrheiten, so richtet z. B. die „National-Ztg." an die „Germania" folgende deutliche Anfrage:

„Wir fragen die „Germania", ob es ihr unbekannt ist, was alle Welt weiß, daß jenes Telegramm der „Schlesischen Volkszeitung", das von einem Ultimatum des Kaisers an den Reichskanzler in Sachen des Reichs-Kolonialamts und des Erbprinzen zu Hohenlohe sprach — also ein Kriegsgespenst erster Güte! — von einem gegen das Kolonialamt eifrig tätigen Zentrumsabgeordneten herrührt, und zwar von demselben, der in ihren eigenen Spalten die Krisengespenster, die er selbst gerufen hat, als Ausgeburt phantasievoll veranlagter Gemüter bekämpft?"

Die „National-Ztg." hat, wenn sie das Zentrum des Doppelspiels zeiht, nicht unrecht — nur wandelt die nationalliberale Partei genau dieselben Bahnen — allerdings mit weniger Geschick. —

Preußische Schmach und Ballinsche Profite.

Aus Oberschlesien wird uns berichtet:

Ganz eigenartige Zustände hat in Myslowitz, dem Hauptknotenpunkt für die über deutsche Häfen gehende Auswanderung aus Rußland und Galizien, eine Verfügung des Regierungspräsidenten für Oberschlesien (Oppeln) verursacht. Nach dieser Verfügung dürfen diese Auswanderer, die bis zur Weiterreise in Myslowitz Aufenthalt nehmen müssen, nicht mehr in die Stadt hinein, sondern sie müssen in einer besonders für sie errichteten Kantine, in einem neben dem Bahnhof gelegenen Bau, der durch eine hohe Mauer, durch eiserne Tore und wachsame Torhüter hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen ist, verbleiben. Sie werden dort verpflegt und müssen dort auch nächtigen. Darob fühlen sich nun die Myslowitzer Geschäftsleute, die vom Fremdenverkehr (Dreikaiserreichs-Ecke) und der Auswanderung hauptsächlich leben, schwer geschädigt. In einer Versammlung des Vereins selbständiger Kaufleute in Myslowitz wurde dieser Tage die Angelegenheit besprochen und dabei eine Schilderung der Zustände in der neuen Auswandererkantine gegeben, die in oberschlesischen Blättern lebhaft besprochen wird. Danach faßt der für die Auswanderer bestimmte Logierraum oft lange nicht die Zahl der Auswanderer. Nicht nur müssen viele auf dem nackten Boden liegen, weil nicht Strohsäcke genug vorhanden sind, nein, oft ist der Raum so eng, daß sich die Leute nicht einmal auf dem Boden ausstrecken können, sondern die ganze Nacht hindurch, wie die Heringe aneinander gepreßt, hocken oder stehen müssen. Manche begüterte Auswanderer würden für sich und ihre Familien gern ein Hotel in der Stadt beziehen, sie werden aber einfach gezwungen, in der famosen Kantine zu übernachten. Auch tagsüber müssen die Leute dort verweilen und werden streng bewacht wie Gefangene. Für das, was sie in der Kantine kaufen, müssen sie sehr hohe Preise zahlen. Ein Töpfchen heißen Wassers kostet 5 Pf., ein saure Gurke 10 Pf., ein Glas Tee 30 Pf., ein Brot, das in der Stadt 30 Pf. kostet, 50 Pf. usw. Die rituellen Wünsche der zahlreichen jüdischen Auswanderer finden keine Berücksichtigung. Die sanitären Verhältnisse sollen sehr schlechte sein, was bei der ständigen Ueberfüllung der Räume ja erklärlich ist. Die Leute begrüßen die Abreise von Myslowitz daher mit großer Freude, finden sich dann allerdings sehr enttäuscht, wenn sie in die Wagen vierter Klasse geradezu hineingestopft werden.

In Kattowitz werden die von Oswiecim (Galizien) kommenden Wagen vierter Klasse von den hier stationierten preußischen Gendarmen scharf kontrolliert. Es gilt, die an der Grenze etwa unbemerkt durchgeschlüpften russischen oder galizischen Emigranten zu entdecken. Jeder „verdächtig" aussehende Reisende vierter Klasse wird angehalten und ausgefragt, seine Papiere und Barmittel werden revidiert, und wenn der Verdacht, einen Auswanderer vor sich zu haben, sich bestätigt, wird der Unglückliche mit seinen paar Habseligkeiten unbarmherzig ausgeladen und muß dem gestrengen Wachtmeister folgen. Stellt sich heraus, daß der Mann oder die Frau nicht im Besitze einer deutschen Schiffskarte ist, auch nicht die darüber hinaus erforderten Mittel hat, werden die Unglücklichen ohne Gnade wieder über die Grenze in das „geliebte Heimatland" geschafft. Um einem solchen Schicksal zu entgehen, muß der Auswanderer, wenn er von Rußland kommt, neben der schon benannten Schiffskarte über Hamburg oder Bremen eine bis dahin geltende Eisenbahnfahrkarte und außerdem für sich und jede etwa zu ihm gehörende Person einen Barbetrag von je 400 M. mindestens haben. Für aus Oesterreich kommende Auswanderer wird ein um die Hälfte geringerer Betrag gefordert. Auch die alle diese Bedingungen erfüllenden Auswanderer müssen, wenn sie unterwegs gefaßt werden, an die Kontrollstation Myslowitz zurückgebracht, ärztlich untersucht und dann in der oben beschriebenen Weise „verpflegt" und expediert werden. Wer nicht in Kattowitz abgefangen wird, den trifft dies Schicksal spätestens in Kandrzin, wo noch eine ganz gründliche Revision der Wagen vierter Klasse vorgenommen wird.

So wird an der oberschlesischen Grenze der preußische Staat vor den Gefahren russischer Emigration bewahrt — und zugleich das Interesse deutscher Schiffahrtsgesellschaften wahrgenommen. —

Mißglückte Massenanklage wegen des Wahlrechtsflugblattes.

Vor dem Amtsgericht Templin waren neun, vor dem Amtsgericht zu Lychen fünf Genossen, die das Wahlrechtsflugblatt zum 21. Januar verbreitet hatten, wegen Anfreizung zu Gewalttätigkeiten verantwortlich vernommen. Gegen alle vierzehn Sünder hat nunmehr das Strafverfahren eingestellt werden müssen, weil eine Anklage gegen die vierzehn Genossen sich beim besten Willen aus dem Flugblatt nicht aufrecht erhalten ließ. —

Der hanseatische „Bürgersinn".

Die berechtigte Kritik, die der Genosse Bebel an dem Verhalten des Bürgertums während der Cholerazeit geübt hat, läßt die Hamburger Bürgervereine immer noch nicht zur Ruhe kommen. Hört man die großmäuligen Wortführer dieser Vereine, die sich in niedrigsten Schmähungen und Verdächtigungen gegen den „Herrn Abgeordneten für Hamburg I" ergehen, so könnte man meinen, daß nur die Patrizier und das „bessere" Bürgertum durch energisches Bekämpfen der schrecklichen Seuche die „Republik" vor dem Untergang gerettet hätten. Wie es um diese Heldenhaftigkeit bestellt ist, haben wir schon wiederholt ausgeführt. Kein Mitglied der Hülfs- und Gesundheitskommission von 1892 wird behaupten können, daß eine der prominenten Persönlichkeiten der Pfefferfacksrepublik, die durch die Schuld des herrschenden Klüngels entstandenen Seuchenherde gereinigt, die Tausende von Leichen nach dem Ohlsdorfer Friedhofe befördert und die Bevölkerung über die Cholera aufgeklärt hätten. Das haben nur allein die Arbeiter im Bunde mit den Elementen getan, die, wie jene, von dem jetzt herrschenden Klüngel politisch entrechtet worden sind. Der Führer der Linken der Hamburger Bürgerschaft, der inzwischen verstorbene Rechtsanwalt Gieschen, brandmarkte damals das ganze System sowie das Wahlrecht zur Bürgerschaft und sagte prophetisch (er kannte den hanseatischen „Bürgersinn"): „Wenn die Not vorüber sei, werde alles wieder in den alten Schlendrian zurücksinken." Er fügte noch hinzu: „Es sei ein Unglück für Hamburg, daß ein offenes Wort nicht geliebt werde, daß man alles zu vertuschen und zu verschleiern suche. Noch eine solche Katastrophe wie die Cholera und Hamburg sei bankrott an allen Ecken und Enden! Die Verwaltung sei so schlecht, daß sie gar nicht schlechter sein könne." An diese schmachvollen Zustände wollen die Tonangebenden der Republik Mammonia, die mit allen Mitteln den Wahlrechtsraub inszeniert haben, nicht gern erinnert sein, weshalb sie sich mit wahrer Berserkerwut gegen Genossen Bebel wenden, der mit seiner Kritik mitten ins Schwarze getroffen hat. —

Was ist Hetzen?

Das Verdienst, dargelegt zu haben, was Hetzen im Sinne der Ordnungsparteien und der Gerichte ist, gebührt der Strafkammer des Landgerichts zu Torgau. In dem Urteil gegen den Former Hermann Zernicke legt das Landgericht dies dar. Bekanntlich war Zernicke wegen Hausfriedensbruch zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er das Eisenwerk der Aktiengesellschaft Lauchhammer besucht und dann einen wahrheitsgemäßen Artikel über die Zustände auf dem Lauchhammer Werk veröffentlicht hatte. Von einem Meister war er während der Pause herumgeführt. Die Revision gegen das eigentümliche Urteil schwebt noch. Aus den schriftlichen Urteilsgründen heben wir folgende Stellen hervor, in denen sich das Gericht darüber ausläßt, was Hetzen ist. Es sagt, um die Verurteilung als begründet erscheinen zu lassen:

„Seine (des Angeklagten) Absicht war von vornherein die, die auf dem Werk bestehenden Verhältnisse, soweit sie als Mißstände erscheinen konnten, möglichst hervorzuheben und dadurch Unzufriedenheit unter den dort beschäftigten Arbeitern hervorzurufen und Zwietracht zwischen ihnen und dem Arbeitgeber der Aktiengesellschaft Lauchhammer, die, wie er wußte, gegen einen Anschluß ihrer Arbeiter an den Metallarbeiterverband war, zu erwecken. Um so hetzen zu können, wollte er Eintritt in das Werk erlangen."

Im Urteil wird dann der Artikel, der in ruhiger Weise Mißstände auf dem Werk hervorhob, angeführt, und dann erklärt:

„Der Angeklagte bestreitet zwar, von vornherein die Absicht gehabt zu haben, einen solchen Hetzartikel zu schreiben". Das sei aber unrichtig, „die Schlußsätze des Artikels, der Hinweis auf ihre Menschenrechte, die ausdrückliche Aufforderung an sie, von dem Rechte der Organisation Gebrauch zu machen, lassen keinen Zweifel über das Wesen und den Zweck des Artikels."

Das Gerichtsurteil stellt also damit fest: Hetzen heißt Mißstände aufdecken und die Arbeiter veranlassen, von dem im Kulturinteresse dringend notwendigen gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Ein prächtiges Eingeständnis eines königlich preußischen Landgerichts. Wegen dieses Eingeständnisses mag man dem Langericht verzeihen, daß die Wahl des Wortes Hetzartikel in diesem Zusammenhange die Arbeiter mit Hunden vergleicht, die man auf das gefährliche Wild Arbeitgeber hetzt.

Interessant ist in den schriftlichen Urteilsgründen auch folgender Passus:

„Man läßt Fremde allgemein nicht ohne weiteres in solche Fabrikanlagen hinein, schon damit die Arbeiter nicht durch das Erscheinen von Zuschauern von ihrer Arbeit abgelenkt werden."

Ei freilich, es könnten ja sonst die Arbeitssklaven einige Sekunden lang mit der Schaffung von Mehrwert einhalten! Bei solchen Anschauungen ist es begreiflich, daß Klassenurteile ergehen müssen. Richter, deren Anschauung sich in den wiedergegebenen Ansichten widerspiegelt, können beim besten Willen nicht anders, als ausschließlich das Interesse der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse wahrzunehmen. Gerade das Unbewußte der Beugung des Rechts ist das gefährlichste Element der Klassenjustiz.

Unter den neuen Handelsverträgen. Von der oberschlesisch-russischen Grenze wird uns geschrieben:

Seit dem 1. März, dem Tage des Inkrafttretens der neuen Handelsverträge, haben sich die Verhältnisse im Grenzverkehr und für die Grenzbevölkerung hier erheblich verschlechtert. Auf Verfügung der (preußischen) Provinzialsteuerdirektion ist die bisherige zollfreie Einführung kleiner Mengen Fleisch und Mehl aus dem benachbarten Russisch-Polen an den bisher dafür in Betracht kommenden Punkten der Grenze, besonders bei Myslowitz, „bis auf weiteres" untersagt. Dadurch ist Tausenden oberschlesischer Proletarier die Möglichkeit genommen, sich diese wichtigsten Nahrungsmittel überhaupt zu verschaffen, denn im Industriebezirk selbst ist besonders das Fleisch unerschwinglich teuer. Daran hat auch die Erhöhung des Kontingents der von Russisch-Polen einzuführenden Schweine nichts geändert, denn diese sind seit dem 1. März so erheblich teurer geworden — einmal durch die Erhöhung des Zolles für russische Schweine und weiter durch eine jetzt von den russischen Behörden von jedem auszuführenden Schwein erhobene besondere Gebühr von 5 Rubel — daß die Fleischer gegenwärtig nicht einmal das früher bewilligte Quantum Schweine einführen.

Auch auf russischer Seite geschieht das möglichste, den Grenzverkehr zu beschränken. Die Halbpässe für Grenzbewohner gelten allerdings auch unter den neuen Handelsverträgen noch, die Grenzzone für ihre Geltung ist sogar von 2½ Kilometer auf 30 Kilometer erweitert worden, gegen die Inhaber solcher Halbpässe gehen die russischen Grenzsoldaten neuerdings aber in rücksichtslosester Weise vor und jeder irgendwie „Verdächtige" wird angehalten und meist ohne weiteres auf preußisches Gebiet zurückgewiesen. An manchen Grenzpunkten, wie neulich bei Czenstochau, wird zeitweilig der Uebertritt auf russisches Gebiet ganz untersagt. Natürlich verursachen solche Grenzplackereien hüben und drüben hunderten und tausenden schweren geschäftlichen und anderen Schaden. —

Ausland.

Italien.

Und weiter Blutvergießen!

Rom, 24. März. (Eig. Ber.)

Die Nachrichten aus Süditalien, die in der stereotypen Form neue Gewalttaten gegen wehrlose Arbeiter melden, machen einen um so erschütternderen Eindruck, als sie gerade in den Honigmond des Ministerialismus der sozialistischen Parlamentsfraktion fallen. Gerade in der öden Eintönigkeit, mit der sich diese tragischen Ereignisse wiederholen, liegt eine furchtbare Lehre für alle, die den unheilbaren Klassenantagonismus zwischen Unternehmern und Arbeitern verkennen oder vergessen konnten.

Wieder ist die Provinz Lecce, wo schon so viele blutige Konflikte der letzten Jahre sich abspielten, der Schauplatz der Bluttat, wieder sind streikende Arbeiter die Opfer, wieder haben die Truppen sich „korrekt verhalten" und nach allen Regeln der Kunst wehrlose Menschen niedergeschossen.

In Maglie, Muro und Scorrano streikten seit 3 Tagen die Landarbeiter, um die elenden Löhne (1 Fr. für die Männer, 40 Cent. für die Frauen) zu erhöhen. Die Besitzer hatten es abgelehnt, zu verhandeln, der Regierungspräsident (Präfekt) hatte Truppen geschickt. Freitagnachmittag wurden nun in Scorrano 11 Arbeiter, die auf einem Grundstück arbeiteten, von den Streikenden aufgefordert, sich ihnen anzuschließen. Die Truppen, für deren Einmischung keinerlei Veranlassung bestand, wurden schnell herbeigeholt, um die „Freiheit der Arbeit" zu schützen. Der kommandierende Offizier forderte die Menge auf, sich aufzulösen, ohne daß dieser Aufforderung Folge geleistet wurde. Daher die drei üblichen Trompetenstöße, dann ein Bajonettangriff, den die erbitterte Menge mit Steinwürfen beantwortete. Nach der offiziellen Version sollen dann die Soldaten ohne Order geschossen haben! Ein Streikender soll tot, ein Unbeteiligter verwundet sein.

In ähnlicher Weise spielte sich der Konflikt in Muro ab, wo die Streikenden die Schließung der Läden durchsetzen wollten. Auch dort sollen die Soldaten ohne Befehl geschossen haben, weil sie mit Steinen beworfen wurden. Die Zahl der Verwundeten soll hier sieben betragen.

Es ist also das alte Lied, wie wir's von Giolittis und Fortis Zeiten her kennen. Sonnino ist nicht daran schuld — wie seine Vorgänger nicht daran schuld waren. — Aber Sonnino wird, wie seine Vorgänger, die eigentlich Schuldigen, die kopflosen Beamten und die brutale Soldateska, straffrei ausgehen lassen, weil ihm die Achtung vor der „Freiheit der Arbeit", vor der Heiligkeit des Streikbrechers zu tief im Blute sitzt, als daß er sie je verleugnen könnte. Er ist nicht umsonst der Sachwalter der Interessen des Besitzes!

Und so hat Sonnino heute im Parlament auf die recht zahme Interpellation der Sozialisten **kein Wort des Bedauerns** über die Gewalttat gehabt und nur versichert: Die Truppen hätten ihre Pflicht getan. Der „Avanti" fordert in heftigen Worten die Bestrafung der Schuldigen und regt eine energische Agitation der Parlamentsfraktion an, um die Bestrafung zu erzielen. Sicher wird aber Sonnino, wie jeder andere Minister der Bourgeoisie, den Handlungen des Kapitals seine Solidarität nicht verweigern. Man wird fortfahren, die Stumpfheit und Roheit der Truppen gegen die Arbeiter zu kehren, sobald diese an den heutigen Pfosten des Profits rütteln wollen. Das liegt in der Natur der Klassengesellschaft, und darum kann keine sozialistische Partei jemals den Herrschenden dieser Gesellschaft ihr Vertrauen aussprechen, ohne daß die Unterdrückten an der Partei irr werden. Die innere Logik der Dinge hat diesmal mit erschreckender Schnelligkeit eine allen faßbare und greifbare Gestalt bekommen. Das Blut der Opfer kommt nicht über Sonnino, wohl aber über das System, das Sonnino repräsentiert und repräsentieren muß und das sich mit jeder Form der List und Gewalt um seine Existenz wehrt. Daß doch die Vorgänge von Scorrano und Muro denen, die dies nicht sehen wollen, die Augen öffnen möchten! —

Amerika.

Es dämmert.

London, 26. März. (W. T. B.) Wie die Blätter aus Washington melden, hat der amerikanische Arbeiterbund die Aufstellung eigener Kandidaten für den Kongreß beschlossen. Der Bund hat bisher die Republikaner unterstützt, macht diesen jedoch den Vorwurf, die Interessen der Arbeiterpartei vernachlässigt zu haben. Der Bund verfügt über eine ungeheure, weit ausgedehnte Organisation. —

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts".)

Siebenter Verhandlungstag.

Kottbus, 26. März.

Nach Eröffnung der Sitzung wurden noch einige nachträglich geladene Zeugen vernommen, welche Aussagen über Mißhandlungsfälle machten, die bereits in früheren Sitzungen erörtert wurden. Im allgemeinen wurde nichts Neues vorgebracht. Erwähnenswert ist die Aussage einer Zeugin, die Angaben über den Fall macht, wo ein mißhandelter Arbeiter den Gärtner gesehen hat, der in das städtische Krankenhaus in Senftenberg aufgenommen wurde. Der Mißhandelte, Arbeiter Pick, wohnte bei der Zeugin Frau Arlt. Pick kam blutüberströmt nach Hause und teilte der Zeugin mit, er sei von einem Aufseher des Werkes „Görlitzer Flur" gemißhandelt. Die Zeugin ging mit dem Verletzten zu Gärtner und dann zur Polizei, um die Aufnahme des Verletzten ins Krankenhaus zu erwirken; Pick wurde auch ins Krankenhaus gebracht. Aus dem in Händen des anwesenden Sachverständigen und Zeugen Dr. Glomb befindlichen Krankenhausjournal geht hervor, daß bei der Untersuchung Picks Wunden am Kopf, tüchtige blaue Flecke an der linken Schulter und Hüfte festgestellt wurden. Ueber die Entlassung Picks aus dem Krankenhause ist im Journal nichts vermerkt. Es scheint, daß er im Delirium vor seiner Heilung sich aus dem Krankenhause entfernt hat. Später ist Pick wieder zu Frau Arlt gekommen. Er erhielt dann eine Vorladung von der Polizei. Er glaubte, er solle wegen der Mißhandlung vernommen werden, er wurde aber aufgefordert — die Krankenhauskosten zu bezahlen. Um dem zu entgehen, hat sich Pick aus Senftenberg entfernt und ist nicht zu ermitteln. — — Der Fall Pick wird hauptsächlich nach der Richtung hin erörtert, ob die Senftenberger Polizei, obgleich sie Kenntnis von einem Falle von Körperverletzung erhielt, nichts zur Verfolgung des Beschuldigten getan hat. — Die Zeugin Arlt bekundet, daß Pick, als sie mit ihm auf der Polizei war, nicht vernommen wurde. Er hat ihr aber nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhause erzählt, er sei im Krankenhause vernommen worden. Von welcher Seite und zu welchem Zwecke läßt sich augenblicklich nicht feststellen. Der hierüber vernommene Polizeisergeant Tröder weiß nichts von einer Vernehmung Picks, da es sich um einen Arbeiter der „Görlitzer Flur" handelt, so gehöre der Fall nicht zur Zuständigkeit der Senftenberger Polizei. — Der Verteidiger stellt Fragen an den Polizeisergeanten Tröder, um festzustellen, wie denn die Polizei in solchen Fällen verfahre, wo ihr ein Verletzter vorgeführt und ihr bekannt werde, es handele sich um eine strafbare Körperverletzung. — Der Zeuge verweigert hierüber die Antwort unter Berufung auf das Dienstgeheimnis. — Dem Zeugen wird dann die Frage vorgelegt, ob er nichts unternehmen würde, wenn ihm jemand vorgeführt wird, der so schwer verletzt ist, daß er nicht selber gehen kann (wie es in diesem Falle war) und wenn ihm dabei mitgeteilt wird, daß der Verletzte mißhandelt worden sei. — Nach einigen unbestimmten Antworten sagt der Zeuge schließlich: Wenn keine Gefahr im Verzuge sei, würde er keine Vernehmung vornehmen, sondern den Verletzten zum Arzt schicken, besonders in diesem Falle, wo die Senftenberger Polizei gar nicht zuständig sei.

Staatsanwalt und Verteidiger.

Zu dem Beweisthema: Mißhandlungen, meldet sich ein schon früher vernommener Zeuge, um etwas zu bekunden, was ihm erst nachträglich eingefallen ist: Der Bruchschläger Lorenz hat einen Arbeiter in der Grube so geschlagen, daß dem Manne die Mütze und Lampe entfiel und er sich im Finstern befand. Lorenz entfernte sich dann, der Zeuge schaffte dem Geschlagenen Licht. — Nach dieser Bekundung bemerkt der Staatsanwalt: Dieser Zeuge habe schon öfter nachträgliche Aussagen gemacht. Es scheine, daß dem Zeugen alle Augenblicke etwas Neues einfalle und deshalb immer neue Fälle zur Sprache kommen. Wohin solle denn das führen, — Rechts-

Anwalt Liebknecht wirft hier ein: Das ist ein Zeuge, der der Anklage unangenehm, der Verteidigung aber sehr angenehm ist. — Der Staatsanwalt sagt darauf in gereiztem Ton: Er bitte den Vorsitzenden, ihn gegen diese Bemerkung des Verteidigers in Schutz zu nehmen. Weiter knüpft der Staatsanwalt an die Aussage des Zeugen Erörterungen, die der Verteidiger als plaidoyerartige Ausführungen bezeichnet. — Auf Befragung durch den Verteidiger sagt der Zeuge: Er habe sich auf den eben angegebenen Fall erst jetzt besonnen, und da er beschworen habe, nichts zu verschweigen, so halte er es für seine Pflicht, alles anzugeben, was ihm nachträglich noch einfällt.

Hierauf wird Beweis erhoben über

die sanitären Verhältnisse auf der Stadtgrube.

Den Anlaß dazu bietet ein Passus in dem von Gärtner herausgegebenen Flugblatt, welcher besagt: Von zirka 100 auf der Stadtgrube beschäftigten Arbeitern seien in einer Woche 32 krank gewesen. Die Zustände auf der Grube seien so schlecht, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt werde.

Als Beweismittel legt der Verteidiger statistische Angaben vor, welche der vom preußischen Handelsministerium herausgegebenen „Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Hüttenkunde" entnommen sind. Danach kamen auf 1000 Knappschaftsmitglieder in sämtlichen preußischen Knappschaftvereinen im Jahre 1895 565, im Jahre 1904 565 Krankheitsfälle. Für die Knappschaftsvereine im Oberbergamtsbezirk Halle kommen auf je 1000 Mitglieder im Jahre 1895 536 und im Jahre 1904 502 Krankheitsfälle. Der Brandenburger Knappschaftsverein hatte aber auf je 1000 Mitglieder im Jahre 1895 541, im Jahre 1904 619 Krankheitsfälle. Hiernach sind also die Erkrankungen der Arbeiter im brandenburgischen Braunkohlenbau erheblich zahlreicher, als in anderen Bergbaubezirken.

Die Schlüsse, welche die Verteidigung aus der Statistik zieht, werden vom Sachverständigen, Bergrat Baselt, angefochten. Er meint, wenn man die sanitären Verhältnisse eines Betriebes beurteilen wolle, müsse man nicht nur die Zahlen, sondern auch die Ursachen der Krankheitsfälle kennen. Der Sachverständige hat eine andere Zusammenstellung für den Braunkohlenbau im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. gemacht und dabei auch die Zahl der Krankheitstage angegeben. Diese Zusammenstellung erstreckt sich auf die Jahre 1900 bis 1904 und ergibt, daß von 1900 bis 1902 eine erhebliche Zunahme der Krankheitsfälle und Krankheitstage stattgefunden hat und daß die Verhältnisse im Jahre 1902 noch ungünstiger waren wie im Jahre 1904. Der Sachverständige führt das darauf zurück, daß infolge der steigenden Ausdehnung des Braunkohlenbaues viele fremde mit dem Bergbau nicht vertraute Arbeiter eingestellt worden seien, wodurch sich die Zahl der Unfälle vermehrt habe.

Durch Einsicht des Zeugen Dr. Glomb in das Kranken-Journal, sowie durch Aussage des Betriebsinspektors Möller ergibt sich, daß im Februar 1904 von einer Belegschaft der Stadtgrube von 110 Mann in einer Woche 25 krank, waren und zwar handelt es sich um Kranke, die in ärztlicher Behandlung waren. Nicht berücksichtigt sind die Kranken, die nur ein bis drei Tage krank waren, ohne sich in ärztliche Behandlung zu begeben.

Zur Aeußerung über die statistischen Angaben soll noch der Knappschaftsdirektor Herzer als Sachverständiger geladen werden.

Hierauf werden verschiedene Zeugen über

Unfälle auf der Stadtgrube

vernommen. Nach der Darstellung eines Zeugen ist im Tagebau ein Stück des Kohlenflözes mit einem Inhalt von einigen hundert Wagen Kohle eingestürzt. Ein Riß in der Kohlenwand war schon seit einigen Tagen vorhanden, so daß der Einsturz zu befürchten war, jedoch wurde zur Verhütung der Gefahr nichts getan. — In einem anderen Falle ist von einer Tonwand des Abraumes ein Stück, so groß wie ein halbes Haus in die Schurre, wo die Förderwagen beladen werden, hinabgestürzt. Auch in diesem Falle liegen die Dinge nach Ansicht von einigen als Zeugen auftretenden Arbeitern so, daß der Absturz vermieden werden konnte, wenn die Betriebsbeamten die erforderlichen Vorkehrungen getroffen hätten. Man habe schon vorher bemerken können, daß ein Einsturz drohe. Die Tonwand war gefroren, deshalb habe sie noch gehalten. Als dann Tauwetter eintrat, stürzte die Wand, wie vorauszusehen war, ein. Einen Riß konnte man schon mehrere Tage vorher sehen, der Steiger ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, er sagte aber, die Wand hält noch. — An die Erörterung dieses Falles knüpfen sich längere Ausführungen des Sachverständigen, Bergrat Baselt. Der Sachverständige ist der Meinung, daß hier nicht unbedingt eine Nachlässigkeit der Betriebsleitung angenommen werden könne.

Aus Industrie und Handel.

100 000 M. für die notleidenden Agrarier, 0 für die Opfer von Courrières!

Daß bei den Spenden für die Opfer von Courrières meist ganz andere Motive als Mitleid maßgebend sind, dafür lieferte das Kalisyndikat ein recht krasses Beispiel. Wie der „Börsen-Courier" dieser Tage mitteilte, hatte das Mitglied des Aufsichtsrats Saur den Antrag gestellt, für die Opfer von Courrières 50 000 M. aus Syndikatsmitteln zu bewilligen. Das genannte Blatt befürwortet solche Spenden u. a. aus politischen Gründen, zur Bekundung der Solidarität des Unternehmertums. Das Syndikat hat solche Geschäftswohlfahrtsmoral noch erheblich in den Schatten gestellt. Das Syndikat hat den Antrag abgelehnt! Die Begründung gibt das charakteristische Relief dazu. Zunächst wird gesagt, das Syndikat halte sich nicht befugt, „über die Mittel der Gesellschaft in der beantragten Weise zu verfügen." Die Fadenscheinigkeit dieser Begründung erhellt aus der Tatsache, daß das Syndikat aus den Mitteln der Gesellschaft 100 000 M. für die landwirtschaftliche Genossenschaftsschule in Darmstadt bewilligte, ferner Summen für die Feier des Bergmannstages, zur Unterstützung von Leuten, die selbst im Fett schwimmen. Aber das Syndikat weist auch selber nach, daß es sich bei der in der Form sachlichen Begründung nur um einen Vorwand handelt, hinter dem sich ein unsagbar kleinliches Motiv verbürgt. Die Syndikatleitung begründet die Ablehnung weiter mit der vorherigen Veröffentlichung des Antrages, das sei nach ihrer Meinung zu reklamehaften Zwecken geschehen. Ob das zutrifft oder nicht, ist wirklich gleichgültig. Daß aber die Ablehnung aus so kleinlichen Erwägungen erfolgen konnte beweist, daß das namenlose Unglück auch nicht einen Grad von Mitleid und Hilfsfreudigkeit auszulösen vermochte. Weiter ist aber auch daraus zu erkennen, daß wenn man einmal in die Toga des Wohltuns sich hüllt, Nützlichkeitserwägungen und nicht Uneigennützigkeit den treibenden Faktor bilden. Die Arbeiterschaft kann aus diesem Beispiel wieder erkennen, was sie von der oft marktschreierisch angepriesenen Menschenliebe und Wohlfahrterei des Kapitals zu halten hat.

Gewinnverteilung.

Wie die Dividenden künstlich verkleinert werden, zeigt die Bilanz des Schaller Gruben- und Hüttenvereins. Der Bruttoüberschuß des letzten Jahres belief sich auf 6 685 902 M. Davon wurden 2 200 000 M. zu Abschreibungen verwendet. Das Aktienkapital beträgt 10 200 000 M. Mithin wurde über ein Fünftel des gesamten Aktienkapitals abgeschrieben. Aber noch mehr Summen verschwinden. Für den Hochofenerneuerungsfonds kamen in Extraabzug 400 000 M., für Bergschäden 650 000 M., für außergewöhnliche Abschreibung 100 000 M., für den Spezialreservefonds 156 795 M. und für den Aufsichtsrat 102 844 M. Nach solchen Abzügen blieb für die Aktionäre nur noch die Kleinigkeit von 2 876 263 M. zur Verfügung, woraus eine nur bescheidene Dividende — 27½ Proz. verteilt wird.

Die Preise steigen! Die Velberter Schloßfabrikanten haben wiederum eine Preissteigerung — um 5 Proz. — vorgenommen.

Maschinenfabrik Blumwe u. Sohn A.-G. Der gegen das Vorjahr etwas gestiegene Reingewinn, der sich nach Absetzung von 62 938 M. für Abschreibungen auf 111 695 M. beläuft, gestattet die Ausschüttung einer Dividende von 7½ Proz.

Ludw. Löwe u. Co. A.-G. Um ¼ Million Mark, auf 1 906 578 M., stieg der Ueberschuß für das verflossene Geschäftsjahr. Für Abschreibungen werden 482 972 M. abgesetzt; der Reingewinn beläuft sich auf 965 963 M. 12 Proz. Dividende, gegen 10 Proz. im Vorjahre, gelangen zur Verteilung.

Der Anteil des Hausbrandes am Gesamtkohlenkonsum. Nach einer Zusammenstellung in den „Nachrichten für Handel und Industrie" über die Gliederung der Verwendungszwecke der von den staatlichen Gruben abgesetzten Produkte entfallen 2 500 582 Tonnen gleich 24,8 Proz. der Gesamtmenge auf Konto: Hausbrand und Handel. Das „Glückauf" berechnet, daß von der Ruhrkohle 13,65 Proz. auf jenes Konto entfallen. Oberschlesien und die Braunkohlenindustrie stellen dafür ein größeres Kontingent. Daraus ergibt sich die Bedeutung der Preissteigerung im Kleinhandel.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Geht nicht nach dem Ruhr-Revier.

Die Berliner „Morgenpost", ein bürgerliches Klatschblatt, das leider seinen Hauptstamm von Abonnenten immer noch in Arbeiterkreisen hat, enthält folgendes Inserat:

> **Steinkohlenbergwerk** am Niederrhein sucht bei gutem Lohn für unterirdischen Betrieb ordentliche Arbeiter. Alter 16—25 Jahre. Freie Fahrt zugesichert. Auskunft: Kochstr. 58 bei Dowe Montag und Dienstag, morgens 11—12, nachmittags 5—6 Uhr.

Den jungen Leuten, die sich melden, wird ein Lohn von 2,50 Mk. bis 3 Mk. (später mehr!) versprochen, der natürlich völlig unzureichend für die Verhältnisse im Ruhr-Revier ist.

Es handelt sich offenbar um Arbeiter für die Zeche „Deutscher Kaiser" bei Duisburg. Es sei darauf hingewiesen, daß es den Agenten dieser Zeche schon einmal gelang, einen Arbeiter-Transport in Königsberg anzuwerben. **30 von diesen Leuten kehrten** nach den Erfahrungen, die sie in Duisburg gemacht hatten, **zu Fuß in ihre Heimat zurück. 29 meldeten sich bei der Polizei in Duisburg als obdachlos!**

Die Leute, die heute mittag um 2 Uhr nach dem Anhalter Bahnhof bestellt sind und die, welche sich noch anwerben lassen wollen, mögen sich dieses Schicksal der vor ihnen Geworbenen vor Augen halten!

Eine Massenversammlung der Berliner Schlosser befaßte sich gestern abend im großen Saal der „Neuen Welt" abermals mit dem bisherigen Ergebnis der Tarifverhandlungen. Laut Kommissionsbericht des Bevollmächtigten Cohen haben sich die Meister in der letzten gemeinsamen Sitzung nur zu einer Erhöhung ihres ursprünglichen Angebots von 40 auf 42½ Pf. als Minimallohn verstehen wollen, während die Gesellen 50 Pf. fordern. Die Meister gaben dabei sogar ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Gesellen mit diesem Angebot sicher zufrieden sein würden, falls die Kommissionsmitglieder ihnen nur freie Hand in ihren Entschließungen lassen wollten. Hätten die Meister gestern abend jedoch aus eigener Anschauung die Stimmung unter den Gesellen kennen gelernt, so würden sie ihre Meinung zweifellos bald geändert haben. Sämtliche Diskussionsredner wandten sich unter stürmischem Beifall der Anwesenden mit Entrüstung gegen das winzige Angebot der Meister und bezeichneten dasselbe als eine direkte Verhöhnung und Herausforderung der ganzen Gesellenschaft. Mehrfach wurde gefordert, jede weitere Verhandlung jetzt einfach abzubrechen und am 1. April in den Streik zu treten. Erst der mehrfache Hinweis des Bevollmächtigten Cohen darauf, daß die jüngst stattgefundene Generalversammlung der Schlossermeister den ausdrücklichen Wunsch nach einer weiteren Verhandlung resp. Verständigung ausgesprochen hat, bewog die Versammlung, ihrer Kommission nochmals die Teilnahme an der für den heutigen Dienstag festgesetzten erneuten Besprechung mit den Innungsvertretern zu gestatten. Die endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden im Schlossergewerbe dürfte demnach der nächsten Versammlung vorbehalten sein.

Die Lohnbewegung der Steinarbeiter in den Nicht-Innungsgeschäften macht gute Fortschritte, nachdem die Innungsmeister den Tarif angenommen haben. Einige Firmen sind allerdings sehr hartnäckig, aber es wird von den Arbeitern eine Position nach der anderen gewonnen. Besondere Aufmerksamkeit soll den Grabsteingeschäften zugewendet werden. 60 Geschäfte, meist in Grabsteinarbeiten, stehen noch aus, die den Tarif noch nicht anerkannt haben. Von der Firma Hinze am Prenzlauer Tor wurde in einer Versammlung der Steinarbeiter berichtet, daß dieselbe den Lohn von 80 Pf. wohl bezahle, aber sich nicht durch Unterschrift dazu verpflichten wolle. Die Versammlung nahm einen Beschluß an, nach welchem die Angestellten bei Hinze am Montag morgen die Unterschrift verlangen und bei einer Weigerung die Arbeit niederlegen sollten. — Die Angelegenheit am Neubau des Schiller-Theaters in Charlottenburg rief eine längere Debatte hervor. Der Zentralverband der Maurer hatte sich an den Verband der Steinarbeiter mit dem Ersuchen gewendet, daß keinem Steinmetz gestattet werde, dort zu arbeiten, so lange die organisierten Maurer — 85 an der Zahl — ausgesperrt bleiben. Die Versammlung beschloß, dem Ersuchen der Maurer stattzugeben und erklärte sich ferner mit der Taktik des Vorstandes in der Lohnbewegung einverstanden.

Deutsches Reich.

Zum Tischlerstreik in Frankfurt a. O. ist zu berichten, daß sich dort gegenwärtig rund 500 Gesellen im Ausstande befinden. Die bislang vom Streik nicht betroffene Firma Manz u. Gerstenberg hat am Sonnabend ebenfalls sämtliche im Holzarbeiterverband organisierte Gesellen ausgesperrt, während sie die Unorganisierten und Hirsch-Dunckerschen weiter beschäftigt. Vor Zuzug wird dringend gewarnt.

Die Fabrik-Schuhmacher in Frankfurt a. O. sind wegen einer Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden bei gleichbleibenden Löhnen in den Ausstand getreten. Es wird vor Zuzug gewarnt. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Vierhundert Möbeltransportarbeiter haben gestern (am Montag) in Magdeburg die Arbeit eingestellt. Sie waren dazu gezwungen, weil die Arbeitgeber die bescheidenen Forderungen nicht erfüllten. Die Möbeltransportarbeiter hatten bisher eine unmenschlich lange Arbeitszeit bei äußerst niedrigen Löhnen. Bei schwerer Arbeit mußten sie darben und haben sich endlich aufgerafft und den Arbeitgebern durch ihre Organisation die Forderungen zugestellt. Nach berühmtem Vorbilde haben die Arbeitgeber nicht einmal Antwort erteilt auf das höfliche Schreiben, sondern in der Versammlung der Fuhrherren ihre Arbeiter aufs brutalste verhöhnt. Unter diesen Umständen blieb den Möbeltransportarbeitern weiter nichts übrig, als zum stärksten Mittel, den Streik, zu greifen. Die Situation ist günstig und kann der Erfolg nicht ausbleiben. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Ein gewaltiger Kampf in der Metallindustrie

beginnt heute in Hannover. Von den Formern waren durch den Metallarbeiter-Verband in allen 23 Maschinen- und Metallwarenfabriken Forderungen eingereicht, um für diese Arbeiterkategorie im allgemeinen gleichartige Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Die wesentlichsten Forderungen waren: 1. ein Stundenlohn von 40 Pf. für Former unter 21 Jahren und 45 Pf. für ältere, für Maschinenformer und Kernmacher nicht unter 40 Pf., Hilfsarbeiter, die zum Kernmachen angelernt werden, sollen in den ersten sechs Wochen nicht unter 35 Pf. Stundenlohn erhalten. 2. sollten die völlig unklaren Akkordpreise bei jedem Stück Arbeit dem Former schriftlich auf einem Akkordzettel vor Beginn der Arbeit zur Kenntnis gebracht werden. 3. forderte man Einsetzung einer Schlichtungskommission, die insbesondere die Differenzen bei den Akkordarbeiten ausgleichen sollte und 4. verlangte man die Beendigung der Arbeitszeit an Sonnabenden eine Stunde früher ohne Lohnabzug. — Diese sehr bescheidenen Forderungen sind von den Unternehmern nicht bewilligt worden. Teilweise hat man nicht einmal den Anstand gezeigt, auf die Eingaben des Metallarbeiter-Verbandes zu antworten. Um so mehr scheint sich das organisierte Unternehmertum über seine Maßnahmen einig geworden zu sein. In vier von den 23 Betrieben besteht eine acht- bis 14tägige Kündigungsfrist und am Sonnabend reichten die Former in diesen vier Betrieben, nämlich der Lindener Maschinenfabrik, dem Wülfeler Eisenwerk, der Drehbankfabrik von Wohlenberg und der Maschinenfabrik von Körting wegen Nichtbewilligung der Forderungen ihre Kündigung ein. Im Wülfeler Eisenwerk geschah dies morgens und am Nachmittag kündigte die Direktion sämtlichem Personal! Die gleiche Maßregel verfügte am Montag morgen die Lindener Maschinenfabrik, die bis auf den früheren Sonnabendschluß und die Unterschrift schon alles bewilligt hatte! In dieser Fabrik, die schon im Herbst v. J. sämtliches Personal wegen einer Lohnforderung, die 10 Fräser stellten, 14 Tage lang auf die Straße geworfen hatte, arbeiten 1700 bis 1800 Mann! Am Montagabend fanden für alle Betriebe Versammlungen statt und soll am Dienstag in den Betrieben, in denen eine Kündigung nicht besteht und nicht bewilligt ist, die Arbeit eingestellt worden. In den genannten vier Betrieben mit Kündigungsfrist arbeiten insgesamt 6000 bis 7000 Arbeiter; in allen 23 Betrieben beziffert sich der Personalbestand auf etwa 13 000! Davon sind zirka 7000 im Metallarbeiterverbande, zirka 2000 im Fabrikarbeiterverbande und etwa 500 in den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbänden organisiert. Die Former, die allein Forderungen gestellt haben, zählen etwa 2000, davon sind 1900 im Metallarbeiterverbande. Treffen die Unternehmer in allen 23 Betrieben dieselben Maßnahmen, wie bis heute jene zwei Fabriken, dann werden binnen kurzem in Hannover **13 000 Arbeiter ausgesperrt sein.** Das wäre der gewaltigste Kampf, der je in Hannover-Linden zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten ist, und der wegen der geringen Forderungen der Arbeiter zugleich der frivolste von übermütigen Unternehmern provozierte Kampf sein würde.

Der Streik im Zeitz-Meuselwitzer Revier

ist perfekt. Nachdem am Sonntag zahlreiche Bergarbeiterversammlungen der Zeitzer, Meuselwitzer, Weißenfelser und Luckauer Braunkohlenreviere den Ausstand beschlossen haben, sind am Montag früh die Belegschaften auf vielen Gruben nur teilweise eingefahren. Im ganzen streiken etwa 3—4000 Bergleute.

Die Bureauangestellten in Königsberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie werden den Anwälten folgende Forderungen unterbreiten. An Mindestlöhnen sollen gezahlt werden: an Lehrlinge im ersten Jahre 25 M., im zweiten Jahre 35 M., im dritten Jahre 50 M.; für Gehülfen bis zu 17 Jahren 60 M., für Gehülfen bis zu 21 Jahren 75 M. und für ältere Gehülfen 100 M.; für Bureauvorsteher im Alter bis zu 25 Jahren 125 M., für ältere Bureauvorsteher 150 M. Für Stenographen und Maschinenschreiber sollen sich vorstehende Sätze um 25 Proz. erhöhen. Es gibt in Königsberg 234 Anwaltsangestellte. Gegenwärtig werden die miserabelsten Löhne gezahlt. So speist man Gehülfen mit 30, 40 bis 50 M. pro Monat ab. Lehrlinge erhalten 4 bis 20 M. pro Monat.

1000 Schneider und Schneiderinnen befinden sich seit einer Woche in Königsberg im Streik und noch ist gar nicht abzusehen, wenn der Kampf beendet sein wird. Anfänglich schien es, als ob der Streik in wenigen Tagen vorüber sein würde, aber man hatte die Rechnung ohne das Unternehmertum gemacht. Dieses verlangt einfach, daß die Arbeiter sich ihren Beschlüssen unterwerfen sollen. Eine Lohnerhöhung von 15 Proz. wollten die Herren bewilligen, nur für die zweite Anprobe wollten sie nichts geben. Die Schneider verlangten eine Mark und ermäßigten später ihre Forderung auf 50 Pf., und nur für Heimarbeiter, aber die Arbeitgeber erklärten, nicht einen Pfennig zu geben. Am Sonnabend beschlossen die Streikenden, auf ihrer Forderung zu bestehen und weiter im Kampfe auszuharren, bis der Sieg errungen ist.

Die Tarifbewegung der Bäckergehülfen in München beendigt. Eine neuerdings abgehaltene überaus stark besuchte Versammlung der Bäckergehülfen hat nach einem Referat des Hauptvorsitzenden Allmann-Hamburg die mit der Innung vor dem Einigungsamte getroffenen Vereinbarungen nunmehr mit großer Majorität angenommen.

Ausland.

Die Schuhmacher Wiens sind in eine Lohnbewegung getreten. Am Sonntag vormittag fand eine von etwa 3000 Werkstättenarbeitern besuchte Schuhmacherversammlung statt, welche beschloß, wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen am 2. April mit dem Ausstand in den ersten acht Bezirken zu beginnen und dann nach und nach die anderen Bezirke folgen zu lassen.

Ein Kellnerausstand ist in Toulon ausgebrochen. Am Sonntag mußten deswegen sämtliche Kaffeehäuser geschlossen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leichter Verdienst.

Budapest, 26. März. (W. H.) Blättermeldungen zufolge soll der bekannte Sportsman Szemere in den letzten Tagen im Wiener Jockeyklub abermals eine Summe von eineinhalb Millionen Kronen gewonnen haben.

Arbeiterschutz in England.

London, 26. März. (W. T. B.) Unterhaus. Der Minister des Inneren Gladstone bringt einen Gesetzentwurf ein, der das bestehende Gesetz über die Zahlung von Unfallentschädigungen seitens der Unternehmer an in ihren Betrieben zu Schaden gekommene Arbeiter ergänzt und verbessert. Der Gesetzentwurf dehnt den Entschädigungsanspruch auf alle Personen, die für einen Unternehmer arbeiten, aus, mit Ausnahme einiger weniger Klassen, wie Polizeimannschaften, Handlungsgehilfen und Dienstboten. Demgegenüber sollen alle im Transportverkehr beschäftigten Arbeiter, Fischer, Seeleute und bei der Post beschäftigte Personen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auf Entschädigung Anspruch haben. Bezüglich gewisser Beschränkungen des Entschädigungsanspruches erklärt Gladstone, daß das Gesetz noch keinen Abschluß bringe, eine endgültige Lösung der ganzen Frage vielmehr erst durch eine Zwangsversicherung, die aber vorläufig noch nicht ausführbar sei, zu erwarten sei. — Nach einer Debatte, in der sich Redner aller Parteien im zustimmenden Sinne äußern, wird der Gesetzentwurf in erster Lesung angenommen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

75. Sitzung. Montag, den 26. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrates: Prinz Hohenlohe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe Ihnen die Mitteilung zu machen, daß der Vizepräsident Dr. Paasche erkrankt ist. Da leider zu befürchten ist, daß diese Krankheit nicht in den nächsten Tagen gehoben sein wird, tritt an das Präsidium die Sorge heran, ob es immer, da es nur auf vier Augen beruht, imstande sein wird, seine Pflicht zu erfüllen. Ich möchte daher, wie das schon früher geschehen ist, an die Herren Kollegen die Bitte richten, während der Sitzung eine Vereinbarung zu treffen, damit wir einen sogenannten Aushilfspräsidenten ernennen. Wenn ein solcher Antrag im Laufe der Sitzung eingeht, werde ich ihn zur Beschlußfassung stellen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung **der Ergänzung des Reichshaushaltsetats für 1906.** Der Ergänzungsetat wird auf Antrag des Abgeordneten v. Normann (k.) der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung **des Etats für Neu-Guinea.**

Abg. **Erzberger** (Z.): Das Schutzgebiet von Neu-Guinea wird vielleicht sehr bald zu sehr hübschen Schilderungen à la Oberst Deimling Gelegenheit geben, wenn nämlich auch nur ein Zehntel der Schilderungen einer kürzlich erschienenen Broschüre wahr sind. Ich stütze mich aber nicht auf diese Broschüre, sondern auf amtliches Material. Nach ihm kommt auf zwei Farmer, auf **vierzehn Deutsche** immer schon ein Beamter. **75 Prozent** der Ausgaben der Kolonie müssen vom **Reich** bestritten werden, so daß uns **jeder Farmer auf 22 000 Mark zu stehen kommt.** Da könnte man diese Farmer hier in Deutschland als Reichspensionäre doch eigentlich billiger ernähren! (Sehr gut! links.) Dabei beträgt die ganze Einfuhr zurzeit nur 2,2 Millionen, die Ausfuhr 1,246 Millionen. — Ich komme nun zu dem Hauptpunkte: Gegen den Landeshauptmann Brandeis von den Marschall-Inseln sind schwere Vorwürfe erhoben worden. Ich frage an, ob man gegen die Petenten, die diese Vorwürfe erhoben haben, etwa in derselben Weise vorgegangen ist, wie gegen die Akwa-Häuptlinge? Ein Hauptvorwurf ist der, daß der Landeshauptmann die **Prügelstrafe gegen Eingeborene** verhängt hat, obgleich er nach den öffentlich publizierten Gesetzesbestimmungen dazu **nicht befugt** war und dies wissen mußte. Dies erfordert Aufklärung. Auf den Marschallinseln wäre es bei Vollziehung der Prügelstrafe zu einem Aufstand gekommen, wenn nicht ein Kriegsschiff anwesend gewesen wäre. Sogar wegen Disziplinarvergehen ist die **Prügelstrafe vollzogen.** Dabei hat der Landeshauptmann nach seinem letzten Urlaub noch eine Auszeichnung erhalten. Unbegreiflich ist, daß die Verwaltung die Anwendung der Prügelstrafe zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit zulässig erklärt. Für Neu-Guinea ist jetzt die Prügelstrafe ganz allgemein eingeführt. Früher hat man das zu vertuschen gesucht. Wie will die Verwaltung dies rechtfertigen? Wenn die Eingeborenen eine Haut hätten, wie sie der Reichskanzler auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats gepriesen hat, würden sie vielleicht nur ein angenehmes Jucken empfinden. (Heiterkeit.) Die Südseeinsulaner sind aber weit feinfühlender. (Heiterkeit.) Nach Ansicht der Missionare sind nach zweimaligem Empfang der Prügelstrafe die Südseeinsulaner **geistig und moralisch gebrochen.** 1890 drohte dort wegen Verhängung der Prügelstrafe ein Aufstand. Sollte die deutsche Kolonialpolitik die Eingeborenen so depraviert haben, daß sie jetzt nicht mehr gegen das Prügeln rebellieren? Nicht nur im Interesse der Menschlichkeit, Kultur und Zivilisation, sondern auch im Interesse der deutschen Steuerzahler fordern wir die bedingungslose Zurücknahme der Regierungsverordnungen über die Prügelstrafe in den Südseekolonien. Sonst werden wieder die deutschen Steuerzahler für die Fehler der Kolonialverwaltung zahlen müssen. (Bravo!)

Erbprinz **zu Hohenlohe:** Die Ausführungen des Abg. Erzberger konnten durch eine Bemerkung den Anschein erwecken, als könnten deutsche im Kolonialdienst angestellte Beamte durch eine Flasche Sekt bestochen werden. So wenigstens soll nach der Beschwerdeschrift des betreffenden Beamten auf der Fahrt nach Neu-Guinea ein Angestellter der Jalut-Gesellschaft sich zu ihm geäußert haben. Diese Insinuation ist aber derartig lächerlich und frivol, daß ich darauf überhaupt nicht eingehe. (Bravo! rechts.)

Geh. Legationsrat **Rose:** Das Beamtenpersonal in Neu-Guinea ist wegen der außerordentlichen Zerstreutheit des Landgebietes in diesem Umfange erforderlich. Uebrigens sind unter den 466 **weißen Ansiedlern** in dieser Kolonie **nicht weniger als 174 Missionare.**

Ich komme nun zu der Verhängung der Prügelstrafe durch den Hauptmann Brandeis auf den Marschallinseln. Von Barbarei und Grausamkeit kann hier gar keine Rede sein. Es ist nur eine mäßige Anzahl von Hieben verabreicht worden und zwar in Gegenwart eines Arztes. Gerade Hauptmann Brandeis erfreut sich großer Beliebtheit bei den Missionaren. Das würde nicht der Fall sein, wenn er grausam wäre! Es sind auch nicht 30 und 40 Personen geprügelt, sondern nur einzelne Individuen. Die Eingeborenen fühlen sich unter unserer Verwaltung auch durchaus wohl. Auf alle Fälle hat Hauptmann Brandeis bona fide gehandelt, er war der Ansicht, daß die Prügelstrafe zulässig sei. Es ist doch rechtlich auch sehr zweifelhaft, ob nicht in gewissen Fällen die Prügelstrafe gestattet ist, da die Anwendung derselben ja unter Umständen auch in der Heimat zulässig ist. Mit Recht hat auch der Abg. Ledebour in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, wie schlecht die Eingeborenen Gefängnisstrafen ertragen. Da ist es doch besser, zu leichten Prügelstrafen als zu schweren Gefängnisstrafen zu greifen. In Neu-Guinea ist übrigens schon seit 1886 die Prügelstrafe beseitigt. Mit Unrecht ist dem Landeshauptmann der Vorwurf gemacht worden, daß er Geld von Eingeborenen zurückbehalten habe. Die Steuer wird dort in einer bestimmten Menge Kopra bezahlt. Es hat dort nur dasjenige Wert, was 50 Pf. Wert hat. Infolgedessen hat der Landeshauptmann, wenn er 27,88 M. zahlen mußte, nur 27,50 M. gegeben und die übrigen 38 Pf. in eine Kasse geworfen, deren Einnahmen nicht gebucht wurden. Sobald die Summe von 150 M. zusammen war, hat er sie den Insulanern zu Kaisers Geburtstag geschenkt, um ihnen eine Freude zu machen. Daß die Eingeborenen nach ein- bis zweimaliger Vollziehung der Prügelstrafe zusammengebrochen seien, gehört in das Gebiet der Fabel. So schwächlich sind die Eingeborenen nicht, daß sie zusammenbrechen, zumal bei so kolossal mäßigen Prügelstrafen. (Rufe links: Kolossal mäßig!)

Abg. **Dasbach** (Z.): Wenn wegen der großen Ausdehnung der Kolonie so viele Beamte notwendig sind, so beweist das eben auch nur die These des Abg. Erzberger, daß wir diese Kolonien so bald wie möglich aufgeben müssen, da sie sich nicht rentieren können. — Augenzeugen haben mir versichert, daß die Prügelstrafe in der **grausamsten Weise** vollstreckt wird. Wenn der Soldat nicht so haut, daß die Peitsche beim Niedersausen zischt, wird er selbst geschlagen. (Hört! hört! links.) Ist es wahr, daß auf einfache Beschwerde der Ansiedler hin von den Beamten jeder farbige Arbeiter barbarisch, unmenschlich geprügelt werden darf? Ist wirklich die Prügelstrafe jetzt unter allen Umständen abgeschafft? Das ist die Frage! — Wenn im Deutschen Reich jemand 5 Pf. unterschlägt, wird er bestraft. Wenn also Hauptmann Brandeis in so zahlreichen Fällen immer nach unten abgerundet hat, so müssen wir uns doch sehr darüber wundern, um so mehr, als dort das Geld ziemlich rar ist. Das ist keine Kolonialpolitik, für die wir viel Geld bewilligen können und die uns Erfolge bringen wird. (Beifall im Zentrum.)

Geheimrat **Rose:** Die Zurückbehaltung der Pfennige geschieht mit Einwilligung der Häuptlinge. Die Six-Pence-Münze ist die niedrigste Münze, für die man dort in einem Store überhaupt etwas bekommt. Die Eingeborenen sind also froh, daß ihnen für die zurückbehaltenen Pfennige schließlich ein schönes Fest gegeben wird. — Es ist keine Rede davon, daß ein Herr seinen Diener beliebig durch einen Beamten prügeln kann. Das Prügeln geschieht nur nach gründlicher Untersuchung nach den Bestimmungen vom 20. Juni 1900 zur Aufrechterhaltung der Disziplin unter den farbigen Arbeitern.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Herr Geheimrat Rose schloß seine Rede mit den Worten, daß auch der Verwaltung nur daran gelegen sein könne, daß die Eingeborenen menschlich behandelt werden. Diese theoretische Versicherung genügt uns aber nicht, die Vollmachten, die man den Beamten an Ort und Stelle gegeben hat, sind nicht derart, daß sie die Durchführung dieser Theorie sichern. Die Ausführungen, die wir hier über die Prügelstrafe in Neu-Guinea und Umgegend gehört haben, waren so **widerspruchsvoll wie nur möglich.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um drei verschiedne Fragen. Erstens: ist die Prügelstrafe dort rechtlich zulässig? Zweitens: ist sie überhaupt zweckmäßig nach Ansicht der Verwaltung? Und drittens: führt sie zur Verrohung, zur Entnervung, also zur körperlichen und seelischen Zerstörung der Eingeborenen? Ueber die rechtliche Frage sind sich offenbar die Beamten an Ort und Stelle und hier noch nicht im klaren gewesen. Selbst Herr Rose teilte mit, er sei erst neuerdings eines Besseren überzeugt worden, und er ist doch jahrelang dort tätig gewesen. Noch vor kurzem erklärte er, es ginge in seinen Kopf als praktischer Verwaltungsbeamter nicht hinein, daß man die Prügelstrafe auf den Marschallinseln entbehren könne. Heute schien aus seinen im Zickzack hin- und herfahrenden Bemerkungen, die von starker Verlegenheit zeugten, hervorzugehen, daß irgend jemand ihn nunmehr überzeugt habe, daß die Prügelstrafe dort doch nicht rechtlich zulässig sei. Aber, sagte er, man kann es den Beamten nicht so übel nehmen, daß sie geprügelt haben; Herr v. Brandeis habe bona fide gehandelt. Das ist ganz dieselbe Geschichte wie mit Herrn v. Brauchitsch. Sowie einem Beamten nachgewiesen wird, daß er seine Befugnis überschritten hat, wird stets zu seiner Entschuldigung gesagt: er hat bona fide gehandelt, das ist kein ausgebildeter zünftiger Jurist, das muß man eben mit in den Kauf nehmen. Wir wollen aber solche Dinge nicht in Kauf nehmen, und wir wollen auch nicht dulden, daß die Verwaltung sie in Kauf nimmt, sonst werden die Leute bona fide immer weiter prügeln, sondern **es muß energisch eingegriffen werden.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Mann bona fide sich als absolut unfähig in Ausübung seines Amtes, insbesondere in bezug auf die Behandlung der Eingeborenen, erwiesen hat, so muß er bona fide zurückberufen werden!

Damit aber ist die Rechtsfrage noch nicht erledigt. Also auf den Marschallinseln ist die Prügelstrafe nicht zulässig, wohl aber wird auf Neu-Guinea auf Grund einer rechtskräftigen Verordnung geprügelt. Nun hat Herr Rose sich da in unbegreiflicher Weise widersprochen. Er sagte auf der einen Seite, es muß geprügelt werden bei besonderen schweren Vergehen, und an einer anderen Stelle sagte er: ach, das sind ja nur leichte Vergehen und kleine Diebstähle, bei denen geprügelt wird. Das allerschwerste war, daß er sagte, in Neu-Guinea würden **auch Frauen geprügelt.** (Widerspruch des Geheimrats Rose.) Der unmittelbare Nachbar des Herr Geheimrat Rose, Herr Erzberger, hat ihn auch so verstanden, ich bitte dann das Mißverständnis aufzuklären. Ich bin fest überzeugt, daß die Mitteilungen des Herrn Dasbach, wonach äußerst rigoros geprügelt wird, durchaus richtig sind. Die Prügelstrafe ist an sich etwas Barbarisches, ob sie nun mit einem Tauende, einer Nilpferdpeitsche, einem gesalzenen oder ungesalzenen Riemen ausgeübt wird. Sie zerrüttet das Nervensystem und wirkt demoralisierend, sie verroht auch die Beamten, die das Prügeln selbst ausüben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat Herr Geheimrat Rose mich als Zeugen für die Prügelstrafe aufgerufen. Er sagte, ich hätte in der Kommission anerkannt, daß die Gefängnisstrafe auf diese in völliger Freiheit lebenden Eingeborenen schädlich einwirke. Gewiß, aber die Schlußfolgerung, daß deshalb geprügelt werden muß, ist nicht meine, sondern die der Verwaltung, gegen die ich mich ausdrücklich verwahre. Ich ziehe vielmehr die Schlußfolgerung daraus, daß man die Gefängnisstrafe nicht so lange ausdehnen darf, denn für einen Südseeinsulaner ist eine Gefängnisstrafe von einem Monat eine viel härtere Strafe als für einen Europäer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was die zweite Frage anlangt: ob die Prügelstrafe zweckmäßig ist, so hoffe ich, daß der Geheimrat, der ja belehrbar zu sein scheint, sich auch noch in der Weise belehren läßt, daß er einsieht, daß sie nicht zweckmäßig ist. Und nun gestatten Sie mir, Ihnen eine Autorität vorzuführen, die gewiß allseitig anerkannt werden wird, nämlich Adalbert v. Chamisso, der der erste war, der mit dem Schiffe „Rurik" die Marschallinseln besuchte. Chamisso macht gerade über diese Südseeinsulaner Mitteilungen, die bei uns die größte Sympathie für sie erwecken, und bei jedem die Ueberzeugung befestigen müssen, daß es eine rohe Barbarei sondergleichen ist, wenn man für diese Stämme die Prügelstrafe einführt. Ich will nur einzelne Sätze aus einem Buche verlesen. Da heißt es: „Uns trat überall das Bild des Friedens bei einem werdenden Volke entgegen, wir sahen neue Pflanzungen, fortschreitende Kultur, viele aufwachsende Kinder bei einer geringen Menschenzahl, zärtliche Sorgfalt der Väter für ihre Erzeugten, anmutige, leichte Sitten, Gleichheit im Umgang zwischen Häuptlingen und Männern, keine Erniedrigung vor Mächtigeren." — Wenn die Leute doch hier nach Deutschland kämen, würden sie bei uns bei einer großen Zahl unserer Deutschen eine Erniedrigung vor Mächtigeren finden. (Sehr gut! links.) An einer anderen Stelle heißt es: „Die dürftigen und gefahrdrohenden Riffe Radacks haben nichts, was die Europäer anzuziehen vermöchte, und wir wünschen unseren kindergleichen Freunden Glück, in ihrer Abgeschiedenheit zu beharren. Die Anmut ihrer Sitten, die holde Scham, die sie ziert, sind Blüten der Natur, die auf keinen Begriff von Tugend gestützt sind."

Dieses Naturvolk ist jetzt beglückt worden mit der europäischen „Kultur" der Prügelstrafe. Als ich jene Sätze las, da kam mir allerdings nicht der Wunsch, deutsche Missionare hinauszusenden, sondern, wenn jetzt überhaupt noch solche Leute dort sind, daß diese Menschen hierher kämen und ihre Missionartätigkeit unter den Deutschen eröffneten, und einmal deutschen Beamten Menschlichkeit lehrten. Traurig ist es, daß der Regierungsvertreter erklären kann, daß heute die Gefahr einer Empörung nicht mehr besteht, früher habe sie bestanden. Heute lassen sich also die Leute prügeln! Wenn das wirklich der Fall ist, dann haben Sie geradezu vernichtend auf das Seelenleben dieser freien Menschen eingewirkt. Deshalb kann ich mich dem Wunsche, sobald wie möglich die Hand von dieser Kolonie zu ziehen, nur anschließen. (Beifall links.)

Abg. **Erzberger** (Z.): In der Beschuldigungsschrift, von der ich erklärt habe, daß ich sie mir durchaus nicht zu eigen machen wollte, erhebt der Verfasser, ein Beamter, eine Behauptung, die vom stellvertretenden Kolonialdirektor als „lächerliche und frivole Behauptung" bezeichnet und damit abgetan ist. Ich konstatiere also, daß ein Beamter noch im Dienste steht, der „lächerliche und frivole" Anschuldigungen erhebt. Warum hat man dann die Beschuldigung der Akwas nicht auch damit abgetan? Freilich, die Anschuldigung, daß Herr v. Puttkamer einen falschen Paß ausgestellt haben sollte, wurde auch zuerst als frivole Beschuldigung abgetan. Nachher aber hat sie sich bestätigt. Was wir über die Prügelstrafe gehört haben, ist ja noch schlimmer, als was wir fürchteten. Denn sie wird nicht auf Grund eines Gerichtsurteils, sondern auf diplomatischem Wege verfügt. Daß nur wenige geprügelt werden, wird uns eingeredet. Aber es wäre ja auch noch schöner, wenn gleich Hunderte auf einmal geprügelt würden! Ich glaube, wenn das bisherige neue System bleibt, so kann es nur noch schlimmer werden in unseren Kolonien. (Beifall im Zentrum.)

Geheimrat **Rose** stellt noch einmal fest, daß die Behauptung von der Bestechlichkeit der Beamten nicht von dem beamteten Verfasser selbst erhoben, sondern daß vor ihm nur berichtet wurde, daß ein Agent eine solche Behauptung aufgestellt hat.

Abg. **Bassermann** (natl.): Wenn die Ausführungen des Abgeordneten Dasbach richtig sind, so ist das Prügeln doppelt bedauerlich, es kann unmöglich erzieherisch wirken. Daß das Prügeln auch verrohend auf diejenigen wirkt, die es vollführen, darüber sind wir schon hier im Hause uns klar geworden, als es sich um die eventuelle Wiedereinführung der Prügelstrafe in Deutschland handelte. Ich möchte meine politischen Freunde und mich gegen den Verdacht verwahren, als ob wir den Prüglern in der Südsee sympathisch gegenüberständen. (Beifall links und in der Mitte.)

Abg. **Müller-Sagan** (frs. Vp.): Die Art und Weise, wie der Fall Brandeis hier behandelt wird, steht im offenen Widerspruch mit der Meinung, daß das neue System in der Kolonialverwaltung besser sein soll als das alte. Die neue Firma sollte nicht die alten Sünden zu decken suchen. (Sehr wahr! links.) Was der Abg. Bassermann gegen das Prügeln ausgeführt hat, entspricht vollkommen meiner Ueberzeugung. Selbst wenn man sich auf den Herrenstandpunkt stellen wollte: in den Schwarzen nichts Menschliches erkennen zu wollen, so sollte man bedenken, daß selbst ein Hund, ein Pferd durch fortgesetzte Prügelstrafe demoralisiert wird. (Beifall links und in der Mitte.)

Erbprinz **zu Hohenlohe:** Meine Aeußerung in bezug auf einen Vorwurf, welcher vor fünf Jahren einem Beamten der Kolonialverwaltung gemacht wurde, bezog sich nicht auf die Frage, ob jene Aeußerung damals hätte strafrechtlich verfolgt werden sollen oder nicht, sondern auf den materiellen Inhalt jener Aeußerung, und ich bleibe dabei, daß ich nach allen Erfahrungen, die ich mit deutschen Beamten gemacht habe, einen solchen Vorwurf, wenn er nicht bewiesen wird, nur für frivol erklären kann. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dasbach** (Z.): Wir sagen, die Behörde war verpflichtet, dem Manne, der eine solche Behauptung aussprach, den Beweis für seine Behauptung aufzuerlegen. Das hat sie nicht getan und hat damit der Vermutung Platz gelassen, daß sie befürchtet, es könnte bei Verfolgung der Sache sich herausstellen, daß doch etwas an der Behauptung sei.

Prinz **Hohenlohe:** Ich habe kein System proklamiert, sondern einen Fall besprochen, der sich vor fünf Jahren ereignet hat und den ich jetzt nicht mehr für diskussionswürdig erachtet habe. (Bravo! rechts.)

Beim Titel „Unterstützung von weißen Ansiedlern 10000 M." führt

Abg. **Ledebour** (Soz.) aus: Bei dieser Position handelt es sich, wie ich auf Grund näherer Informationen festgestellt habe, um einen Fonds, der dazu verwendet werden soll, eine Anzahl von Farmern von Queensland nach der Gazellahalbinsel überzuführen. Das Hauptbedenken, das ich dagegen habe, ist, daß das Klima dieser Tropenkolonie Neu-Guinea unter keinen Umständen für deutsche Bauern geeignet ist. Man hat gesagt, diese Bauern hätten sich bereits auf Queensland akklimatisiert. Die Entfernung entspricht nun aber einer Entfernung von Berlin nach Kairo. Will man nun etwa behaupten, daß auch jemand, der in der Mark akklimatisiert ist, sich für das Obernilital ausgezeichnet eignet? Was soll denn dort produziert werden? Kopra, Kaffee, Kakao? Da kann doch von einer Ansiedelung deutscher Bauern absolut nicht die Rede sein. Auch die Höhe des Landes ändert daran nichts. Ein solches gefährliches Experiment zu machen ist daher einfach unverantwortlich. Ich bitte Sie deshalb, diese Position abzulehnen, damit Unheil verhütet wird.

Abg. **Storz** (Südd. Vp.): Die Ansiedler sollen übergeführt werden, um die Baumwollkultur einzuführen.

Abg. **Ledebour** (Soz.): So etwas wünsche ich von der Verwaltung zu hören. Ich muß erwarten, daß solche Mitteilungen nicht von einem freiwilligen Kommissar aus dem Hause gemacht werden, sondern von der Regierung. (Sehr richtig! links.) Ich bestreite aber auch unter diesen Umständen, daß das Unternehmen gesund ist. Es handelt sich um ein riskantes Experiment, für das es Präzedenzfälle nicht gibt.

Geheimrat **Rose:** Ich kann die Mitteilungen des Abg. Storz bestätigen. Es handelt sich nur um einen Versuch, der mit wenigen Familien gemacht wird. Die Bauern, die übergeführt werden sollen, sind an heißes Klima gewöhnt; sie leben schon seit einigen Generationen in Queensland und kennen auch ein hartes, entbehrungsreiches Leben.

Die Position wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen abgelehnt.

Damit ist die Beratung des Etats für Neu-Guinea erledigt.

Der Etat der Karolinen-, Palau-, Marianinen- und Marschallinseln wird debattelos unverändert genehmigt.

Beim Etat für Samoa fragt

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) an, ob der bisherige Gouverneur Dr. Solf, wie es in den Zeitungen verlaute, demnächst wieder auf seinen Posten zurückkehren solle. Wenn dies der Fall sein sollte, müsse er für sich und auch für andere Abgeordnete vorbehalten, in der dritten Lesung eine Reihe von Ausführungen zu machen, die im Interesse einer gedeihlichen Entwickelung Samoas geboten erscheinen.

Erbprinz **Hohenlohe:** Auf die Anfrage des Vorredners möchte ich erwidern, daß der Gouverneur von Samoa gegenwärtig hier auf Urlaub weilt und daß über dasjenige, was nach Ablauf dieses Urlaubs geschehen wird, noch keine Entschließung gefaßt ist.

Gouverneur Dr. **Solf:** Die Kommission hat im Etat für Samoa 20 000 M. gestrichen, die bestimmt sein sollten für Landerwerb zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse. Grund für den Beschluß der Kommission war die Furcht vor einer Begünstigung der Landspekulation. Aber in Wahrheit sollte mit dieser Summe die Trennung der Wohngebiete von Weißen und Samoanern gefördert werden, da wegen der Verschiedenheit der sanitären Gewohnheiten das Zusammenwohnen nicht rätlich erscheint. Wenn man z. B. morgens am Strande spazieren geht, sieht man dort reihenweise die Samoaner sitzen und ihre Bedürfnisse in einer Weise verrichten, die unserem Schicklichkeits- und Schamgefühl zuwider ist. (Heiterkeit.) Die anzukaufenden Ländereien hoffen wir übrigens so verwerten zu können, daß eine Einbuße für das Reich nicht entsteht, so daß diese 20 000 M. als künftige Einnahme gebucht werden könnten.

Abg. **Frhr. v. Richthofen** (k.) beantragt Wiederherstellung der Position.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

Hierauf wird der Etat für Samoa, ebenso debattelos die Etats für Kiautschou und die Expeditionen nach Südwest- und Ostafrika genehmigt.

Damit ist die zweite Lesung der Kolonialetats beendigt. Am Schlusse erklärt

Vizepräsident Graf **Stolberg:** Wenn ich übersehen haben sollte, eine der Anmerkungen zu verlesen, so erkläre ich sie hiermit für angenommen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.)

Es folgt die zweite Beratung der

Flottenvorlage.

Die Abgg. Dr. **Ablaß** (frs. Vp.) und Gen. beantragen für den Fall der Annahme des einzigen Paragraphen dieses Gesetzes folgende Bestimmungen in bezug auf die Deckung der aus ihm entstehenden Mehrkosten anzufügen:

§ 1a. Vom 1. Oktober 1906 ab ist eine Vermögenssteuer zu erheben von allen deutschen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesamtwert von 100 000 Mark erreicht.

Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 Mark bis 120 000 Mark: 50 Mark und steigt für jede weiteren angefangenen 20 000 Mark Vermögen bis zu 1 Million Mark Vermögen um 10 Mark. Bei noch größeren Ve

mögen steigt die Steuer für jeden angefangenen Betrag von 20 000 Mark um 20 Mark.

Es wird beschlossen, die Diskussion über diesen Antrag nachher gesondert vorzunehmen.

Abg. Graf Oriola (natl.): Schon bei dem vorigen Flottengesetz erachteten meine politischen Freunde eine Vermehrung unserer Kreuzerflotte für dringend notwendig und stimmten der verkürzten Vorlage nur in der Erwartung zu, daß die Kreuzer bald nachbewilligt werden müßten. Seitdem ist unser Seehandel noch größer geworden. Aber nicht nur als Auslandsschiffe haben die gepanzerten Kreuzer Wert, sondern auch als Schlachtschiffe im Falle eines Krieges. Diese Gesichtspunkte haben in der Kommission auch solche Mitglieder zur Zustimmung veranlaßt, die einer Vermehrung unserer Kreuzer an sich nicht geneigt waren. Wir müssen Schiffe bauen, auf denen unsere wackeren blauen Jungen mit Vertrauen dem Feinde entgegen gehen können. Ich bin froh darüber, daß diesmal auch die Freisinnigen Schulter an Schulter mit uns stehen. Die Freisinnige Volkspartei allerdings will die Kreuzer nur einzeln bewilligen, bleibt aber im übrigen auf dem prinzipiellen Standpunkt stehen, sich nicht auf Jahre hinaus binden zu wollen. Ich will mit der Freisinnigen Flottenpartei (Große Heiterkeit) — ich wollte sagen: Volkspartei, nicht über ihre Prinzipien streiten. Aber nachdem einmal das Flottengesetz angenommen ist, sollte auch die Freisinnige Volkspartei mit dem neuen Prinzip einverstanden sein, umsomehr, als auch die Regierung dadurch in gewissem Sinne gebunden ist und als es dem Reichstage immer noch frei steht, im einzelnen Jahre etwas mehr oder etwas weniger zu bewilligen.

So erfreut ich auf der einen Seite über die Zustimmung der Freisinnigen zu den Kreuzern bin, so unerfreulich ist es auf der anderen Seite, daß die zweitstärkste Partei in diesem Hause sich wieder völlig ablehnend gegen eine Verstärkung der deutschen Flotte gezeigt hat. Die Herren scheinen gar nicht in Betracht zu ziehen, daß die fleißigen Hände, die sich zu regen haben, um wieder neue große Schiffe in die Welt zu setzen, doch die Hände deutscher Arbeiter in ganz Deutschland sind. Die Sozialdemokraten, speziell auch Herr Bebel, haben wiederholt erklärt: Wenn das deutsche Vaterland in Gefahr kommt, würden auch die Sozialdemokraten gegen den Feind auftreten. So hat Herr Bebel einst in der Kommission gesprochen, so hat er in seiner Rede zum Militäretat gesagt, als er unsere Bewaffnung bemängelte und kritisierte. Wenn nun wirklich zur See ein Angriff erfolgte, wie will Herr Bebel die Küsten und den Handel schützen? Wenn ein Seekrieg wirklich einträte, würde der Fluch des Volkes und der Arbeiter Sie treffen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Und da beschweren Sie sich über die Agitation des Flottenvereins, der aufklärende Arbeit geleistet hat. Sie reden über die Schiffstabellen, die eine äußerst nützliche Lektüre darstellen. Manche Forderungen des Flottenvereins, wie die Verkürzung der Lebenszeit der Linienschiffe, sind gut; die Petitionen dagegen, die unsere Schiffe als schwimmende Särge bezeichnen, gehen zu weit. In der Kommission sind diese Petitionen als „Schuljungenpetitionen" bezeichnet worden, namentlich von einer Seite, die selbst den jugendlichen Gemütern nicht fern steht und die Erregung der jugendlichen Gemüter zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hat. Ich hoffe, die Herren werden den Sozialdemokraten das Wort „Schuljungenpetition" nicht vergessen!

In der Kommission hat man sich auch über Sammlungen in den Schulen bei Gelegenheit der Silbernen Hochzeit unseres Kaiserpaares lustig gemacht und von einem Druck der Schulbehörden auf die Schüler und Schülerinnen gesprochen. Insoweit ein solcher Druck erfolgt sein sollte, würden wir das sehr bedauern; in vielen Schulen ist jedenfalls ein solcher Druck nicht nötig gewesen. Uebrigens wer da weiß, wie der Arbeiter keine Arbeit finden kann, wenn er nicht „reine Wäsche" hat, wird zugeben, daß am allerwenigsten die Sozialdemokratie Anlaß hätte, sich über einen solchen Druck in den Schulen zu beklagen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit des Reichstags für diese Vorlage eintreten wird. **Wir wünschen als Ziel eine so große Flotte, daß ein Seekrieg mit uns auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden wäre, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wäre.** In einem starken Deutschland, stark in seiner Verteidigung zu Lande und zu Wasser, liegt nach unserer Ansicht eine Sicherung des europäischen Friedens. Diesen zu wahren, solange es die Ehre unseres deutschen Volkes zuläßt, ist der aufrichtigste Wunsch unseres Volkes und muß das Streben der verbündeten Regierungen und des Reichstags sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Bebel** (Soz.):

Nach den Beratungen in der Budgetkommission ist nicht der geringste Zweifel, daß die große Mehrheit des Reichstages die Vorlage annimmt. Wenn einzelne kleine Splitter der bürgerlichen Linken nicht ohne weiteres der Vorlage zustimmen werden, so geschieht das nicht aus prinzipiellen, sondern aus formalen Gründen, weil die in dem Gesetz enthaltene Bindung ihren konstitutionellen Anschauungen nicht entspricht. Die einzige Partei, welche die Flottenrüstungen prinzipiell verwirft, ist und bleibt die Sozialdemokratie. Es ist immerhin wichtig hervorzuheben, eine wie vollständige Wandlung im Laufe von zehn Jahren in den Anschauungen der bürgerlichen Parteien in bezug auf die Flottenrüstungen eingetreten ist, und auf die Gründe dieser Wandlung hier kurz einzugehen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß die erste Einleitung zu dieser Marine- und Weltmachtpolitik gegeben wurde durch die Rede des Kaisers am 18. Januar 1896 anläßlich der 25jährigen Feier der Gründung des Deutschen Reiches. Diese Rede, die man wohl

die Inauguration der Weltpolitik

nennen kann, hat zunächst im deutschen Reichstag auf keiner Seite, höchstens vielleicht bei den Nationalliberalen, besonders freudigen Widerhall gefunden. Im Gegenteil: Die verschiedenen Parteien, auch die äußerste Rechte, hielten es damals für notwendig, klipp und klar zu erklären, daß sie nicht gewillt seien, das bis dahin geltende Tempo der Flottenvermehrung irgendwie zu beschleunigen. Die Konservativen bekannten sich, nachdem ihre Versuche, durch den Antrag Kanitz eine grundlegende Aenderung unserer Handelspolitik herbeizuführen, nicht nur bei der Mehrheit des Hauses, sondern auch bei der Regierung auf den heftigsten Widerstand gestoßen war, zu der Parole:

„Ohne Kanitz keine Kähne!"

Knapp eineinhalb Monate nach der kaiserlichen Rede erklärte der Abg. v. Leipziger namens der Mehrheit der konservativen Fraktion, daß die Pläne, über das geltende Flottengesetz hinauszugehen, bei ihnen keine Gegenliebe finden würden. Vierzehn Tage danach nahm der Abgeordnete Lieber zu den im Verhältnis der jetzigen Forderungen doch sehr bescheidenen damaligen Plänen folgende Stellung ein: „Meine politischen Freunde sind ohne jede Ausnahme fest entschlossen, gegen die weiteren Flottenpläne jetzt und immerdar entschieden Front zu machen." Als ein halbes Jahr später im Herbst der Reichstag wieder zusammenkam und besonders Dr. Karl Peters eine lebhafte Flottenagitation entfaltete, sprach sich wiederum der Etatredner des Zentrums, der Abgeordnete Fritzen, gegen höhere Flottenforderungen aus. Zur Beruhigung des Reichstags erklärte damals am 8. März 1897 der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in der Budgetkommission, daß ja auch der Marineetat an die vorherige Zustimmung des Reichstags gebunden sei. In welchem Maße sie eingeholt werden würde, das werde sich nach der gesamten Finanzlage richten. So milde und mäßig war damals selbst die Regierung.

Staatssekretär der Marine, Herr v. Hollmann, erklärte damals, unmöglich könne die Marineverwaltung heute sagen, was sie in 10 Jahren brauche; denn wenn sich die Verhältnisse änderten, müßte sich auch die Flotte ändern! Damals galt diese Auffassung des Staatssekretärs der Marine für durchaus vernünftig und selbstverständlich. Freilich mußte er, als sich an höchster Stelle die Meinung änderte, nach nicht allzu langer Zeit seinen Abschied nehmen. Namens des Zentrums erklärte damals der Abg. Lieber in der Kommission, er sei ganz erstaunt über die neuen Pläne betr. das Tempo des Schiffsbaues. Bei der Marine gäbe es ein ewiges Hin und Her: ein Jahr wolle man so, das nächste Jahr so, niemand wüßte, wie die Sachen stünden. Als ich bei späterer Gelegenheit bei der Etatsberatung darauf hinwies, daß die Herren von der Marine a. D. und z. D. gegen England hetzten, wurde das aufs entschiedenste abgeleugnet. Aber schon damals hatte der Abg. Lieber auf einen Artikel im „Militär-Wochenblatt" hingewiesen, der forderte, daß die deutsche Flotte so stark sein müßte, um die Landung deutscher Truppen in England zu sichern! Der Abg. Lieber erklärte es für ein starkes Stück, nachdem seit dem Jahre 1873 die deutsche Flotte um 527 Proz., d. h. um das 90fache der Bevölkerungszunahme vergrößert worden sei, jetzt dem Reichstage zuzumuten, daß er in dieser Richtung noch weiter gehen solle. Die Zentrumspartei, die jetzt die eigentliche Trägerin der ganzen Flottenpolitik ist, nahm damals in ihrer Gesamtheit diese ablehnende Stellung ein. Der Abg. Dr. Müller-Fulda erklärte damals — es war im März 1897, wo von den späteren Flottenforderungen noch nicht die Rede war —: Man sagt, die Flotte solle den deutschen Handel schützen, aber die Erfahrung habe gerade gezeigt, daß der deutsche Handel am besten gedeihe, wo keine Kriegsschiffe stationiert seien. Und der Abg. Bachem warnte vor den Hollmannschen Plänen: Auch die, die ihnen zustimmten, würden später bei der Deckungsfrage mit Schaudern daran denken. (Hört! hört! links.)

Später im März verwahrte Abg. Bachem seine politischen Freunde dagegen, die Handelsjuden des Reichstages zu sein. (Heiterkeit.) Neun Monate danach erschien der Herr v. Tirpitz auf der Bildfläche und mit ihm

der neue große Flottenplan von 1898.

Natürlich gab es zunächst auch in der Zentrumspartei ein ungeheures großes Geschrei. Der Abg. Schädler meinte, Deutschland könne nicht die stärkste Partei zu Lande und zu Wasser sein, und als man ihm von der rechten Seite zurief: „Das wollen wir ja auch gar nicht!" da erklärte er: die Vorlage sei ein Anfang dazu, und zwar ein sehr „dicker Anfang". Das schloß aber nicht aus, daß Herr Schädler den dicken Anfang und schließlich auch das dickste Ende bewilligte. (Heiterkeit.) Der damalige Führer der Nationalliberalen, Herr v. Bennigsen, nahm eine wesentlich andere Stellung ein als heute der Abg. Graf Oriola. Herr v. Bennigsen war damals der Ansicht, daß es sich bei der Vorlage um einen dauernden Abschluß der Marinerüstungen handele, daß die bewilligten Schiffe genügen würden auch im Falle eines europäischen Krieges. Ich war jedoch schon damals, im Dezember 1898, in der Lage, darauf hinzuweisen, daß ein neuer großer Flottenplan in Aussicht stände. Das erregte den Abg. Lieber auf das höchste; er hielt es für unmöglich, ganz undenkbar nach den Erklärungen des Staatssekretärs. Herr v. Tirpitz sollte mich desavouieren! Er tat es aber nicht. Erst als der Abg. Lieber ihn im Januar aufs neue interpellierte, erklärte Herr v. Tirpitz im Februar, daß nach seiner Erfahrung an keiner in Betracht kommenden Stelle ein solcher Plan bestände. Das war im Februar 1899. Im Oktober aber wurde der neue Plan vom Kaiser in Hamburg feierlich verkündet und bald darauf dem Reichstage vorgelegt. Das Zentrum gab auch diesem weiten, größeren Plane seine Zustimmung!

Der Herr Vorredner hat sich zwar redlich bemüht, zu beweisen, daß mit der neuen Vorlage allen berechtigten Anforderungen Rechnung getragen werde, aber ich glaube nicht fehl zu gehen, daß bei ihm diese Anschauung nur solange bestehen bleiben wird, bis das Reichsmarineamt eine neue Vorlage vorlegen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls ist es wichtig, hervorzuheben, daß die Herren vom Flottenverein bereits wieder mit aller Energie an der Arbeit sind, eine abermalige Vergrößerung der Flotte weit über das jetzt geforderte Maß zu betreiben, eine Art, die deutlich zeigt, wohin die Reise weiter gehen soll. Sie wissen alle, wer

die Leiter und Führer des Flottenvereins

sind; es gehören zu ihnen, soweit ich weiß, die gesamten deutschen Fürsten und wohl auch die Prinzen, die Mitglieder der Senate der sogenannten freien Handelsstädte, ziemlich alle Staatssekretäre, ein großer Teil der Diplomaten, kurz die Creme der Creme der Gesellschaft, der hohe Adel (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der alte und der neue Adel! Heiterkeit) usw. Da verlohnt es sich doch der Mühe, diese Art Agitation etwas unter die Lupe zu nehmen. Ich habe hier ein Flugblatt, das der deutsche Flottenverein vor einiger Zeit versandte. Da heißt es: „Deutsche, Euch alle ohne jeden Unterschied des Standes, des religiösen und politischen Bekenntnisses, fordern wir auf, Euch zu unserer Forderung einer starken Kriegsflotte zu vereinigen. Die jetzt vorliegende Flottenvorlage schafft uns die Sicherheit, die wir für unser Vaterland brauchen, nicht. Der Untergang der russischen Flotte lehrt uns, daß wir unsere veralteten Schiffe durch vollwertige, ganz moderne Schiffe zu ersetzen gezwungen sind, wenn wir nicht viele tausende von deutschen Seeleuten im Kriegsfalle nutzlos in den sicheren Tod senden wollen." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist denn doch eine Anklage allerschärfster Art, die hier gegen die verbündeten Regierungen erhoben wird. Wäre das wahr, was hier Herren, die sich für Sachverständige erklären, schreiben, dann machte sich die Regierung in der Tat eines Verbrechens schuldig, dann müßte sie so rasch wie möglich dem Wunsche des Flottenvereins nachkommen. Es ist sehr charakteristisch, daß dieser Flottenverein Dinge, die vom Standpunkt der gegenwärtigen Finanzverwaltung und vielleicht auch der Technik ganz undurchführbar sind, in die Massen hineinwirft und agitatorisch verwertet und daß die Herren von der Marineverwaltung diesen Dingen vollständig schweigend gegenüberstehen. In dem Flugblatt wird dann weiter die Notwendigkeit betont, binnen vier Jahren die von dem Flottenverein für notwendig gehaltene Vermehrung durchzuführen. Es heißt da: „Die Minderwertigkeit des gesamten Materials, namentlich der Linienschiffe, ist weltkundig, und dabei tritt die Marineleitung vor den Reichstag und fordert nicht den Kern, sondern die Schale, nichts als die Schale. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Stimmung des gesamten deutschen Volkes geht dahin, bedingungslos alles für die Flotte herzugeben. Aber die verbündeten Regierungen haben diese Stimmung nicht benutzt." Also vollständige Vernachlässigung der allerdringendsten Lebensinteressen der Nation wird der Regierung vorgeworfen, und der Reichstag wird sogar aufgefordert, aus eigenster Initiative die vom Flottenverein für notwendig gehaltene Verstärkung zu beschließen — ein Verlangen, das keiner, der konstitutionelles Empfinden hat, stellen kann. Die Mittel für diese ungeheure Flottenvermehrung sollen dadurch aufgebracht werden, daß der § 15 des Zolltarifes, der bestimmt, daß die Mehreinnahmen aus den Getreidezöllen für eine künftige Witwen- und Waisenversorgung aufgespart werden sollen, (und der für das Zentrum Bedingung seiner Zustimmung zu dem Gesetz war!) aufgehoben wird und damit jährlich 51 Millionen mehr für die Flotte beschafft werden. Eine schamlosere Forderung, wie sie hier im Flugblatt des Flottenvereins an die verbündeten Regierungen gestellt wird, kann wahrlich nicht gestellt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren unausgesetzt den schleunigen Ausbau der Flotte für eine nationale Notwendigkeit erklären, so ist es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, selbst in den Beutel zu greifen und auf dem Tische des Vaterlandes so und so viele Millionen niederzulegen. Aber wie die Männer in so hoher sozialer und wirtschaftlicher Stellung — wie die Herren des Flottenvereins, die für dieses Flugblatt verantwortlich sind — es mit ihrer Ehre, ihrem Gewissen, ihrem Schamgefühl in Uebereinstimmung bringen können, öffentlich die Forderung zu vertreten, daß auf die Groschen der armen Witwen und Waisen Beschlag gelegt werden soll, das verstehe ich wirklich nicht. Wenn in unserer Partei irgend ein als notwendig erkannter Zweck erreicht werden soll, gewährt jeder nach seinen Kräften und Mitteln, soviel er eben beitragen kann. Auch hier bei der Flottenagitation wäre doch das allermindeste, daß die Flottenvereinler mit gutem Beispiel vorangingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber von dem allen wird geschwiegen. Es ist ja sehr schön und sehr leicht, den großen Patrioten zu spielen, und wenn's ans Bezahlen geht, zu schweigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie nur daran, welche Mühe die Steuerkommission jetzt hat, aus allen Ecken und Enden 200 Millionen zusammenzusuchen. Nach meiner Auffassung könnte sie sich freilich ihre Aufgabe unendlich viel leichter machen, wenn sie das Geld da nehmen würde, wo es haufenweise auf der Straße liegt: von den großen Vermögen und großen Einkommen der Flottenschwärmer, von den schwerreichen Industriellen Rheinland-Westfalens, die den Hauptvorteil vom Flottenbau durch die Lieferung von Material haben. Da sollte mit einer Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftssteuer scharf zugegriffen werden, und es könnten noch über das jetzt Notwendige hinaus hunderte und aberhunderte von Millionen aufgebracht werden, um die Salzsteuer, die Zuckersteuer und andere das Volk schwer drückende Abgaben zu beseitigen. Aber davon wollen die Herren nichts wissen, nur auf die Armen die Last abzuwälzen, sind sie immer bereit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie denken, sie brauchten nur zur Masse zu kommen und uns als Vaterlandsverräter zu denunzieren, dann liefe die Masse wie die Kinder hinter dem Rattenfänger von Hameln scharenweise von der Sozialdemokratie weg und hinter jenen her. Aber wir brauchen ihnen nur den Reichsetat vorzuhalten, und der Arbeiter müßte ein sehr dummer Kerl sein, der nicht sofort begriffe, wer sein wahres Interesse vertritt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Für die eigentlichen Flottenschwärmer hat ja die gegenwärtige Vorlage gar keine Bedeutung. Im Flugblatt Nr. 4 des Flottenvereins: „Was Deutschland nötig hat!" wird ausgeführt, daß ein Linienschiff mit moderner Armierung ein Deplazement von mindestens 14 000 Tonnen, ein moderner Panzerkreuzer ein solches von 10 000 Tonnen haben müsse. Nun hätte England 39 derartige Linienschiffe fertig und 13 im Bau, Deutschland 0! An ausreichenden Panzerkreuzern: England 10 fertig, 11 im Bau, Deutschland 1 fertig, 2 im Bau. — Wenn sie nun diese Zahlen mit einander vergleichen und sich die gegenwärtige politische Situation in Europa — Algeciras macht sie ja sehr klar — vergegenwärtigen, so wird jeder zugeben müssen, daß angesichts der Stellung Deutschlands in Europa auch die Forderungen der Herren vom Flottenverein uns noch nicht in den Stand setzen würden, mit den größeren Seemächten fertig zu werden, da wir ganz zweifellos in einem künftigen Kriege nicht, wie vielleicht noch vor ein, zwei oder drei Jahren, England allein, sondern die englische und französische Flotte gemeinsam gegen uns haben würden. Vielleicht auch Rußland, dessen militärische und marinistische Rüstung wahrscheinlich in wenigen Jahren wieder wesentlich besser sein wird. Wenn also die gegenwärtige Konstellation weiter andauert, und ich fürchte sehr, daß sie weiter andauern wird, so haben wir gar keine Aussicht, das ungeheure Uebergewicht der großen alten Seemächte jemals auszugleichen. Der Abgeordnete Oriola hat schon mit Recht dagegen protestiert, daß der Flottenverein ältere Schiffe als „schwimmende Särge" bezeichnet hat. Welchen Eindruck muß ein derartiges Flugblatt machen, wenn es in die Hände von Leuten kommt, die entweder zur Marine kommandiert sind oder die Absicht haben, zur Marine zu gehen. Die Herren, die vorgeben, die Wehrkräfte Deutschlands durch die Agitation stärken zu wollen, fügen ihr im Gegenteil durch diese Art der Agitation Schaden zu. (Sehr richtig!) Gerade angesichts der minderen Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, die es naturgemäß gegenüber seinen älteren Rivalen zur See hat, muß diese Agitation mit der größten Vorsicht betrieben werden. In welchem Lande der Welt wird sonst noch eine Agitation betrieben, die derartig das eigene Land in den Augen des Auslandes diskreditiert? Wenn von unserer Seite etwas Aehnliches geschähe, würde der Reichskanzler sofort bei der Hand sein, von Vaterlandsverrat zu sprechen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die gewaltige Steigerung des deutschen Handelsverkehrs ist zu unserer großen Freude eine Tatsache. Wir „Internationalen" haben das lebhafteste Interesse daran, daß sich

die internationalen Beziehungen der Kulturvölker

immer inniger gestalten, und das beste Mittel dazu ist die Entwickelung des Handels. Aber Sie müssen erst beweisen, und werden es nicht beweisen können, daß an der außerordentlichen Steigerung des deutschen Welthandels unserer Kolonial- und Flottenpolitik ein namhafter Teil zuzuschreiben ist. Englands Flotte ist drei- bis viermal größer als die unsere, und doch ist England in der Entwickelung des Welthandels relativ sehr erheblich hinter Deutschland zurückgeblieben. Das beweist doch, daß ganz andere Kräfte dafür maßgebend sind als die Flotte. Wenn England, das ein verhältnismäßig kleines Landheer hat — dagegen einen ungeheuer wertvollen Kolonialbesitz — eine große Flotte hat, so ist das etwas ganz anderes. Bedenken Sie doch, daß Indien allein 300 Millionen Menschen umfaßt, d. h. ein Fünftel der gesamten Bevölkerung der Erde! Und das ist nur Indien! Damit können wir uns doch nicht vergleichen. Die Sache liegt so, daß Deutschland nach der Meinung, welche die bürgerlichen Parteien früher hatten und welche wir jetzt noch haben, unmöglich zu Lande und zu Wasser an erster Stelle stehen kann. Sie können machen, was Sie wollen, das können Sie gar nicht! England ist, und zwar sogar noch unter dem konservativen Regiment, dazu übergegangen, sein Marinebudget zu verringern. Es betrug 1904/05 36,8 Mill. Pfund Sterling, 1905/06 33,3 Millionen, und im gegenwärtig vorliegenden Etat für 1906/07 31,8 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das heißt: in einem Zeitraum von 2 Jahren hat England seine Kosten für die Marine um 100 Millionen Mark herabgesetzt. Die englische Flottenverwaltung sieht ein, daß sie es nicht mehr nötig hat, eine so große Flotte zu bauen, weil sie glaubt, in Frankreich auf alle Fälle einen Bundesgenossen gefunden zu haben.

Viel wichtiger als eine Flottenvermehrung ist eine

vernünftige auswärtige Politik!

(Lebhafter Beifall links.) eine Politik, die uns Bundesgenossen schafft (Beifall), aber nicht eine Politik, die uns in Europa, in der Welt isoliert (Beifall links), nicht eine Politik, die sogar die alten Bundesgenossen gegen uns mißtrauisch macht! Heute liegt es so, daß wir Rußland, England, Frankreich und Amerika geschlossen gegen uns haben und daß auch die Dreibundstaaten nicht geneigt zu sein scheinen, für alle Zickzackpolitik einzutreten und die Kosten für sie zu bezahlen. (Sehr wahr! links.) **Dahin sind wir gekommen trotz aller Reisen, trotz alles Antelegraphierens, trotz alles Beglückwünschens, trotz aller Geschenke!** (Sehr wahr! links.) Manche sagen sogar wegen aller Geschenke usw.

Nicht nur die gegenwärtige liberale Regierung in England wäre geneigt, auf einen

Abrüstungsplan der europäischen Flotten

einzugehen, wenn sie glauben könnte, daß auch wir uns daran beteiligen, auch im französischen Parlament ist von Deschanel eine ähnliche Ansicht ausgesprochen worden. Er wies darauf hin, daß das französische Budget fast 5 Milliarden Frank betrüge, daß aber davon 1,1 Milliarden, also mehr als der fünfte Teil, allein für Zinszahlungen ausgegeben werden! Das Deutsche Reich wird bald zu einer ähnlichen Verschuldung gelangen. Aber dieser Zustand ist in gewisser Hinsicht der einzige Trost für uns. Er gibt uns eine Gewähr für den Frieden. Wenn bereits in Friedenszeiten die Mächte alles aufbieten müssen, um ihre militärischen Lasten zu tragen, so werden sie erst recht nicht daran denken können, einen großen europäischen Krieg zu führen. Schon im ersten Monat einer Kriegserklärung würden mindestens 12 000 Millionen gebraucht werden. Das ist ein Gang der Dinge, der mit Notwendigkeit ein Ende mit Schrecken nehmen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt Graf Oriola: Was würde passieren, wenn die Sozialdemokraten die Mehrheit hätten und das Budget nicht bewilligten? Dann fiele ja alles über uns her! — Wir haben stets erklärt, so lange die heutige politische Ordnung der Dinge besteht, kann leider keine Nation auf ihre Verteidigung verzichten. Der Streit zwischen uns geht über das System und über die Grundanschauungen der auswärtigen Politik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir die Mehrheit hätten, würden wir selbstverständlich das System von Grund aus nach unseren demokratischen Prinzipien ändern und eine auswärtige Politik betreiben, die darauf hinarbeitet, allüberall den Glauben zu verbreiten, daß wir nicht nur den Frieden wollen, sondern es als unsere höchste Aufgabe betrachten, in der Förderung der Kulturbestrebungen mit allen Nationen zu rivalisieren. Jetzt geht Ihnen endlich die Erleuchtung auf, Herr Graf Oriola. (Lebhafter Widerspruch des Abg. Grafen Oriola.) Wenn ich Ihnen das nicht

klar machen kann, so liegt es einfach daran, weil Sie in dieser Beziehung nicht aufgeklärt sein wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie uns doch einmal unseren Staat einrichten auf drei Jahre zur Probe, dann werden Sie ja sehen, wie schön es darin ist. (Große Heiterkeit.) Der ganze Kampf zwischen Ihnen und uns geht dahin, daß jeder die Mehrheit der Nation für seine Anschauungen zu gewinnen sucht. Wir haben allerdings weit mehr Aussicht, sie für uns zu gewinnen. Bei Ihnen bröckelt's von Tag zu Tag mehr ab, bei uns wächst es. Die ganze ökonomische Entwickelung schafft uns naturgemäß Rekruten, die Interessen der Masse decken sich mit den Interessen der Sozialdemokratie, folgerichtig muß die Partei von Jahr zu Jahr wachsen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Opfer der Flottenpolitik müssen diejenigen tragen, die im Staate nichts zu sagen haben, ja — die man mit Gewalt von allen Entscheidungen ausschließt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Dinge so weit gehen, daß man in preußischen Militärwerkstätten einen als Sozialdemokraten bekannten Arbeiter nicht duldet, wenn kein Postbeamter im Amte bleibt, der auch nur in den Verdacht kommt, mit Sozialdemokraten zu verkehren, wenn solche Dinge von Tag zu Tag sich wiederholen, wenn die große Masse, die das Vaterland in erster Linie zu verteidigen hat, von allen Rechten ausgeschlossen ist, und wenn Sie da noch denken, Sie könnten den Kampf mit uns mit Erfolg aufnehmen, dann beneide ich Sie um Ihren Glauben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ich werde dem Wunsch des Hauses, sich bald zu vertagen, Rechnung tragen und mich auf einige kurze Bemerkungen auf die Erinnerungen des Abg. Bebel beschränken: Er hat ausgeführt, daß die Ansichten über die Notwendigkeit einer Flotte sich im Laufe der Jahre erheblich geändert hätten. Das ist ganz richtig, es haben sich die Zeiten geändert, und es haben sich die Dinge geändert. Demzufolge sind jetzt alle Parteien, die auf nationalem Standpunkt stehen, Freunde der Flottenvorlage. Nur der Abg. Bebel und seine Partei ist auf ihrem Standpunkt stehen geblieben. Ich glaube, er steht mit seiner Ansicht mit seinen Parteigenossen jetzt ziemlich allein da und ich glaube, daß nicht einmal seine Parteigenossen unter sich ganz einig sind. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Aber sehr!) Dann werde ich Ihnen einen Satz aus den „Sozialistischen Monatsheften" vorlesen, den ein früherer Fraktionsgenosse geschrieben hat. (Rufe links: Calwer!) Ich betone dabei ausdrücklich, daß ich mit seinen Ausführungen über England nicht einverstanden bin. Calwer schreibt: „Es ist grundverkehrt, jetzt so zu tun, als ob die deutsche Bourgeoisie durch Schaffung einer deutschen kräftigen Marine England provoziert habe. Man kann als Parteimann sehr wohl auf einen ablehnenden Standpunkt stehen, aber dann beschränke man seine ablehnende Haltung nicht auf das eigene Land, sondern ziehe auch den Nachbar ein. (Sehr richtig! rechts.) Wie eine mit einer starken Goldbasis ausgerüstete Zentralbank auf den Geldmarkt wirkt, so wirkt auch die Flotte einer großen Macht auf die ganze Welt. Will jemand im Ernst behaupten, Englands Feindschaft gegen Deutschland wäre nicht vorhanden, wenn wir keine Flottenrüstungen gemacht hätten? Vom kleinbürgerlichen Standpunkte aus mochte man eine solche Politik treiben in Zeiten, in denen Deutschland an großen internationalen Fragen noch nicht beteiligt war. Jetzt aber kann man dem eigenen Lande nicht zumuten, eine Ausnahmestellung einzunehmen. (Beifall rechts und in der Mitte). Der japanisch-russische Krieg ist dafür eine eingehende Lehre. Japan würde trotz seiner großen wirtschaftlichen Erfolge ohne Flotte nicht als Großmacht anerkannt werden, ja, es würde seine wirtschaftlichen Kräfte nicht voll entfalten können." — Das schreibt ein früherer Fraktionsgenosse des Abg. Bebel. Ich glaube, es dahingestellt sein lassen zu können, ob wirklich die gebildete Arbeiterschaft in der Partei des Herrn Bebel in dieser Frage vollständig hinter Bebel, ihrem Chef (Heiterkeit), steht. Nun hat der Abg Bebel über den Zickzackkurs in den Marinefragen geklagt. (Zuruf des Abg. Bebel: Das sagte nicht ich das sagte Lieber!) Aber der Abg. Bebel hat es doch als sein Argument benutzt. (Zuruf des Abg. Bebel: Nein, als Charakterisierung für das Zentrum!) Nun, wer über den Zickzackkurs, der früher in Marinefragen geherrscht haben soll, geklagt hat, der müßte doch nun gerade froh sein, daß das Flottengesetz und die neue Flottenvorlage einen sicheren geraden Weg gehen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Was den Flottenverein anlangt, so habe ich meine Stellung zum Flottenverein sowohl hier im Plenum, als in der Kommission ganz präzise gekennzeichnet und ich glaube meiner Stellungnahme nichts hinzufügen zu brauchen. Nur über den Ausdruck: „Schwimmende Särge" für unsere alten Schiffe möchte ich bemerken, daß diese Schiffe zum Teil noch in die Zeit des Admirals Stosch zurückreichen und daß die „Siegfriedklasse" aus der Caprivischen Zeit herrührt. Ich muß gestehen, daß wir niemals daran denken, sie modernen Linienschiffen gegenüberzustellen. Deshalb kann ich den Ausdruck „schwimmende Särge" als eine ganz haltlose Phrase bezeichnen. (Lebhafter Beifall auf verschiedenen Seiten des Hauses.) Ich kann ihn nur im höchsten Maße bedauern. Wenn die Marineverwaltung diese Schiffe nicht früher ersetzt hat, so hat das einen ganz bestimmten Grund. Schon aus finanziellen Gründen war es nicht möglich, ihren Ersatz früher vorzunehmen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr vertagt. Vorher 3. Lesung der Dualabahnvorlage. Mit der Stellvertretung des erkrankten Vizepräsidenten Dr. Paasche wird Abg. Büsing (natl.) betraut.

Schluß 6 ¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Flickschusterei.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der Wahlrechtsvorlagen begann am Montag unter dem Vorsitz des Freikonservativen Brütt ihre Beratungen. Die Freisinnigen kündigten eine Resolution an: Den ersten Gesetzentwurf, welcher eine Vermehrung der Mitglieder des Hauses und eine Aenderung der Landtagswahlbezirke und Wahlorte vorsieht, abzulehnen und die Regierung aufzufordern, einen neuen Entwurf auf Grundlage des Reichstagswahlrechts einzubringen. Sie verlangten, daß über diese Resolution vorweg debattiert werde. Dieser Antrag wurde aber mit allen übrigen Stimmen abgelehnt.

Zuerst wird über das zweite Gesetz, welches die Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei der Wahl zum Abgeordnetenhause betrifft, beraten. Bei § 1, welcher lautet:

„Der Protokollführer und die Beisitzer für den Wahlvorstand werden durch den Wahlkommissarius aus der Mitte der Wahlmänner ernannt"

wurde ein nationalliberaler Antrag, die Worte: „und durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet" hinzuzufügen, abgelehnt. Bei § 3, welcher die Fristwahl bei der Urwahl zuläßt, erklärte der Minister auf eine Anfrage von freisinniger Seite, daß, wenn eine Fristwahl stattfindet, die Stichwahlen an späteren Tagen stattfinden sollen und zwischen Urwahl und Abgeordnetenwahl genügende Zeit gelassen werden soll. Auf eine Anfrage des Zentrums erklärte die Regierung, daß die Fristwahl auch an mehreren Tagen stattfinden kann. Bei § 4, welcher unter bestimmten Voraussetzungen auch bei der Wahl des Abgeordneten die Frist wohl zuläßt, wurde von der Regierung erklärt, daß auch bei Abgeordnetenwahlen an mehreren Tagen gewählt werden könne, wenn Fristwahl vorgeschrieben sei. Von freisinniger Seite wurde eine Resolution beantragt, wonach die Regierung aufgefordert wird, bald ein Gesetz vorzulegen, das die geheime Abstimmung vorsieht, wenn das bestehende Dreiklassenwahlsystem bestehen bleiben sollte. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Freisinnigen und des Zentrums abgelehnt. Der Entwurf wurde unverändert angenommen! —

Die Kommission wandte sich dann der Beratung des ersten Gesetzentwurfes, welcher die Neueinteilung der Wahlbezirke enthält, zu. Von freisinniger Seite wurde beantragt, daß Berlin, wenn eine gerechte Wahlkreiseinteilung vorgenommen würde, 24 Abgeordnete haben müßte. Bei der jetzigen Vermehrung um 8 Abgeordnete aber komme man zu der Ungerechtigkeit, daß der bisherige erste Berliner Wahlkreis in Zukunft nur 2 statt bisher 3 Abgeordnete wähle, während alle anderen kleineren ländlichen Wahlkreise ihre Rechte behielten. Dem Bezirk, in dem das Königsschloß liege, in dem das geschäftliche Leben nicht nur Berlins, sondern viel weiterer Grenzen pulsiere, wahre man nicht seine historischen Rechte, nur um der Stadt Berlin keine größere Vertretung zu gewähren. Die Konservativen erklärten sich gegen jede weitere Vermehrung der Berliner Abgeordneten. Die Neueinteilung Berlins wurde hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Bei der Neueinteilung der Wahlkreise Rixdorf und Schöneberg beantragten die Nationalliberalen, Wilmersdorf hinzuzulegen. Der Antrag wurde aber — ebenso wie ein freisinniger Antrag: Rixdorf und Schöneberg je einen Abgeordneten zu gewähren — abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein ebenfalls von freisinniger Seite gestellter Antrag: dem Wahlbezirk Kattowitz-Zabrze 2 statt 1 Abgeordneten zu geben; desgleichen Anträge von nationalliberaler Seite auf anderweite Einteilung der Wahlkreise Tarnowitz, Beuthen, Kattowitz, Zabrze. Die Vorlage wurde unverändert angenommen.

Morgen sollen die Resolutionen beraten werden.

Lese- und Diskutierklub „Emil Rosenow". Sitzung: Mittwoch, bei Kowalczyk, Dalldorferstr. 5. Vortrag des Genossen Kosiol: „Die theoretischen Grundsätze des Erfurter Programms.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 26. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Aus alten Tagen. — Sozialismus und Anarchismus. Von A. Pannekoek. — Ueber den Neo-Malthusianismus. Von Oda Olberg-Rom. — Kleinhaus oder Mietskaserne. Von Dr. Siegfried. — Schon wieder ein Kulturfortschritt. Von Rudolf Krafft. — Literarische Rundschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

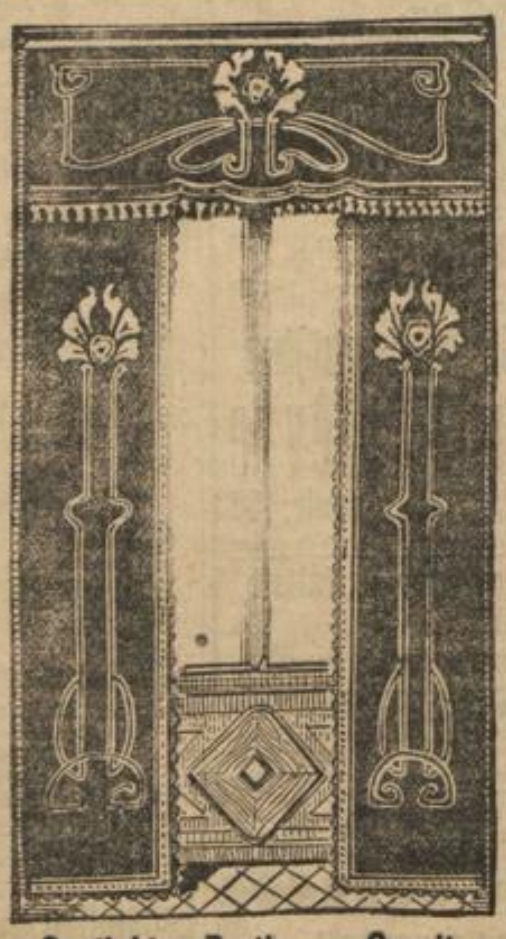
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der **„Süddeutscher Postillon"** zieht auch in der neuesten Nummer 7 mächtig vom Leder. Mit dem Titelbild „Der Märzwind und das Narrenhaus" bietet M. E. eine vorzügliche Karikatur der von der Sonne beschirmten Dreieinheit Gewalt, Geld, Glaube. Vanselow zeichnet mit grellen Farben das neue Wahlrecht, das zu kippen anfängt. Oft führt Dante und Virgil nach München. Das Schlußbild zeigt das österreichische Staatsschiff Unitis viribus im Märzsturme. Zwischen diese hervorragenden Bilder flicht sich E. Kl ergreifendes Leitgedicht Courrière. — Was in der Welt vorgeht. — Reskos Klage. — Rante. — Eine Illustration: Die Fleischnot in Deutschland. — Nach Altenburg (Gedicht). — Der büßende Büsing (Gedicht). — Parodie (Gedicht). — Unbezahlte Mehrarbeit. — Der Katze Liebling (Illustr.). — St. Eugen an der Himmelstür (Gedicht). — Schelm von Bremen: „Zwei Verbrecher" und viele lustige Zwischenspiele. — Preis 10 Pf. pro Nummer.

Kritische Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften. Märzheft. Herausgeber Dr. H. Beck, Dr. H. Dorn und Dr. O. Spann. Preis pro Jahr 24 M., Einzelheft 2,50 M. Verlag O. R. Böhmert, Dresden.

Fr. Hahn Berlin C. 25, Alexanderplatz

Gegründet 1825.



Gestickte Portieren-Garnitur
bordeaux oder grünoliv
aus Leinenplüsch 7.70 | aus Filztuch 5.00

Sonder-Angebot Vorzugspreise bis 14. April.

Teppiche

Größe	135×200	174×235	200×300	235×365	300×400
Sonstiger Preis	17.50	26.50	40.00	70.00	100.00
„Prima-Velour-Plüsch" (kein Axminstergewebe) Vorzugspreis	13.65	20.75	32.00	54.00	72.50

Gobelin-Tischdecken bordeaux mit mehrfarbiger Blumenborde, Größe 140×140 **2.20**

Mohair-Plüsch-Tischdecken bordeaux, russ. grün oder grünoliv, Größe 140×140 **7.70**

Chaiselongue-Decken (reich. Blumenmuster) **5.35**

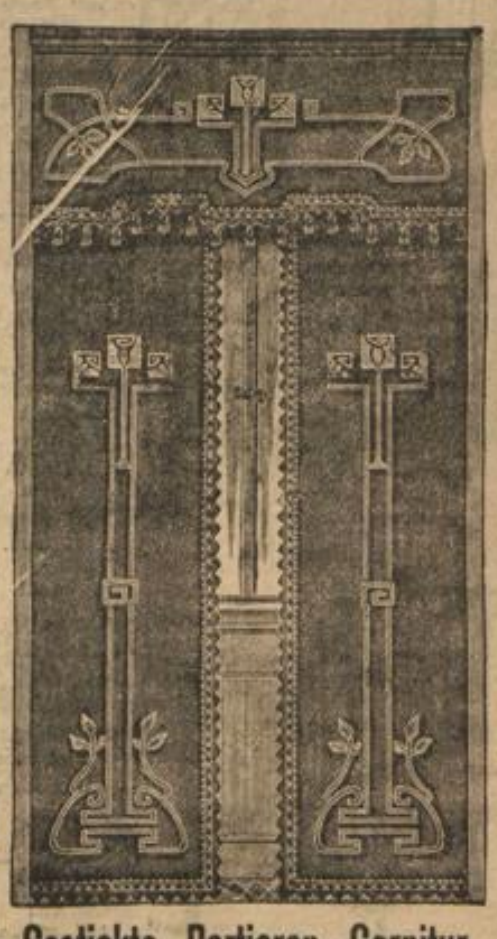
Steppdecken aus bestem Seidensatin, gute Handarbeit; in allen Farben, Größe 160×200 Stck. **6.90**

Englische Tüll-Gardinen (Reliefgewebe) weiß oder creme, Flügelgröße 130×320 d. Fenster (2 Flüg.) **4.10**

Engl. Tüll-Erker-Stores (Reliefgewebe) moderne Empire-Zeichnung weiß oder creme

Größe	100×350	150×350	200×350
Vorzugspreis	2.75	3.60	5.25

Der reich illustrierte **Haupt-Katalog für Frühjahr- u. Sommer-Neuheiten** ist erschienen und wird auf Wunsch zugesandt.



Gestickte Portieren-Garnitur
bordeaux oder grünoliv
aus Leinenplüsch 8.25 | aus Filztuch 5.50

Metallbettstellen

unerreicht billig!

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Bettfedern-Fabrik

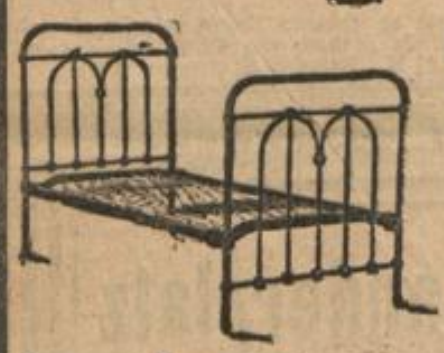
Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstrasse 45 und 46.

Nr. 10.
Chaiselongue-Bettstelle
mit Sprungfedern u. Drellbezug M. **12.–**
Mit Rollen, genau lt. Abbildung . . M. **13.75**

Nr. 22.
Gr. Bettstelle
mit doppelten Spiralböden, bronziert
190×90 cm M. **8.40**

Nr. 243.
Reform-Bettstelle
mit Zugfedermatratze hell oder dunkel, fein lackiert, mit Messingkugeln
90×190 cm M. **19.–**
90×190 cm M. **21.–**



Nr. 118.
Metallbettstelle
90×200 cm
mit aufgeschraubten Messing-Rosetten und Zugfedermatratze.
M. **27.–**
sonst **35 Mark.**

Nr. 181.
Englische Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze,
obere Stangen, Knöpfe und Verzierungen über den Fußenden von Messing.
190×90 cm M. **34.–**
200×105 cm M. **40.–**

Nr. 187.
Messing-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze.
90×200 cm
M. **50.–**
sonst **70 Mark.**

Nr. 818.
Messing-Bettstelle
mit Zugfeder-matratze
105×200 cm
M. **75.–**
sonst **115 Mark.**

Beste Bettenfüllung:
echt chin. Monopoldaunen
(gesetzlich geschützt)
per Pfd. M. 2.85.

Partei-Speditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Rüdersdorferstraße 3. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). **Fünfter Wahlkreis:** Leo Fucht, Reibellstraße 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weihe, Wiesenstraße 41/42. — **Rosenthaler** und **Oranienburger Vorstadt:** Hermann Raschke, Ackerstr. 36, Eingang Ackerstr. — **Gesundbrunnen:** F. Trapp, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Lychenerstr. 123. — **Alt-Glienicke:** Reinhold Schulz, Rudowerstr. 83. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Seesenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., v. I. — **Wilmersdorf:** Georg Feese, Berlinerstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau, und Rummelsburg:** Otto Seifel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — **Grünau:** H. Bluhme, Viktoriastr. 2. — **Rixdorf:** R. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Cunostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:** R. Müller, Berlinerstr. 41/42. — **Ober-Schöneweide:** Julius Grunow, Edisonstr. 10, I. — **Nieder-Schöneweide:** Bonakowsky, Hasselwerderstr. 1d. — **Johannisthal:** Franz Hilnold, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Erich Steuer, Roonstr. 8, I. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Luckenwalderstr. 4b. — **Köpenick:** Friedrich Wolck, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Mariendorf:** Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Elsenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weißensee:** W. Reske, Sedanstr. 105, part. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh** und **Schönholz:** P. Gursch, Provinzstraße 108, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf** und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstraße 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwaldt, Mühlenstr. 73. — **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf** und **Hankels Ablage:** Alfons Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — **Teltow:** Hermann Krüger, Neuestr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Zur Einsegnung

Anzüge aus fein gerippptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. **12.50** an

Anzüge aus prima tiefschwarz. Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten, eleganter Sitz, von . . Mark **17.50** an

Anzüge nach Maß Garantie für gutes Passen v. M. **24.–** an

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdener-Straße 4, am Kottbuser Tor.

Das Gespenst

der Fleischteuerung geht noch immer bei uns um! Zum Glück haben wir ein Mittel, es zu beschwören: **Knorr's Erbswurst** und **Suppentafeln**, denn nur mit Wasser gekocht ergeben sie in wenigen Minuten billige, nahrhafte und wohlschmeckende Fleischbrühsuppen. Aber Sie müssen ausdrücklich: **Knorr's Erbswurst** und **Suppentafeln** verlangen.

390/14*

Kronen-Fabrik.

Zum bevorstehenden Umzug empfehle ich mein reichhaltiges Lager von **Kronen, Lyren etc.**, ebenso werden Umzüge und Neuanfertigungen prompt und billigst ausgeführt. 5672*

Robert Borsch, BERLIN S. 42. Alexandrinenstraße 97.

Ausverkauf

nach der **Inventur!**

Gardinen und Stores

weiß, crême u. ockerfarben abgep. Fenster=2 Shawls.

Echt engl. u. Brüssel-Tüll m. Band eingef. 12 bis	2.50 M.	**Relief-Tüll-Stores,** neue Sezess.-Muster 5 bis	2 M.
Prima Spachtel-Tüll m. Batist-Auflage 18 bis	3.50 M.	**Echte Spachtel-Stores,** Applik. m. Spinnen 12 bis	5.25 M.
Echt Erbstüll, reich m. Bändchen, Handarb. 25 bis	8.75 M.	**Point lace-, Stella-** und **Lacet-Stores** a. Erbstüll, Neuheit 18 bis	6 M.

Steppdecken.

Seidenart. Lasting à 14, zweis. 12, 9 u.	7.50 Mk.	**Excelsior Cloth,** à 9, doppels. 8, 6,50 u.	4.75 Mk.
Wollatlas à 10, 8, 6, 5 u.	4 Mk.	**Satin,** gemustert, à 6, 5 u.	4 Mk.
Purpur, echt rot, à 5, 3,25 u.	2.50 Mk.	**Türkisch-Cretonne,** à 4,50, 3 u.	2.25 Mk.
Seiden-Atlas, alle Farb., 20, 15, 12 u.	10 Mk.	**Daunen-Decken** à 30, 26 u.	18 Mk.

Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast für die Hälfte des Preises.

Teppichhaus B. Hurwitz

Rotes Schloß 483L*

vis-a-vis dem National-Denkmal.

Möbel **Wegen Umbau** Möbel

und **Vergrößerung** verkaufe mein staunend großes Lager fertiger Möbel- und Polsterwaren zu 452L*

bedeutend ermäßigten Preisen.

Günstige Gelegenheit für Brautleute.

Möbel **Möbelfabrik Hirschowitz** Möbel

Skalitzerstraße 25.

262L*

Inventur-Extrapreise

Gardinen

abgepaßte Fenster, weiß und creme

Schallänge 3 Mtr.	pro Fstr.	M. 2.50
Schallänge 3,20 Mtr.	pro Fstr.	M. 3.35
Imit. Point-lace-Gardinen, pr. Fstr.		M. 5.85
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores		M. 1.85
Gestickte echte Spachtel-Stores		M. 5.65
Goldfarb. reichgestickte Band-Stores		M. 4.35
Tüllbett-decken	Gr. 180/220 cm	M. 2.35
Reichgest. Erbstüllbettdecken		M. 5.35

Gardinen-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstr. 158

Nach auswärts per Nachnahme

Inventur-Extraliste billiger Sonderangebote **gratis und franko.**

Kolossal billig verkaufe in Pankow fl. Neubau nur für Baustellenwert. Kellergeschoß fertig. Gelegenheitskauf bei geringer Anzahl. Für Restaurateure gut geeignet. Adr. unter **B. A. 6834** befördern **Daube & Co.**, Berlin W. 8.

Wir empfehlen:

„Sozialdemokratische Gemeindepolitik".

Kommunalpolitische Abhandlungen.

Heft 1: **Das kommunale Wahlrecht** von **P. Hirsch** und **Dr. Lindemann.** Preis **50** Pf. Agitationsausgabe **30** Pf.
Eine Darlegung der historischen Entwickelung der Bürgergemeinde bis zur heutigen Einwohnergemeinde sowie der heute geltenden Wahlsysteme zu den kommunalen Vertretungen.

Heft 2: **Kommunale Arbeiterpolitik** von **Dr. H. Lindemann.** Preis **60** Pf. Agitationsausgabe **40** Pf.
Eine Kritik der Arbeiterpolitik der Gemeinden an der Hand zahlreicher Beispiele und eine ausführliche Begründung für die Notwendigkeit der Arbeiter-Fürsorge durch die städtischen Verwaltungen.

Heft 3: **Kommunale Schulpolitik** von **Dr. Max Quarck.** Preis **1.—** M. Agitationsausgabe **50** Pf.
Die Broschüre enthält reiches Material zur Beurteilung der Volksschulzustände im Deutschen Reiche.

Heft 4: **Kommunale Wohnungspolitik** von **P. Hirsch.** Preis **1.—** M. Agitationsausgabe **50** Pf.
Eine Untersuchung der Ursachen und eine Schilderung der Folgen der Wohnungsnot sowie eine eingehende Darstellung der bisher von den Gemeinden dagegen getroffenen Maßnahmen, daran anknüpfend die sozialdemokratischen Forderungen.

Heft 5: **Steuern und Gebühren** von **Dr. H. Lindemann.** Preis **60** Pf. Agitationsausgabe **30** Pf.
Der Verfasser gibt eine Uebersicht über die gesetzlichen Bestimmungen in den Einzelstaaten und zeigt, wie innerhalb dieser eine verhältnismäßig vernünftige Steuerpolitik möglich ist.

Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68
Laden. Lindenstr. 69.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für **Damen** und **Herren.**

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern **0,75 Mk.** (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Das größte P
Backware: 6 2
Albrechts
Wrangelstr
Falckenstei
Markthalle
Markthalle
Zentrale

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer &

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 24. März 1906.

Kohlenwucher oder nicht?

Eine für den hauptstädtischen Kohlenmarkt nicht unerhebliche Bedeutung haben die am 1. April in Kraft tretenden Bestimmungen der Brikett-Konvention. Diese erstreckt sich auf nachstehende Gruben: „Altwine“ bei Costebrau, Anhaltische Kohlenwerke „Mariengrube“, „Anna Salon-Briketts“ der Niederlausitzer Kohlenwerke, „Beuterfitzer Kohlenwerke“ Hoest u. Co., Bockwitz, „Clettwitzer Werke“ J. Treuherz, „Eintrachtwerke“ (Clara und Henriette) „Elisabethglück“, „Ferdinand“, „Fielitz“, „Gotthold“, „Henkels Werke“, „Ilse“ Bergbau-Aktien-Gesellschaft, „Lauchhammer“, „Mariannenglück“, „Merkur“, „Meuro“, „Poleyer-Werke“, „Gebrüder Reschke“, „Schoppentau und Wolf“, „Stadtgrube“, „Victoria“, „Waidmannsheil“.

Die Wirksamkeit der Konvention bedeutet dauernde Verteuerung der Brennmaterialien. Die Herrscherin auf dem Berliner Kohlenmarkt ist die Bergbau-Aktiengesellschaft „Ilse“. Die „Ilse“ ist eine beliebte Marke. Fachmänner bestätigen, daß die Kohle der „Ilse“-Grube qualitativ etwas hervorrage. Das und die entsprechende Reklame haben dafür gesorgt, dem „Ilse“-Brikett auch dem Berliner Markt eine dominierende Stellung und der Gesellschaft „Ilse“ die unbestrittene Herrschaft über Händler und Konsumenten zu sichern. Der Berliner Markt nimmt mehr „Ilse“-Briketts auf, als die „Ilse“-Grube tatsächlich fördert. Die Gesellschaft verstand es, das Renommee der „Ilse“ auszunutzen. Sie erwarb neue Gruben, aus deren Produktion auch als — „Ilse“ gestempelte Briketts an den Markt kommen. Das Publikum, einmal von dem Glauben an der besseren Qualität der unter dem Namen „Ilse“ angelieferten Kohle beherrscht, zahlt gut- und strenggläubig auch für das nicht aus der „Ilse“-Grube stammende Erzeugnis den diktierten höheren Preis. Fachmänner, die die bessere Qualität des Erzeugnisses der „Ilse“-Grube zugeben, bestreiten aber ganz entschieden, daß die aus anderen Gruben als „Ilse“brikett auf den Markt gebrachten Erzeugnisse an Qualität die übrigen im Handel erscheinenden guten Marken übertrifft. Aber der höhere Preis muß berappt werden! Die Abstempelung als „Ilse“brikett verführt die Konsumenten zu der Annahme, sie kauften bestimmt das Erzeugnis der „Ilse“grube. Juristisch begeht die Gesellschaft natürlich keinen Betrug, aber die Konsumenten sind zum Teil betrogen. Welche Quanten die „Ilse“-gesellschaft auf den Markt bringt, ergibt folgende Zusammenstellung. Der Besitz der Gesellschaft umfaßt die Gruben:

„Ilse“ . . .	mit 130 000	To. Briketts	Jahresleistung
„Renate“ . . .	„ 200 000	„ „	„
„Eva“ . . .	„ 200 000	„ „	„
„Anna Mathilde“	„ 120 000	„ „	„

Die Zahlen gelten für 1904, für 1905 ist die Leistung noch größer. Von der Gesamtproduktion entfällt mithin nur 1/5 auf die Grube „Ilse“. Die Gruben „Renate“ und „Eva“ liegen 3 Kilometer von „Ilse“ entfernt, „Anna Mathilde“ wurde erst im Jahre 1903 von der „Ilse“gesellschaft erworben. Und die „Ilse“ macht feine Geschäfte. Sie verteilte für die letzten 6 Jahre: 10, 10, 10, 12, 14 und **16 Prozent Dividende.** Diese Glanzdividende bezahlt in der Hauptsache der Kleinkonsument, sogenannte bessere Leute haben Dampf-, Wasser- oder Luftheizung und die Großkonsumenten genießen Vorzugspreise.

Die wachsende Konkurrenz würde schließlich aber doch wohl die Vorzugsstellung der „Ilse“firma untergraben haben, wenn nicht die Kohlenkonvention gegründet worden wäre. Diese Organisation, in der mancher Händler das rettende Schiff im Konkurrenzsturm erblickt, brachte nicht nur den Kleinhandel unter die Kontrolle der Großhändler, sondern auch den Gesamthandel unter den Einfluß der Grubenbesitzer und sie steigert die Tributpflicht der Konsumenten. Durch die Konvention werden die Preise diktatorisch festgesetzt und immer höher hinaufgeschraubt. Der Händler, der die Preise nicht einhält, wird boykottiert und bestraft. Damit die Konsumenten gründlich bluten, werden sogen. Sammelkäufe unterbunden. Das nennt man Gewerbefreiheit! Der unter dem Drucke der Verhältnisse stehende Arbeiter darf im kapitalistischen Ordnungsstaate in der Verschleuderung seiner Arbeitskraft nicht im geringsten behindert werden. Ja, wenn einem Schubiak, der ohne materielle Not seinen um besseren Lohn kämpfenden Berufsgenossen in den Rücken fällt, etwas deutlich die Wahrheit gesagt wird, dann ist das Behinderung der Arbeitsfreiheit und die hehren Amtes waltende Staatsanwaltschaft reckt aus den rächenden Arm. Aber die Unterbindung der Gewerbefreiheit mit der Bestimmung, die Konsumenten zu schröpfen, ist erlaubt. Am meisten sind die Kleinhändler geknutet, wollend oder nicht, müssen sie die Preistreiberei mitmachen. Wer nachher das ganze Fett abschöpft, wird man noch sehen. Vogel friß oder stirb! So lautet die Devise. Als Illustration geben wir hier folgendem Zirkular an die Kohlenhändler Raum:

Verband der Berliner Kohlengroßhändler.

Die unterzeichneten Gesellschaften und Firmen verpflichten sich hiermit, dem Vorsitzenden der Berliner Kohlengroßhändler, Herrn Max Lichtenstein, Berlin, gegenüber, den Käufern von Briketts für Ihre hierunter neben der Unterschrift verzeichneten Marken für das Abschlußjahr vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 folgende Verpflichtungen aufzuerlegen:

„Käufer unterwirft sich für den Verkauf der geschlossenen Salon- und Industriebriketts den Verkaufsbedingungen und Preisen, welche vom Verband der Berliner Kohlengroßhändler für die zu bildende Konvention, den Verkauf an das Privatpublikum, sowie an Bäcker, Schlächter und sonstiges Kleingewerbe bis zu 6000 Zentner Jahresbedarf betreffend, festgesetzt werden, verpflichtet sich ferner, nur an solche Firmen zu verkaufen, welche diese Konvention als für sich verbindlich anerkennen und hat die gleichen Verpflichtungen seinen Unternehmern durch Schlußbrief aufzuerlegen.“

Die Verpflichtung geht von Herrn Max Lichtenstein auf den Verband der Berliner Kohlengroßhändler über, sobald die beabsichtigte Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister erfolgt ist.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen unterliegen einer Konventionalstrafe bis 50 M. für jeden einzelnen Waggon. —

Die Preise sind je nach Marken und Quanten verschieden festgesetzt, es gelten Ausnahme-, Sommer- und Winterpreise. Die Preise für Mengen über 100 000 Stück bezw. 1000 Zentner dürfen nicht öffentlich offeriert werden. Ausdrücklich wird weiter vorgeschrieben:

„Demnach ist es nicht statthaft, Abschlüsse mit politischen, wissenschaftlichen, konfessionellen, wohltätigen, geselligen, sportlichen Vereinen usw., allgemeinen Konsum-, Kohlen-Einkaufs-, Hausbesitzer-, Spar- und Bauvereinen, Wirtschafts-Genossenschaften jeder Art und dergleichen zu tätigen.“

Fiskalischen Werken, die gegen solche Anordnungen der Herrscher im Reiche verstoßen, will man in den gesetzgebenden Körperschaften aufs Dach steigen. Zwecks Materialsammlung hat der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands einen Fragebogen versandt, durch welchen die fiskalischen Werke gewissermaßen unter Kontrolle der Konvention gestellt werden. Ganz unnötiger Weise. Daß die fiskalischen Werke die Preispolitik der Syndikate und Konventionen nicht durchkreuzen, dafür hat man aus den letzten Tagen einen Beweis in der von den fiskalischen Werken in Oberschlesien vorgenommenen Preiserhöhung. Die Berliner Konvention hat auch versucht, die Gasanstalten zum Anschluß zu bewegen. Die Antwort lautete dahin, daß man um keinen Unwillen zu erregen, der freundlichen Einladung formell nicht folge, aber in der Praxis werde man die Preispolitik der Konvention mitmachen. So geschieht es und die Händler berufen sich darauf, daß sie durch die Preiserhöhung, die die Gasanstalten vornehmen, gezwungen sind, auf diesem Wege zu folgen.

Aus der Preisliste machen wir diese Zusammenstellung. Für Hausbrand gelten folgende Höchst- und Mindestpreise:

Ausnahmepreise für Mai bis Juli 1906.

Salon-Briketts			
Kleinhandel	100	Stück	0,95—0,85 M.
Platzverkauf	100	„	0,85—0,75 „
„	1 000	„	8,00—7,00 „
Privatpreise	1 000	„	9,00—8,00 „
„	10 000	„	8,50—7,50 „
„	100 000	„	8,20—7,20 „
„	2 250 000	„	8,00—7,00 „
Industrie-Briketts			
Kleinhandel	1	Zentner	0,95—0,90 M.
Platzverkauf	1	„	0,80—0,75 „
„	10	„	0,75—0,70 „
Privatpreise	10	„	0,90—0,85 „
„	20	„	0,87—0,82 „
„	40	„	0,85—0,80 „
„	80	„	0,83—0,78 „
„	200	„	0,80—0,75 „

Sommerpreise vom 1. April bis 15. September 1906.

Salon-Briketts			
Kleinhandel	100	Stück	1,00—0,90 M.
Platzverkauf	100	„	0,90—0,80 „
„	1 000	„	8,50—7,50 „
Privatpreise	1 000	„	9,50—8,50 „
„	10 000	„	9,00—8,00 „
„	100 000	„	8,70—7,70 „
„	2 250 000	„	8,50—7,50 „
Industrie-Briketts			
Kleinhandel	1	Zentner	1,00—0,95 M.
Platzverkauf	1	„	0,85—0,80 „
„	10	„	0,80—0,75 „
Privatpreise	10	„	0,95—0,90 „
„	20	„	0,92—0,87 „
„	40	„	0,90—0,85 „
„	80	„	0,88—0,83 „
„	200	„	0,85—0,80 „

Winterpreise ab 15. September 1906 bis auf weiteres.

Salon-Briketts			
Kleinhandel	100	Stück	1,05—0,95 M.
Platzverkauf	100	„	0,95—0,85 „
„	1 000	„	9,00—8,00 „
Privatpreise	1 000	„	10,00—9,00 „
„	10 000	„	9,50—8,50 „
„	100 000	„	9,20—8,20 „
„	2 250 000	„	9,00—8,00 „
Industrie-Briketts			
Kleinhandel	1	Zentner	1,05—1,00 M.
Platzverkauf	1	„	0,90—0,85 „
„	10	„	0,85—0,80 „
Privatpreise	10	„	1,00—0,95 „
„	20	„	0,97—0,92 „
„	40	„	0,95—0,90 „
„	80	„	0,93—0,83 „
„	200	„	0,90—0,85 „

Eine weitere Preisheraufsetzung im Laufe des nächsten Winters ist nicht ausgeschlossen. Man scheint die Praxis zu belieben, die letzten Winterpreise für den nächsten Sommer bestehen zu lassen und die Winterpreise jedesmal heraufzusetzen. Aus der Rubrizierungsliste ist noch zu vermerken, daß die Höchstpreise gelten, bei Salonbriketts für: „Anhaltische Kohlenwerke“, „Th. Hetze“, „Ilse“, „Kaiser“, „M. F. Leyke Grube Klara“, „Matador“, „Monopol“, „Victoria“; Mittelpreise gelten für: „Anker Grube Henriette“, „Bodo“, „Diamant“, „Elisabethglück“, „Excellenz Fielitz“, „Gotthold“, „Henkels Werke“, „Hedwigshütte“, „Krone“, „Mariannenglück“, „Poley“, „Reine Kohle“, „Stadtgrube“, „Vulkan“. Die übrigen Marken gehen zu Mindestpreisen ab. Industriebriketts für Hausbrand werden zu Höchstpreisen verkauft: „Anhaltische Kohlenwerke“, „Anker-Würfel-Grube Klara“, „Anker Halbsteine Grube Henriette“, „The Hetze“, „Henkels Werke“, „Kaiser“, „Mariannenglück“, „Poley“, „Stadtgrube“, „Viktoria“. Für die übrigen Marken gelten Mindestpreise. Bezüglich der Submissionspreise ist folgendes bestimmt: Für Salonbriketts gelten die festgesetzten Privatpreise für das gesamte zur Ausschreibung gelangende Quantum. Für Industriebriketts zu Hausbrandzwecken gelten die für Lieferung an die Großindustrie bei 4000 Zentner festgesetzten Preise. Für Industriebriketts zur Dampfkesselfeuerung gelten bis zu 6000 Zentner Jahresbedarf die für die Großindustrie festgesetzten Preise. Bei Submissionen können die Preise für die Dauer der Heizperiode 1906/07 abgegeben werden. — Für Industriebriketts zu gewerblichen und industriellen Zwecken sind die Preise besonders festgesetzt und zwar pro 50 Zentner frei Hof abzuschütten (ohne Abtrag) im Sommer 69—73 Pf., im Winter 72—76 Pf. In der Preisliste wird dann aber weiter ausdrücklich bestimmt: „An Bäcker und Schlächter darf nur „frei Aufbewahrungsraum“ verkauft werden und dann stellen sich die Preise um 3 Pf. höher! Also die Hauptabnehmer der Industriebriketts zu gewerblichen Zwecken müssen 3 Pf. mehr zahlen als die übrigen Verbraucher. Für die Großindustrie, Brauereien, Mälzereien, Dampfkesselfeuerung usw. betragen die Preise bei Jahresabschlüssen von 4000—6000 Zentner, fuhrenweise im Sommer 66—70 Pf., im Winter 69—73 Pf., waggonweise im Sommer 63—67 Pf., im Winter 66—70 Pf. Da Sammelkäufe verboten sind, sind Bäcker und Metzger, überhaupt alle Gewerbetreibenden, die nicht einen Mindesteigenverbrauch von 4000 Zentner haben, von dem Genuß der billigen, für die Großindustrie gültigen Preise ausgeschlossen. Und die Hauptkonsumenten, die Bäcker und Schlächter, sind doppelt benachteiligt, einmal durch Ausschluß von den günstigen Preisen für die Großindustrie, dann durch die Sonderbestimmung, welche für sie die Kohle um 3 Pf. gegen den Listenpreis verteuert. Auch ein Stück Mittelstandspolitik. Die Geschäftspraxis der Konvention ist auf mögliche Schonung der Großen zugeschnitten. Dabei geht man von der schlauen Berechnung aus, Mißfallen und Opposition von dieser Seite vorzubeugen, um desto ungenierter und gründlicher die Verbraucher von Hausbrand und die Kleingewerbetreibenden bluten lassen zu können. Die Konvention ist die Organisation der Plünderei der Taschen der Konsumenten. W. D.

Aus der Partei.

Ein Parteiarchiv haben die Solinger Genossen zu gründen beschlossen. Die „Berg. Arbeiterstimme“ erläßt folgenden Aufruf: Von dem Gedanken ausgehend, daß mancherlei historisches Material, das die allgemeine und speziell sozialdemokratische Arbeiterbewegung betrifft, bei verschiedenen Parteigenossen und sonstigen Freunden aufbewahrt wird, ohne der breiteren Oeffentlichkeit bekannt zu werden, hat die Solinger Volksbibliothek beschlossen, ein Archiv zu begründen, die Schätze also zu sammeln und zu ordnen und sie nach einem festgelegten Statut den Parteigenossen zur Verfügung zu stellen.

Reflektiert wird auf Material seit dem Jahre 1830, das in Broschüren, Zeitungen aller Art, Briefen, Flugblättern, Mueranschlägen, persönlichen Erinnerungen und sonstigen Denkwürdigkeiten enthalten ist. Die Sendungen nimmt der Genosse Wilhelm Weber, Solingen, Hochstr. 84, gegen Quittung entgegen.

Fort mit den Lauen. In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Görlitz forderte Genosse Ritter, daß alle Genossen, die die „Görl. Volksztg.“ nicht lesen, aus dem Vereine ausgeschlossen werden, wenn sie nicht von selbst rechtzeitig gingen. Genosse Müller verlangte, daß die Mitglieder des Vereins, welche in der Wählerliste standen und bei den Stadtverordnetenwahlen trotzdem nicht gewählt haben, ausgeschlossen werden müßten. Diese Forderung fand allseitige Zustimmung. Es wurde gewünscht, daß die betreffenden möglichst geräuschlos ausscheiden.

Eine Kreiskonferenz des Saalekreises, die von 40 Delegierten und etwa 30 Gemeindevertretern besucht war, fand am Sonntag in Halle a. S. statt. Nach einem Referat des Genossen Redakteur Thiele über die Aufgaben der Vertreter in den Landgemeinden wurde ein kräftiges Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie in den Landorten konstatiert. Die Gemeindevertreterwahlen sind in vielen Orten von Erfolg gewesen. Im Kreise wurden in diesem Jahre 11 Gemeindevertreter neugewählt. Es wurden erhebliche Mißstände kritisiert, u. a., daß auf einem Dorfe bei Halle im Armenhause zeitweise vier Familien in einer Stube wohnen mußten. In einem anderen Landorte bewohnte ein Vater mit seinen drei erwachsenen Töchtern im Gemeindehause ein Zimmer mit nur 22 Kubikmeter Luftraum. Da in dem Zimmer ein zweites Bett nicht gestellt werden konnte, schlief der Vater auf dem Fußboden. Die Konferenz verlief sehr anregend. Es wurde u. a. beschlossen, zur Hebung der Agitation den Monatsbeitrag zum sozialdemokratischen Verein von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen.

Ein Sozialist ohne Gegenkandidat. Aus Rom wird uns vom 22. März berichtet: In Geiacca, Sizilien, ist durch den Tod des bisherigen Abgeordneten, des Konservativen Lisota, der Wahlkreis vakant geworden. Bei der bevorstehenden Neuwahl, bei der sich erst drei Gegner gegenüberstehen sollten, haben sich nun beide konstitutionellen Kandidaten zurückgezogen, sodaß als einziger der reformistische Sozialist, Fürst Tasca di Cuto auf dem Plan bleibt. Tasca hatte bei den vorigen Wahlen einige 900 Stimmen, etwa 200 weniger als Lisota. Die Oppositionspresse sieht in dem Rücktritt der konstitutionellen Kandidaten eine Konzession des Kabinetts, das sich für den Ministerialismus der sozialistischen Parlamentsfraktion erkenntlich zeigen will.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Zeugnisfolter. Das Landgericht Rudolstadt hat die Beschwerde unseres Genossen Hofmann-Saalfeld, der wegen Nichtnennung seines Gewährsmannes im Zeugniszwangsverfahren zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde, zurückgewiesen.

Kein politischer Verein. Der Arbeiterturnverein in Düsseldorf wurde von der Polizei für einen politischen Verein erklärt und der Vorsitzende aufgefordert, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen. Diesem Ansinnen leistete der Vorsitzende nicht Folge, so daß er mit einem Strafmandat beglückt wurde. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt der Polizei und bestätigte das Strafmandat. Die Strafkammer aber sprach den Vorsitzenden kostenlos frei. In der Begründung wurde unter anderem ausgeführt, daß durch die Beteiligung einzelner Mitglieder an sozialdemokratischen Bestrebungen kein ausreichender Beweis dafür erbracht sei, daß der Verein als solcher sozialdemokratische Ziele verfolge. Was die Mitglieder außerhalb des Vereins für eine politische Gesinnung betätigen, gehe dem Verein nichts an. — Ein vernünftiges Urteil.

Die politische Polizei in Düsseldorf hat in letzter Zeit Pech mit ihren Aktionen gegen die Arbeiterschaft. Zuerst die nicht glückliche Haussuchung wegen des Wahlrechtsflugblattes, dann die vom Gericht aufgehobene Beschlagnahme zweier Flugblätter und jetzt der abgewiesene Vorstoß gegen den Turnverein.

Soziales.

Ein Beitrag zum Kampf um die Unfallrente.

Am 7. März berichteten wir über die Tatsache, daß in Köln ein Arzt, Dr. Rusak, als Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft und gleichzeitig als Sachverständiger des Schiedsgerichts fungierte. Nachstehend teilen wir einen nach langem Kampfe endlich zugunsten der Witwe eines Unfallverletzten entschiedenen Fall mit, der sich in Berlin abgespielt hat und der zeigt, wie schwierig ärztlich zutreffende Gutachten für Unfallverletzte zu erhalten sind.

Der Kutscher Heinrich Engel hatte sich am 28. Juli 1898 beim Aufladen von Heu, welches zum Futtern für die Pferde verwendet und von einer Wiese durch den p. Engel abgeholt werden sollte, durch Herunterfallen vom Wagen einen Knöchelbruch am linken Bein zugezogen. Die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigungspflicht ab, da der Unfall sich nicht im gewerbsmäßigen Fuhrwerksbetriebe ereignet habe. Sie wurde durch Schiedsgerichtsurteil zur Rentenzahlung verurteilt.

Engel wurde darauf mehrfach im Krankenhause wegen des durch den Unfall herbeigeführten Unterschenkelgeschwürs und insbesondere wegen wiederholt aufgetretener Wundrose behandelt. Die Berufsgenossenschaft setzte im Juli 1901 die Rente auf 75 Proz. herab, da nach den eingeholten Gutachten das Beinleiden vollständig geheilt, der Oberkörper gesund sei und Engel Arbeiten im Sitzen ganz gut verrichten könne. In Wirklichkeit zeigte das Geschwür wenig Neigung zur Heilung.

Das Geschwür brach immer wieder auf und Engel stand ständig in Behandlung des Dr. Köhler. Am 2. Januar 1904 wurde Engel von seinem Leiden durch den Tod erlöst. Sanitätsrat Dr. Köhler stellte als Todesursache Schlaganfallerkrankung, Herzverfettung, chronischen Bronchialkatarrh und Leberschwellung fest.

Die Witwe wandte sich hierauf an die Berufsgenossenschaft mit dem Anspruch auf Hinterbliebenenrente, da der Tod mit dem Unfalle im Zusammenhange stehe, die beim Tode von Dr. Köhler festgestellten Krankheitsursachen zum mindesten durch den Unfall und die dadurch ihrem Ehemanne aufgezwungene Ruhe wesentlich verschlimmert worden seien. Sie wurde jedoch mit ihren Ansprüchen auf Grund des Gutachtens des Dr. Köhler abgewiesen. Das angerufene Schiedsgericht holte ein weiteres Gutachten vom Krankenhause Moabit ein, wonach ein Zusammenhang zwischen den Unfallfolgen und dem Tode verneint, die Verschlimmerung des Herz- und Lungenleidens durch das Unterschenkelgeschwür aber bejaht wurde.

Der Gutachter Dr. Max Cohn ging von der Annahme aus, daß der p. Engel die Rose nur einmal (Februar 1899) gehabt habe und kam daher zu dem Schluß, daß durch die vor fünf Jahren überstandene Rose eine Verschlimmerung dieser Leiden nicht stattgefunden und den Tod des p. Engel nicht beschleunigt habe. Tatsächlich war — was dem Krankenhausgutachter nicht bekannt war — die Rose wiederholt aufgetreten.

Die Witwe legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Dr. Köhler gab in einem auf Erfordern erstatteten Gutachten zu, daß der p. Engel die Rose tatsächlich mehrere Male nach der Erkrankung im Februar 1899 gehabt habe, jedoch seien die Leiden durch den Unfall nicht verschlimmert. Denn der p. Engel sei in den letzten Jahren seiner Krankheit nicht zur absoluten Ruhe gezwungen gewesen. Er habe sich, wenn auch mühsam und mit Hülfe von zwei Stöcken fortbewegen können, auch habe er dies, soweit es die Jahreszeit und seine asthmatischen Anfälle gestatteten, getan.

Ueber die Tätigkeit des p. Engel bemerkt Dr. Köhler weiter, daß Engel gerade bei seinem Berufe als Droschkenkutscher von jeher verhältnismäßig wenig körperliche Bewegung gehabt habe und daß dieser Umstand sehr wahrscheinlich zu einem Teil für die Zunahme seiner Fettleibigkeit verantwortlich zu machen ist.

In Wirklichkeit aber war der p. Engel am Tage des Unfalles noch nicht zwei Jahre lang Droschkenkutscher gewesen, vordem hatte er die eine Fettleibigkeit nicht gerade voraussehende schwierige Tätigkeit eines Kohlen- und Möbeltransport-Arbeiters ausgeübt.

Daß er auch als Droschkenkutscher, im Gegensatz zu der Annahme des ärztlichen Gutachters, erhebliche körperliche Anstrengungen aus-

gutachten hat, weiß, wer die Tätigkeit kennt, die ein Droschkenkutscher außerhalb seines Kutscherbocks für Pferd und Wagen aufzuwenden hat und jetzt ja auch aus dem Unfall selbst hervorgeht, der beim Heraufladen und Einfahren entstand.

Das Reichsversicherungsamt holte ein Obergutachten des Herrn Professor Dr. Fränkel ein. Dies Gutachten sah es als erwiesen an, daß Engel mehrmals an Wundrose gelitten hat — und daß es sich bei der am linken Unterschenkel auftretenden Wundrose mit großer Wahrscheinlichkeit nicht um einen Rückfall der ursprünglichen Gesichtsrose, sondern um stets von der Geschwürsfläche ausgehende Neuinfektionen handelte. Das Gutachten führt weiter aus, daß die Erreger der Wundrose sich als überall häufig angetroffene Krankheitskeime auf der Wundfläche angesiedelt und von hier aus durch gelegentliche Reize in die umgebenden Gewebsschichten versprengt, öfters einen Anfall von Rose ausgelöst haben. Eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache sei nun, daß derartige akute Infektionskrankheiten eine Erkrankung der Herzmuskel verursachen können, welche unter Umständen zu einer dauernden Schädigung desselben führt. Solche Schädigungen, selbst geringfügiger Art müssen besonders bei häufigerem Auftreten, ein bereits erkranktes Herz, tiefgreifender alterieren als ein bis dahin gesundes. Außerdem aber habe auch die Erfahrung gelehrt, daß in den Herzbeschwerden Fettleibiger eine rasch fortschreitende Verschlimmerung eintreten kann, wenn derartige Patienten, wie auch im vorliegenden Falle angenommen werden müsse, zu dauernder Einschränkung der körperlichen Bewegung gezwungen sind. — Der Sachverständige kommt dann zu dem Schluß, daß die an und für sich zum Tode führenden Leiden des p. Engel durch die Folgezustände des Unfalls in seinem Ausgang beschleunigt wurden. —

Nunmehr ist der Witwe endlich die Hinterbliebenenrente zugesprochen.

Die Genickstarre

scheint sich in der aus aller Herren Länder zusammengesetzten Arbeiterbevölkerung des Industriekreises Ruhrort-Meiderich zu einer gefährlichen Epidemie auswachsen zu wollen. In der Bürgermeisterei Hamborn allein beläuft sich die Zahl der an Genickstarre Erkrankten bis heute auf 82. Von den Erkrankungen sind 49 Fälle tödlich verlaufen. Täglich werden neue Erkrankungen und neue Todesfälle gemeldet. Dabei ist die gefährliche Seuche aber nicht auf die Bürgermeisterei Hamborn beschränkt, vereinzelte Fälle kommen bereits im ganzen Industriegebiete vor. Im Kreise Ruhrort-Meiderich beträgt die Zahl der Erkrankungen inklusive der von Hamborn bis jetzt rund 100. Die Zahl der tödlich verlaufenen Erkrankungen 60. Da es sich fast nur um Erkrankungen unter der Arbeiterbevölkerung handelt, so steht zu befürchten, daß der Ausbreitung der Seuche nicht eher die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird, bis die böse Krankheit Massenopfer fordert. Die Hamburger Cholerazeit sollte allerdings als abschreckendes Beispiel dienen, indes ist es gut, wenn man sich hierüber keinen allzu optimistischen Hoffnungen hingibt. Jedenfalls ist die Situation eine solche, daß die in Frage kommenden behördlichen Instanzen hygienische Gegenmaßnahmen zu treffen haben.

Darf der Werkmeister zum Eintritt zu gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen auffordern?

Die Bejahung der vorangestellten Frage sollte man für selbstverständlich halten. Und doch hat es in einem Rechtsstreit erst der Anrufung der Berufungsinstanz bedurft, um dem natürlichen Rechtssatz Geltung zu verschaffen, daß ein Werkmeister durch Annahme seiner Stelle nicht auf seine politische und gewerkschaftliche Betätigung verzichte. Der Fabrikant Max Brandenburg in Treptow hatte einen Werkmeister O. entlassen, weil der Werkmeister in einer Versammlung der Arbeiter des Beklagten die Arbeiter zum Streik aufgefordert, auch einmal geäußert habe, die Arbeiter müßten es so weit bringen, daß wenn der Chef mit seinen Beamten komme, er zuerst vor den Arbeitern die Mütze abnehmen müsse. Auch habe der Werkmeister das schreckliche Verbrechen begangen, Arbeiter, die nicht zum sozialdemokratischen Verbande gehörten, zur Aufnahme in diesen zu veranlassen, ja er habe einen Arbeiter bewogen, statt der „Berliner Morgenpost" sich den „Vorwärts" anzuschaffen. Das seien aber Dinge, die als „wichtiger Grund" zur kündigungsfristlosen Entlassung ausreichen müßten. Aus der Beweisaufnahme entnahm das Amtsgericht Berlin II, daß der Werkmeister in der Tat die ihm zur Last gelegten Schreckenstaten, mit Ausnahme der Aufforderung zum Streik, begangen habe und erkannte durch einen Assessor auf Abweisung der auf Gehaltszahlung gerichteten Klage des Werkmeisters. Zu dem entgegengesetzten Resultate als dies der Ueberzeugungsfreiheit und den Erfordernissen des praktischen Lebens feindliche Erkenntnis gelangte das Landgericht Berlin II. Es lehnte eine Wiederholung der Beweisaufnahme, die dartun sollte, daß auch die tatsächlichen Annahmen des Amtsgerichts irrtümliche seien, ab, weil, auch wenn sich alles so verhielte wie das Amtsgericht mit dem Fabrikanten annahm, dies „nicht ausreicht, um die sofortige Entlassung des Klägers zu rechtfertigen. Die Gründe, die dies dartun, sind von so allgemeinem Inter[illegible] daß die wörtliche Anführung angebracht erscheint. Es heißt in dem Erkenntnis: „Die Aeußerung des Klägers, die Arbeiter müßten es dahin bringen, daß, wenn der Chef käme, er zuerst seine Mütze abnehme", ist nichts weiter als eine alberne taktlose Bemerkung, die von dem, dem gegenüber sie gemacht wird, kaum ernst aufgefaßt wird und einem Arbeiter bei seinem geringen Bildungsgrade und seiner Erziehung nicht besonders schwer angerechnet werden kann. Wenn Kläger den Zeugen veranlaßt hat, eine sozialdemokratische Zeitung zu lesen und einem sozialdemokratischen Verband als Mitglied beizutreten, so liegt darin kein Vertrauensbruch. Denn die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei hat nichts mit dem Dienstverhältnis zwischen Beklagten und Kläger zu tun. Parteien stehen lediglich in einem Privatrechtsverhältnis zu einander, auf welches von keinem Einfluß ist, zu welcher politischen Partei der eine oder der andere Teil sich rechnet. Unerheblich ist deshalb, ob der Metallarbeiter-Verband, zu dessen Eintritt Kläger den Zeugen bestimmen wollte, sozialdemokratischen Tendenzen huldigt oder nicht. Die Entlassung des Klägers wegen Mißbrauchs des Vertrauens würde nur dann gerechtfertigt sein, wenn Kläger gegen die Arbeitgeber und speziell gegen Beklagten agitiert, aufhetzerische Reden in Versammlungen geführt, zum Streik aufgefordert hätte usw. Von einer Agitation des Klägers aber nach dieser Richtung hin ist nichts erwiesen."

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 27. März.
Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Deutsches. Oedipus und die Sphinx.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Berliner. Geigenmacher. G'wissenswurm.
Westen. Die vier Grobiane.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Vogel im Käfig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Militärstaat.
Lessing. Kater Lampe.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Zentral. Das süße Mädel.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.
Kleines. Kinder der Sonne.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Luisen. Auf eigenen Füßen.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co.
Wintergarten. Saharet: „Die Kaiserin der Sahara". — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Geigenmacher von Cremona. G'wissenswurm.
Mittwoch: Jungfrau von Orleans.
Donnerstag: Kean.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Mittwoch: Salome.
Donnerstag, Freitag: Ein Sommernachtstraum.
Sonnabend zum erstenmal: Caesar und Cleopatra. (Anfang 7 Uhr.)

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.
Mittwoch:
Hidalla.

Zentral-Theater.
(Operette.) 8 Uhr:
Süße Mädel.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Othello.
Mittwoch: Pension Schöller.
Donnerstag: Die Haubenlerche.
Freitag zum erstenmal: Käthchen von Heilbronn.
Sonnabend: Auf eigenen Füßen.
Sonntag nachm.: Othello.
Abends: Der Verschwender.
Montag: Auf eigenen Füßen.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Komische Oper.
Dienstag, den 27. März 1906, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Mittwoch zum erstenmal: Figaros Hochzeit.
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Figaros Hochzeit.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute zum 149. Male:
Der Prinzgemahl.
Morgen zum 150. Male: Der Prinzgemahl. Vorher Prolog von Albert Träger, gesprochen von Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Apollo-Theater.
9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Burleske von Benno Jacobson. Musik von Rudolf Nelson.
Im 3. Bilde: La Matschiche. Solo: Liane d'Eve.
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Venus auf Erden und Spezialitäten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Deutsch-Amerikanisch. Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr, sowie Sonnabend
zum 100. Male | Gastspiel Ad. Philipp
Er und Ich
Sonnt. nchm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich.

Walhalla-Theater
Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von A. Mels.
Hierauf:
Die Ballhaus-Anna.
Posse m. Ges. i. 2 Akt. v. Daum u. Haskel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloratursängerin.
Geschwister Flokati, Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.** Schausp. in 5 Akten v. St. Großmann.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Waajuschins Kinder.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Der Militärstaat.** Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Philo v. Trotha.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Militärstaat.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der G'wissenswurm.**

65 Abessinier in Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Hansa-Theater Budapester Possen-Ensemble.
Schöneberg, Goltzstr. 9, nahe Nollendorfplatz.
Eröffnung Sonnabend,
den 31. d. M., abends 8 Uhr. 589L*
Ferdinand Grünecker. Armin Springer.
mit erstklassigem Ensemble.
Näheres auf Säulenanschlägen.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
70 dressierte Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
Herr Ernst Schumanns Neudressuren und die vorzüglichen Programmnummern.
Zum Schluß zum 128. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
◆ Indien. ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Woche. Abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba
Mittwoch z. 100. Male: Die lebende Brücke auf Kuba.
Donnerstag Benefiz für Herrn Leo Gadiol: Der Hüttenbesitzer.
Sonnabend letzte Kindervorstellung kleine Preise: Aschenbrödel.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letzten Male:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild m. Ges. in 5 Bild. v. Müller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Letzte Woche!
Johnke Compagnie
Reck-Pantomime.
Geschwister Fronista
Kunstgesangsduett
und 10 Attraktionen 1. Ranges.
'ne feine Nummer!
Burleske von Max Koch.
Familienkarten in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 11. Male:
Der Schmock und Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet. Vorverkauf bei Wertheim.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Das anerkannt vorzügl. Programm.
U. a.: Berlins gr. Sensation! Ein wirkliches Naturwunder. Chinesische Fischer mit ihren hier noch nie gesehenen
Cormorants
Direkt aus China importierte Fische fangende
Taucher-vögel.
Außerdem Mlle. Louise Marys
Eisbären.
Zum Schluß zum 101. Male:
Femina das neue Frauenreich.
Morgen Mittwoch, den 28. d. Mts., abends präzise 7½ Uhr: Anläßlich hohen Besuches Extra-Gala-Vorstellung zugunsten des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz behufs Bewilligung freier Brunnen- u. Badekuren für die Teilnehmer an den Feldzügen 1864, 1866, 1870/71.

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen
der australischen Tänzerin
Saharet
als
Kaiserin der Sahara.
Außerdem
das glänzende März-Programm.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Volksstück in drei Akten von Walter u. Stein.
Vorher das **neue bunte Märzprogramm.**
Sonnt. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel des Berth. Rose-Theaters.
Die Geier-Wally.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorsp.
Die Klötze von Rosen
nach ihrem Roman von Wilhelmine von Hillern.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Familientag im Hause Prellstein
mit den Autoren Anton u. Donath Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11–2 Uhr.
Voranzeige!
Sonntag, den 1. April:
Abschieds-Vorstellung
mit vorhergehendem Festakt u. Verabreichung eines Souveniers in Form eines Albums, welches den Werdegang des Herrnfeld-Theaters mit interessanten Abbildungen enthält.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Neu! Einquartierung.
Mit Humoreske v. Meysel
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci
Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute vorl. Theaterabend:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Aufzügen.
Mittwoch:
Das Stiftungsfest.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Dresdenerstr. 97
Colosseum
Otto Steidels Hamburger Sänger.
Sonntag 2 Vorstellungen
nachm. 4 und abends 8 Uhr.
Nachm. Eintritt 25 Pf. 1 Kind frei.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin-Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.
Caramel-Malzbier
Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro Flasche 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.
433L*

Krug zum Grünen Kranze
Alexanderplatz
(im Keller)
Allabendlich:
„Fidelitas!"
Damen-Orchester
nach Münchener Art.
Entree frei.
Säle v. 200–1000 Pers. fassend.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert — Theater
Spezialitäten.
Stets wechselnde Spielfolge.
Anfang Sonntag 6 Uhr. Eintr. 40 Pf.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue
März-Programm.
Nur Schlager.

Germania-Säle.
Charlottenburg. Spreestr. 13.
Inhaber: C. Wederich.

Jeden Dienstag:
Original-Harburger Sänger
Dir.: Carl Frick und F. Kasche-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entr. 30 u. 50 Pf.
Vorzugskarten gelten.

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Progr.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften welche auch Konfektion führen. 85L*
Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Warenhaus, sondern nur
Spezial Möbelgeschäft.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 29/14*
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 11*

Universal-
Wunder-Aether
früher „Weltwunder"
ist bei
Kopfschmerzen
jeder Art, Migräne, Benommenheit, geistiger Abspannung ein wunderbares Kopfnervenstärkungsmittel von überraschend schneller, im höchsten Grade wohltuender, anregender u. neu belebender Wirkung für die Nerven. Der Gesundheit unschädlich, nur äusserlich anzuwenden. Fl. M. 1.50 (Inhalt M. 180) zu beziehen durch
Otto Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4

Patent-Bureau
Anmeldung u. Patenten im In- u. Auslande. Verwertung, Finanzierung. 1a Referenzen. Coulante Bedingungen.
Wolters & Co. Berlin
Wilhelmstr. 119/120
10-1 u. 4-8 Sonntags 11-1.

Achtung!!! Ausschneiden!!!
Auf Teilzahlung!!!
Wöchentlich nur 1 Mk.

Große Auswahl in Herren- u. Damenuhren, Standuhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, Stöcke, echte Menzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.

Verkauf von Platten, echten Edison- und pa. 1 Mk.-Walzen.
Juhre & König
Warschauerstr. 72 (nahe Bahnhof) und Reinickendorferstraße 57 (nahe Bahnhof Wedding). 54L*

Das älteste
Rester-Geschäft
des S.-O. von
Wilhelm Mühlbach
empfiehlt zur bevorstehenden Einsegnung Reste von schwarzen Kleiderstoffen, Plüschen rc., sowie zur Kinderkonfektion zu den billigsten Preisen.
Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. **10**

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Unseren verehrlichen Mitgliedern bringen wir hiermit die traurige Nachricht, daß unser hochverehrtes Mitglied

Franz Stolle

Montag morgen 5 Uhr nach fünfwöchentlichem Krankenlager aus dem Leben geschieden ist. Der Verein verliert in ihm einen streng rechtschaffenen Beamten, der sich allseitiger Liebe und Verehrung unter den Mitgliedern erfreute. Mit Ablauf dieses Jahres wäre der Verstorbene 25 Jahre im Dienste der Organisation als unser Verwalter tätig gewesen. Es war ihm leider nicht vergönnt, diesen Ehrentag zu erleben. Stolle gehörte dem Verein seit dem Jahre 1863 an und hat während dieser Zeit in demselben die verschiedensten Ehrenämter bekleidet.

Sein Andenken werden wir allezeit in Ehren halten.

Der Vorstand
des Vereins der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.
Alb. Massini, Vorsitzender.

Die Beerdigung wird den Mitgliedern noch bekannt gegeben. 36/9

Heute morgen 5 Uhr verschied nach fünfwöchigem Krankenlager unser lieber Kollege und treuer Mitarbeiter

Franz Stolle

im 62. Lebensjahre.
Sein Andenken wird stets in Ehren halten
Berlin, den 26. März 1906 36/10

Die Verwaltung
des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Polierer

Paul Helbig

am 24. März nach langer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. März, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
82/18 Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden starb am 24. März mein lieber Mann und guter Vater, der Möbelpolierer 802b

Paul Helbing

im 37. Jahre an der Schwindsucht.

Die Beerdigung findet am 27. März, nachm. 4 Uhr, auf dem Auferstehungskirchhofe in Weißensee statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
(Bezirk Rosenthaler Vorstadt.)

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

Gustav Günther

am 24. März verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zionskirchhofes in Nordend aus statt. 33/16

Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Otto Rose

am 25. März nach langer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Lübbenerstraße 3 aus nach dem Emmauskirchhof statt.

Um rege Beteiligung ersucht
82/19 Die Ortsverwaltung.

Zweiter Nachtrag
zum Statut der
Orts-Krankenkasse für das Tapezierergewerbe
zu Berlin.

Laut Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 9. Novemb. 1905 erhält der § 13 Nr. 2 folgende Fassung:

Die Lieferungen von Brillen usw., auch kann Zahnersatz bis zum Betrage von 32 M. geleistet werden.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 23. März 1906.

Der Vorstand.
J. A.: H. Lobitz, 1. Vorsitzender.

Genehmigt durch Beschluß vom 28. Februar 1906.

Der Bezirksausschuß zu Berlin,
Abteilung II.
Kayser. 271/11

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin I).

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Gustav Müller

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nordend, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
174/1 Der Vorstand.

Statt jeder besonderen Meldung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, die Hebamme

Auguste Schwarz
geb. Joel, Brangelstraße 90,

im Alter von 63 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden am 24. d. M. sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Stille Teilnahme erbitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen sagen für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes unseren herzlichsten Dank. 789b

Die trauernde Witwe
Anna Bastian nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Ziellow meinen tiefgefühltesten Dank. 610b

Die trauernde Witwe
Luise Hering nebst Tochter.

Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters, des Tischlers

Bernhard Hüfner

sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Frau Emma Hüfner
811b nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.

Donnerstag, den 5. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3: 793b

Ordentliche
General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung. 2. Bericht des Prüfungsausschusses. 3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung und Dechargeerteilung. 4. Verschiedenes.

Die in der Wahlversammlung am 22. November 1905 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen.

Einladungskarte legitimiert.

Der Vorstand.
August Brunzel, Vorsitzender.
Ewald Petermann, Schriftführer.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Buketts, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Mittwoch, den 28. März 1906, abends 8½ Uhr:
Versammlung der Gold- und Silberarbeiter u. verw. Berufsgenossen
im „Dresdener Garten", Dresdenerstr. 45.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über: „Kriminalrecht und Strafvollzug". 2. Diskussion. 3. Werkstellen-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Gäste willkommen. Recht zahlreiches Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen wird erwartet.

Mittwoch, den 28. März 1906, abends 8½ Uhr:
Versammlung der chirurgischen Branche
im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11/12.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wermuth über: „Frankreich am Ende des achtzehnten Jahrhunderts". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht des interessanten und lehrreichen Vortrages ersuchen wir um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Mittwoch, den 28. März 1906, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Steglitz, Gr.-Lichterfelde u. Umg.
bei Reisen, Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 101.

Tagesordnung: Vortrag über die Revolution in Rußland. Referent: Ingenieur Grempe. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Ohne Buch kein Zutritt.

Pünktlicher und zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. März 1906, abends pünktlich 8½ Uhr:
Branchen-Versammlung der Graveure und Ziseleure
im „Graphischen Vereinshause", Alexandrinenstr. 44.

Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Vortrag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 115/6

Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist dringend nötig.

Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Tischler

Berlins und Umgegend.

Achtung! Achtung!
Tischler und Möbelpolierer.
Mittwoch, den 28. März 1906, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Zölls, Köpenickerstr. 137/138.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kater. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 196/5

Gäste haben Zutritt.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 28. März, abends 8½ Uhr:
Branchenversammlung aller in der Telephon-Branche
und für photographische und chirurgische Apparate beschäftigten Tischler
im Gewerkschaftshause (Saal 7), Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:
1. Branchenangelegenheiten. — 2. Der Streik bei Meyer. 3. Verschiedenes. 89/

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Bautischler-Kommission.

Donnerstag, den 29. März, abends 8½ Uhr:
Sitzung für sämtliche Bezirke
bei Walter, Adalbertstraße Nr. 62.

Die Vorortzahlstellen werden gebeten, ihre Vertreter zu dieser Sitzung zu schicken. Der Branchenleiter.

Achtung! **Küchenmöbel-Branche.** Achtung!
Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8½ Uhr:
Branchen-Versammlung
im „Englischen Garten", Alexanderstraße Nr. 27c.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Die Kommission.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter

Deutschlands.

Achtung! **Putzerträger Berlins u. Umg.** Achtung!
Mittwoch, den 28. März, abends 6½ Uhr:
Versammlung aller Putzerträger
in Graumanns Festsälen, Naunynstraße 27.

Tages-Ordnung:
1. Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um unsere Forderung endgültig zur Durchführung zu bringen? 2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Putzerträger ist erforderlich. Auch ist es ratsam, daß jeder von der Arbeitsstelle sofort nach dem Versammlungslokal geht, denn die Versammlung wird frühzeitig eröffnet.

Achtung! **Brunnenbauer** Achtung!
und Hülfsarbeiter.
Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Augustin, Oranienstraße 103:
Versammlung
aller im Brunnenbaufach beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere eingereichte Forderung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet 33/15*
Der Zweigvereins-Vorstand.

Sportshaus in Ziegenhals bei Zeuthen
(Vorort- und Stadtbahn-Verkehr)
am Crossin-See, mit 2 großen Sälen, Hallen u. schattigem Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei neuerbaute verdeckte Kegelbahnen, Ausspannung für Fuhrwerke, Dampfersteg, Ruderboote, Sommerwohnungen u. Logierzimmer, Kaffeeküche usw. — Halte mich Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zu Ausflügen ganz besonders empfohlen.
Hochachtungsvoll **M. Mörschel,** Telephon: Amt Königs-Wusterhausen 75.
5844L*

Moerner's Blumengarten
Ober-Schöneweide
Dampferstation Stern
empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.
2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf
(nicht Schleuse) direkt an Chaussee und Flakensee, für die bevorstehende Saison den geehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken zu Dampferpartien und Ausflügen per Bahn, Fußtouren usw. angelegentlichst empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntags u. an den Pfingstfeiertagen zu Vereinsfestlichkeiten zur Verfügung. Fernsprecher:
62* **Friedr. Saewert,** Amt Erkner No. 49.

Zimmerschrank mit Wetterhäuschen, auch als Schmuckschrank zu gebrauchen, sehr hübsch, aus braun gebeitztem Holz, mit feiner Schnitzerei, verschließbar, mit Schlüssel, zirka 40 cm hoch, 21 cm breit, das Wetterhäuschen zeigt das Wetter immer einige Tage vorher an, bei bevorstehendem schlechtem Wetter kommt der Mann, bei gutem Wetter die Frau heraus, sehr elegant, ein Schmuckstück für jedes Zimmer.
No. 298. Zigarrenschrank mit Wetterhäuschen, p. Stück nur M. 1,25.
10 Stück auf einmal M. 11,50.
No. 299. Zigarrenschrank mit Wetterhäuschen, extra fein u. sauber gearbeitet, per Stück nur M. 2,—.
10 Stück auf einmal M. 18,50.
Porto und Versandspesen extra.
Versand nur per Nachnahme.
Katalog mit zirka 3000 Gegenständen gratis und franko. 206/5
Gebr. Wolfertz, Versandhaus „Rotkäppchen"
Wald bei Solingen. Nr. 1138.

Achtung! **Vierter Wahlkreis.** **Achtung!**

Dienstag, den 27. März, abends 8 Uhr:

Sechs Volks-Versammlungen.

1. Im Lokal **Graumann**, Naunynstr. 27.
2. „ „ **„Drachenburg“**, Vor dem Schlesischen Tor 1–2.
3. „ „ **P. Litfin**, Memelerstr. 67.
4. Im Lokal **Germania-Brauerei**, Frankfurter Allee 53.
5. „ „ **„Königsbank“**, Große Frankfurterstr. 117.
6. „ „ **„Elysium“**, Landsberger Allee 40.

Tages-Ordnung:

1. **Was braucht das Proletariat?**
2. Diskussion.

292/12*

Referenten sind die Genossen: Block, Düwell, Kloth, Liepmann, Störmer, Wiesenthal.

Parteigenossen! Agitiert für Massenbesuch!

Der Vorstand
des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Achtung! **Achtung!**

Städtische Arbeiter!

Mittwoch, den 28. März, abends pünktlich 8½ Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Protest-Versammlung

aller in den Betrieben der Stadt Berlin beschäftigten Arbeiter, Handwerker usw.

Tages-Ordnung:

Der Etat pro 1906 und die städtischen Arbeiter.

Referent: Gewerkschaftssekretär **Emil Dittmer.**

Freie Aussprache für jedermann.

Kollegen! Es gilt Stellung zu nehmen zu dem ablehnenden Verhalten des Magistrats bezüglich der generellen Lohnerhöhung. Jeder agitiere für diese Versammlung.

290/1

Verband städtischer Arbeiter (Filiale Groß-Berlin).

Freitag, den 30. März, abends 8 Uhr,
in Louis Kellers großem Saal, Koppenstr. 29:

Volks-Versammlung
für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Die preußische Volksschule und die Kirche.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Adolph Hoffmann.

62/9

Der Einberufer.

Sehmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee. (Endstation der „Stern“-Dampfer)
Hermann Peter. Telephon: Grünau No. 39.
Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfersteige, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5651 L*
Amt 4. 3014.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10–2, 5–7, Sonnt. 10–12 Uhr.

Bauland kauft
Biermann, Breslau VIII.

Rheumatismus
Gicht-, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh verschwinden bald durch äusserlichen Gebrauch von **Reichel's „Electricum“** (kiefernhaltiges Kiefernadel-Waldwolldöl). Einfaches und unschädliches Naturprodukt v. Karker durchdringend, sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit. Fl. 1.— u. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht d. den inneren Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50, u. 2.50. In den Drogerien u. Apotheken erhältlich und zu beziehen durch **Otto Reichel,** BERLIN SO., 43, Eisenbahnstr. 4.
Man achte auf Firma und Wort „Medico“.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
Berlin C., 5649L*
30. Linien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Bolsten, angenehm u. weich am Körper.

Empfehle garantiert unverfälschten, sehr wohlbekömmlichen **Rotwein zu 48 Pf.** p. Ltr. i. Faß von 35 Ltr. ab, 50 Pf. mit Flasche a ca. ⅔ Ltr. u. 25 Fl. an geg. Nachn. Probe v. 12 Fl. 55 Pf. p. Fl. Preisliste frei. Carl Th. Oehmen, Koblenz a. Rhein 728. Größter Rotweinversand in Koblenz.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**
Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Frauenbewegung.

Verein der Dienstmädchen Nürnbergs. Eine Versammlung, wie sie Nürnberg wohl kaum je gesehen hat, fand dort kürzlich statt. Dienstmädchen, Wäscherinnen und Aufwartefrauen waren einer Einladung zum „Tivoli" in großen Massen gefolgt. Die Säle des Etablissements waren sämtlich gefüllt. Es galt einer Besprechung der Lage der weiblichen Dienstboten. Fräulein Helene Grünberg referierte. Die „Gleichheit" berichtet darüber:

Ein erschütterndes Bild des Dienstbotenelendes mußte entrollt werden. Die Herrschaften nützen das sogenannte Gesinderecht, das heißt in Wirklichkeit die Rechtlosigkeit der Mädchen schamlos bis aufs äußerste aus. Der Arbeitstag der Dienstboten hat vielfach tatsächlich keine Grenzen. Früh 5 Uhr aufstehen, abends nach 12 Uhr ins Bett, den ganzen Tag von einer Arbeit zur anderen hetzen, das ist die Regel für sehr viele. In nicht wenigen Haushaltungen ist die Beköstigung der Mädchen der Quantität wie der Qualität nach durchaus unzulänglich. Wenn die Mädchen nicht hungern wollen, müssen sie von ihrem sauer verdienten Lohne sich etwas zu essen kaufen. Eine reiche Hopfenhändlerswitwe zum Beispiel läßt die Mädchen nachts 11 oder 12 Uhr aus dem Bette holen, um sich von ihnen auskleiden zu lassen. Nicht bloß zu essen, sondern oftmals auch Feuerungsmaterial müssen die Armen von ihrem eigenen Gelde kaufen. Bei einer anderen Herrschaft, wo das Mädchen sich infolge harter Arbeit und schlechten Essens eine Krankheit geholt hatte, erhielt es zwei Minuten vor der Weihnachtsbescherung die Kündigung. Bei einer Frau Apotheker sind Kost und Behandlung so unter aller Kritik, daß sie seit zweieinhalb Jahren das 36. Mädchen hat, seit letzte Weihnachten das fünfte. Eine noble Herrschaft hatte ihrem Mädchen für besonders schwere Arbeit während der Ferienreise ein schönes Geschenk versprochen. Sie fand nach ihrer Rückkehr die geleistete Arbeit sehr lobenswert. Als Belohnung dafür wurde dem Mädchen großmütig ein alter Sonnenschirm und ein alter Hut überreicht, jedoch sollte es für den letzteren noch 7 M. zahlen, „da sie den Hut ja noch tragen könne". Während ihrer Ferienreisen suchen sich die Herrschaften der Ausgaben für ihr Mädchen gern zu entledigen. Wenn dasselbe nicht freiwillig, ohne Kostgeld zu erhalten, irgendwohin geht, so wird ein Streit vom Zaune gebrochen und ein Grund zur Entlassung geschaffen. Bei findigen Hausfrauen ist nicht ausgeschlossen, daß sie ab und zu Dienstpersonal halten, welches eine Zeitlang tüchtig schanzen muß, aber für die geleistete Arbeit keinen Lohn bekommt. Mädchen, welche nicht „ordnungsgemäß" aus dem Dienste treten, braucht nämlich kein Lohn gezahlt zu werden, und dieser Umstand wird nicht selten in der angegebenen Weise ausgenutzt, da es ein kräftiger Hausdrache mit gutem Willen schon fertig bringen kann, din Mädchen so zu behandeln, daß es ohne ordnungsmäßige Kündigung fortgeht. Der Vortrag brachte noch viele krasse Einzelheiten, welche zum großen Teil aus dem Stoß Briefe von Dienstmädchen stammten, welcher im Arbeitersekretariat eingelaufen war. In der Diskussion bereicherten Dienstmädchen das vorgeführte Material durch die Mitteilung ihrer eigenen Erfahrungen.

Es wurde beschlossen, eine Organisation zu gründen, mit der Zweckbestimmung der Interessenwahrnehmung der weiblichen Lohnsklaven im Haushalt. Der Monatsbeitrag soll 20—25 Pf. betragen. Dem Verein traten sofort über 100 Mitglieder bei. Mit dem Verein ist auch ein Stellennachweis verbunden, der bereits in Tätigkeit getreten und an das Telephon angeschlossen ist. Er ist für Dienstboten und Herrschaften unentgeltlich und die Mitglieder des Vereins haben ausschließlich ihn zu benutzen. Dadurch sollen die privaten Stellenverdingerinnen kaltgestellt werden, die die Dienstmädchen oft in der unerhörtesten Weise ausbeuten.

Der Verein bezweckt ferner, die Gesamtlage der dienenden weiblichen Personen in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu heben. Die Mitglieder erhalten die „Gleichheit" unentgeltlich; in Erkrankungsfällen werden nach einjähriger Mitgliedschaft wöchentlich 12 M. Unterstützung bezahlt.

Das Ereignis, das Aufwachen der Dienstmädchen aus gewohnter Lethargie zum Klassenbewußtsein, hat im bürgerlichen Lager wie eine Bombe eingeschlagen. Zurückdämmen läßt sich die Bewegung nicht mehr, wohl aber ist zu erwarten, daß die kraftvolle Initiative der Nürnbergerinnen ansteckend wirkt und die soziale Bewegung von dort die Wellen nicht nur über ganz Süddeutschland, sondern bis an die Nord- und Ostsee werfen wird.

Spandau. Am 20. März hielt der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genossin Kadait-Berlin schilderte in einem aufklärenden Referate die früheren und die jetzigen Verhältnisse, die die soziale Lage der Frau bestimmen. Dem Referat folgte eine lebhafte Diskussion. Eine große Zahl neue Mitglieder konnten eingezeichnet werden. Für die Folge sollen Wanderversammlungen stattfinden.

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76. **Warenhaus.** **Ottostraße 1.**

Vorteilhaftes Angebot mit Doppelten Rabattmarken

bis 2. April.

Gardinen
Engl. Tüll, weiß oder crême, Meter **68** Pf. bis **24** Pf.
Abgepaßt pro Fenster . **3.85, 2.95** bis **1.35**

Stores
Engl. Tüll, moderne Muster, weiß oder crême, Stck. **3.85** bis **1.88**

Sofa-Bezüge
Möbel-Kattune, schöne Muster, Meter **48, 38** Pf.

Gardinen-Stangen
Nußbaum oder rot . Stck. **68, 48, 33** Pf.
Portieren, komplett m. Ringen, Garnitur, Stck. **2.45, 1.95**
Rosetten . . . . Stck. **18, 12, 8** Pf.
Halter . . . . . **28, 14, 8** Pf.

Portieren
Mit glattem Fond und bunter Kante, **2.35** und **1.58**
Garnitur, 2 Schals, 1 Lambrequin auf Filz-Tuch **7.35, 5.65, 4.85**

Bettdecken
Engl. Tüll, für 1 Bett, Stck. **5.45, 3.85, 1.95**

Rouleaux
Aus **Cöper,** bestickt . . Stck. **2.55, 1.58**

Tischdecken
Aus **Filztuch,** reich bekurbelt, **4.35, 3.15** und **1.89**
Aus **Fantasiestoff,** mit gewebter Kante **3.85** und **2.08**

Steppdecken
Gloria-Satin, alle Farben, Stck. **6.35, 4.85, 3.78**

Divandecken
Einfarbig mit Kante . . Stck. **6.85, 4.75**

Wir haben einen großen Posten
Teppiche
mit kleinen Farbenfehlern sehr preiswert erstanden und verkaufen, so lange der Vorrat reicht . . . . . .

Axminster, Qualität	5^{85}	bis	10^{65}
Prima Velour	15^{35}	bis	26^{85}
Kabul, Qualität	11^{45}	bis	19^{85}
Imit. Perser	5^{10}	bis	8^{95}

Bettvorleger
Qualität **Axminster, 1.85, 1.45** u. **98** Pf.
Qualität **imit. Perser,** 50:100 . **88** Pf.

Läuferstoffe
Qualität **Jute,** verschiedene Breiten, schöne Musterauswahl, Mtr. **65** bis **33** Pf.

Kongreßstoffe
Glatt gemustert und gestreift, 65, 58, **48** Pf.

Wachstuche
Wasserleitungs-Schoner . . 7 Pf.
Spindstreifen . . . . . **10** Pf.
Eimerspinddecken . . . . . **23** Pf.
Stuhlsitze . . . . . **16** Pf.
Küchentischdecke . . . . . **24** Pf.
Tischdecke, 85/115 . . . . . **1.28**
vom Meter . . . **98** Pf., **1.10, 1.32**

Pompon-Franze Meter . **16** Pf., **11** Pf.
Möbelschnur Meter . . . . **8** Pf.
Teppich-Borde Meter . **12** Pf., **8** Pf.
Rouleaux-Schnur 10 Meter . . **18** Pf.
Gardinen-Bleche Paar . . . . **4** Pf.
Reißnägel 3 Dutzend . . **8** Pf.
Zug-Einrichtung **43** Pf.
Schrankpapier 25 Bogen . . **35** Pf.
Porzellan-Ringe **2** Pf.
Teppich-Nägel Dutzend . . **20** Pf.
Porzellan-Quasten **6** Pf.
Bilder-Nägel Dutzend . . . **8** Pf.
Papier-Spitzen Stück . . . **18** Pf.
Wollband Stück . . . **15** Pf.

Holzwaren
Bauerntische, 4- u. 6eckig **2.95, 2.65**
Schirmständer mit Dreherei **3.85, 2.45**
Vogelbauer, Holz mit Glas **2.95, 1.45**

Paneelbretter . . . **95** Pf. bis **4.85**
Kleider-Riegel . . . **28** bis **58** Pf.
Käfig-Ständer . . . . **3.45** bis **5.85**

Handarbeiten für die Küche.
Küchentischdecke, **Spindstreifen**, **Leitungs-Schoner** — fischerleinen garniert **93** Pf., **33** Pf., **48** Pf.
Paradehandtuch, **Besenhandtuch**, **Eimerspind-Decke** — fischerleinen garniert **1.38**, **1.58**, **53**

Bettwäsche
Deckbett-Bezug und 2 Kissen in Züchen, komplett **3.15**
Dasselbe in Damast **8.45**
Dasselbe in glattweiß **3.15**
Bettlaken, richtig groß . . . . **95** Pf.

Inletts
Kissenbreite, federdicht Mtr. **42** Pf.
Deckbettbreite, federdicht Mtr. **1.18**
garantiert, 83 cm breit, echt rot u. federdicht . . . . . Mtr. **88** Pf.
Drell, 115 cm, echt rot u. federdicht . . . . . Mtr. **1.38**

Bettfedern
Gute Füllfeder, pr. Pfd. **1.18, 48** Pf.
Graue Halbdaunen, pr. Pfd. **1.95, 1.68**
Weiße Halbdaunen . pr. Pfd. **2.65**
Gute, doppelgereinigte Daunen pr. Pfd. **3.85**

Bettwäsche
1 Deckbett, 2 Kissen, in Inlett **9.50, 5.30, 3.15**
1 Deckbett in Inlett, glatt oder gestreift **4.95**
Kissen in Inlett, wie oben . . **85** Pf.
Markisen-Drell, 100 cm br. Mtr. **98** Pf.

Haushalts-Artikel.

Porzellan
Butterdosen, dekoriert . . . **28** Pf.
Dessertteller, „ . . . **15** Pf.
Tassen, „ . . . **15** Pf.
Teekannen, „ . . . **25** Pf.
Dessertteller, weiß . . . . **10** Pf.
Terrinen **1.95**
Kompotteller . . . . . **4** Pf.

Glas
Bierbecher mit Bordüre . . . **13** Pf.
„ „ Goldrand . . . **8** Pf.
Käseglocken . . . . . **48** Pf.
Zuckerglocken . . . . . **15** Pf.
Sturzflasche, bemalt . . . . **48** Pf.
Glasteller . . . . . **6** Pf.
Butterdosen . . . . . **25** Pf.

Steingut
Teller, weiß, flach und tief . . **9** Pf.
Vorratstonnen, blau . . . . **38** Pf.
Gewürztonnen, „ . . . . **18** Pf.
Salz- und Mehlmetzen, blau **48** Pf.
Waschbecken, groß . . . . **98** Pf.
Brotplatten, blau . . . . . **28** Pf.
Waschgarnitur **1.85**

Besen und Bürsten
Roßhaarbesen **1.65**
Borstenbesen . . . . . **58** Pf.
Roßhaarhandfeger . . . . **85** Pf.
Borstenhandfeger . . . . . **38** Pf.
Schrubber . . . . . **22** Pf.
Abstäuber . . . . . **35** Pf.
Kleiderbürste . . . . . **65** Pf.

Emaille
Milchkanne, blau . . . . . **48** Pf.
Wanne, blau **2.15**
Wasserkonsol mit Maß . . . **48** Pf.
Konsol, Sand, Seife, Soda . . **2.15**
Kasserollen ohne Ring . . . **48** Pf.
Schmortöpfe ohne Ring . . . **72** Pf.

Wirtschafts-Artikel
Waschständer . . . . . **48** Pf.
Waschtische **2.45**
Deckelhalter . . . . . **45** Pf.
Ringständer . . . . . **55** Pf.
Tischlampen **1.95**
Küchenlampen . . . . . **38** Pf.
Plätteisen, poliert **2.10**
Ascheimer . . . . . **48** Pf.
Briefkasten . . . . . **38** Pf.
Handkörbe **1.85**
Kaffeemühlen . . . . . **95** Pf.
Marktnetze . . . . . **55** Pf.

Küchen-Holzwaren
Kohlenkasten **1.85**
Handtuchhalter . . . . . **98** Pf.
Küchenstühle **2.45**
Bänke **1.35**
Aermelplättbrett . . . . . **55** Pf.
Gewürzschränke . . . . . **85** Pf.

Nochmals zu berücksichtigen **Doppelte Rabattmarken** die ganze Woche.

Warenhaus **Lachmann & Scholz,** Turmstr. 76.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Ausstteuerwäsche. Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken. Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Brautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Schals) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321R*

Inventur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322R*

Tüllbettdecken, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323R*

Inventurpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, oliv, blau, zirka 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tischdecken mit kleinen Stickereien in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1326R*

Plüschtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickereien, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327R*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328R*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329R*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330R*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Schals) und Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331R*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332R*

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1291R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 1312R*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 1343R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1339R*

Pianinos Miete, Teilzahlung. Andersen, Schillingstraße 38. 288/17*

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Ausziehtisch 17, Nußbaum-Kleiderschrank, Vertiko 45, Trumeau geschliffen 35, Plüschsofa 55, Muschelbettstellen mit Matratze 40. Schlafzimmer. Farbige Küchen 60. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Thor. Genossen erhalten 5 Prozent. 1288R*

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselonques 17, Schlafsofa 27, Sattelaschensofa 35, Paneelsofa 55, Garnitur 50, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 18, Ausziehtisch 16. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. 1163R*

Kostüme, Kostümröcke, Blusen zu Fabrikpreisen, Blumenstraße 9 II.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Kanarienhähne, Weibchen, Vorsänger, große Auswahl. Züchtereizusammenkunft. Vogelbörse, Waldemarstraße 54. 766b

Kanarienhähne Dresdenerstr. 53, Pabst. †65

Kanarienhähne, Weibchen, Seifertsche, verkauft Birkholz, Frankfurter Chaussee 23. †120

Vorschläger, Seifertweibchen billigst. Weißensee, König-Chaussee 21a, Huthmann. †124

Kanarienweibchen, billig. Hetzberg, Martin Lutherstraße 50. †104

Kanarienhähne, Neueste Gesangsrichtung. 1905 höchsten Ehrenpreis, goldene Medaille. Erstklassiges Zuchtmaterial. Große Auswahl. Verkauft Krebs, Köpenickerstraße 154a. 1273R*

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109. *

Möbelangebot. Im Möbelverkaufsspeicher (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Zimmer Nußbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bücherschränke, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibtische 28,00, funkelnagelneu, Ruhebetten mit wunderschöner Diwandecke 22,50, hocheleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Zimmerteppiche 8,00, Saloneppiche schon 14,00 bis zu den allergrößten Saalteppichen, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Standuhren, Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, kostenlose Aufbewahrung und Transport gekaufter Möbel. Otto Lidekes Transport- und Lagerhaus (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25. 1308R*

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1361R*

Gaskronen, Petroleumkronen, Speisekronen, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Böttcher selbst. — Erstens: Borbagenerstraße 32 (Stadtbahn, Hochbahn: Warschauerstraße). — Zweitens: Ravenéstraße 6 (Bahnhof Wedding). 1127R*

Bronzegaskronen! dreiflammig 6,00, Gaszuglampen 9,00! Salongaskronen 15,00! Gasampellyren 1½! Schaufensterlicht billig! Zweilochgaskocher 3,00! Gasbügelapparat 2½! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Möbel, passend für Brautleute, billigst Abraham, Kottbuserdamm 93. *

Möbel aller Art, Kleiderspinde, Vertiko, Stühle, Küchensachen (neu, gebraucht), billigst Möbelspeicher, Dresdenerstraße 117. Teilzahlung gestattet. 106/3*

Gutgehendes Restaurant, gegenüber der Post, billige Miete, umständehalber zu verkaufen Binsstraße 56. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †

Möbelverkauf. In meiner Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 200, 300, 400 Mark, hochelegante 500 bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 22, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspind, Vertiko 34, Säulentrumeau 36, Plüschgarnitur 105, Muschelbettstelle mit Matratze 38, geschnitztes Büfett 115, Paneelsofa 80, Schreibtisch 28, englische Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 1363R*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 1015*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 262/3

Wirtschaft, Nußbaum, noch neu, bis ersten April verkäuflich, Gartenstraße 85, I links (nahe Invalidenstraße). †113*

Hochelegante Seidenkleider, Wollkostüme, Tuchröcke, Seidenblusen, Jaketts neu und wenig getragen, auch Maßanfertigung spottbillig. Engels, Brunnenstraße 3. 696b*

Gaskronen. Petroleumkronen, Fabrikpreise. Woche 1 Mark. Nur Große Frankfurterstraße 99. 1399R*

Gardinen, Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, spottbillig, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1344R*

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. *

Fahrrad-Artikel billig Michel, Friedenstraße 63, Hof. †46*

Gutgehendes Zigarrengeschäft verkauft krankheitshalber sofort. Näheres Palisadenstraße 35. 794b

Fahrräder, verfallene, am billigsten Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. (Achtung Hausnummer.) Größtes Fahrräderlager Berlins, Riesenauswahl sämtlicher Fahrradmarken zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Tatsächlich günstige Gelegenheiten feinster Qualitätsmarken: Nagelneue Fahrräder, hochschneidige Straßenrenner 45,00. Gebrauchte Fahrräder „kleinste Preislagen". Man achte genau auf Firma und Straßennummer. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 262/9

„Domenuhr" Gratiszugabe oder bis 12,00 Vergütung, Nähmaschinen ohne Anzahlung Woche 1,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †80*

Gaskronen, dreiflammig 4,50, Salonkronen 8,00, Zugampeln 9,00, Wandarme 0,60. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92. 1398R*

Betten, Gardinen, Decken, Wäsche, Teppiche, Spiegel, Gaskronen preiswert Leihhaus Ritterstraße 116. †65*

Grünkramgeschäft, altes, gutgehendes umständehalber zu verkaufen Gubenerstraße 61. †45

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, großartige Auswahl vollständiger Wohnungseinrichtungen. Preise staunend billig. Saalfelds Möbelspeicher, Krautstraße 50. 806b

Herrenanzüge, Sommerpaletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, verkaufe nur diese Woche umzugshalber unter Selbstkostenpreis. Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15 nur 3 Treppen, vom 3. April Rosenthalerstraße 10. 262/11*

Parteilokal mit Vereinen und Zahlstellen zu verkaufen. Näheres bei Nölle, Brunnenstraße 63, vorn eine Treppe. 810b

20 Plüschsofas aus Konkursmasse, schnell, spottbillig, 40,00, 50,00. Landsbergerstraße 42 II. 807b

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 106/1*

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113. 797b

Motorzweiräder 135—, Einzelräder nehme in Zahlung. Janke, Friedrichstraße 125. 262/10*

Paneelsofa, Tische, Stühle, Todesfall. Breitenbach, Oranienstraße 171, Hof. 786b

Möbelhandlung, Kundentischlerei sofort verkäuflich. R. S. Postamt 88.

Restaurant krankheitshalber sogleich spottbillig zu verkaufen Dresdenerstraße 32. 790b

Seifengeschäft ohne Wohnung sofort verkäuflich Manteuffelstraße 44

Möbelverkauf Wallstraße 80/81. Am Lager befinden sich viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch 17, Bettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 29, Muschelspiegel 12, Kommode 18, Ruhebett 26, Muschelbettstelle, komplett 39, Rohrstühle 3, Zaschentisch 54, Paneelsofa 75, Schlafsofa 38, Waschtoilette 26, Säulentrumeau, geschliffen 36, Herrenschreibtisch 50, Bücherspind, Büfetts, Säulenmöbel, englische Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport in Berlin und Vororten frei. 106/20

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Natz, Mulackstraße 14. 808b*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 785b*

Rosenthalerstraße 57, 1. Etage. Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffen: Große Posten abgepaßter Gardinen, Fenster 1,35, Stores, weiß und creme, Stück 1,45, Tüllbettdecken, Stück 1,65. Ferner Gardinenreste zu 1 bis 4 Fenstern, Bonnes femmes, Rouleaus, Teppiche, Läuferstoffe, Portieren, Steppdecken bedeutend unter Preis. Gardinen-Zweig. Kein Laden. 259/13

Verschiedenes.

Patentanwalt Weisel, Glitschinerstraße 94a. 348b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 96/2*

Maßanfertigung tadellos sitzender Damengarderobe, sowie Schneiderkostümen, Blumenstraße 9 II. *

Platinabfälle, alte Goldsachen, alte Silbersachen, Bruchgold, alte Zahngebisse, Kehrgold, photographische Rückstände, Tressen, alte Uhren sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze Broh, Brangelstraße 4. Telephon 4, 6958. 104/6*

Vier Vereinszimmer frei Seydelstraße 30. 291b*

Speiselokal! Stralauerstraße 43. Spezialität: Bratkartoffeln. 697b*

Altes Kleiderspind, Kommode und Waschtoilette kauft Frau König, Junkerstraße 2. 718b

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1135R*

Aufpolsterung! Matratze 4,00, Sofa 5,00. Arlt, Molkenmarkt 1. 795b

Altes Schlafsofa, Garderobenspind, Kommode kauft Verwalter, Pallisadenstraße 95. 107/3*

Dilettanten für Streich- und Blasmusik, sofort melden Langenbeckstraße 4, Restaurant. (Sommergeschäft) 804b

Genosse sucht 100 Mark, 6 Prozent, monatliche Rückzahlung. Offerten „Eilig" Postamt 17. 814b

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise. Ackerstraße 174, II nicht Laden. 776b

Vermietungen.

Zimmer.

Körnerstraße 16, vorn II (Nähe Potsdamer- und Lützowstraße), Zimmer für Dame. 689b*

Charlottenburg. Möbliertes Zimmer vermietet billig Giebel, Volkshaus, Rosinenstraße 3, vorn 3 Treppen.

Möbliertes separates Vorderzimmer (12 Mark) Schliemannstraße 6, II, Höhns. †59

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. 789b

Besser möblierte Schlafstelle (Herrn), Dresdenerstraße 58 III rechts.

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Machnick, Oranienstraße 185, Hof III.

Brandenburgstraße 30/31 IV links ist schmuckes Stübchen als Schlafstelle vermietbar. 805b

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, Michalski, Bendenstraße 2, vorn III. Görlitzer Bahnhof. †17

Möblierte Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Stralsunderstraße 27, vorn I.

Schlafstelle, Herrn, bei Kühlewind, Pücklerstraße 6, Quergebäude 3 Treppen. Separat. †18

Schlafstelle, Kmietzy, Taubenstraße 4. 106/15

2 Freunde finden Schlafstelle, Franzstraße 6, Hof 2 Treppen, Bertsch.

Möblierte Schlafstelle, für 2 Herren, Wasserthorstraße 53, vorn IV links, Wojcyk. 796b

Schlafstelle für Herren, Witwe Maritz, Skalitzerstraße 105, vorn II.

Freundliche Schlafstelle für 2 Herren, Lusterhausenerstraße 8 II.

Mietsgesuche.

Zwei junge Herren suchen zum Ersten ein gemeinsames Zimmer, Westen oder Südwesten. Offerten G. C., Postamt 14. 812b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Parteigenossen, welche Vertrieb des Freidenkerblattes „Atheist" übernehmen, werden in allen Städten gesucht. „Atheist"-Verlag, Nürnberg, Adamstraße. 688b

Geldschrankschlosser, tüchtige, selbständige Arbeiter, Schrankbauer und Schloßbauer verlangt Lindener, Augustastraße 52. 1401R*

Ziseleur-Lehrling verlangt Hirschfeld, Alexandrinenstraße 23. 764b*

Ein Tischlerlehrling verlangt Butenhoff, Manteuffelstraße 22. †17

Rahmenmacher und Zuschneider verlangt Grosz, Ritterstraße 27.

Farbigmacher verlangt Güsche, Weißensee, Sedanstraße 46a. †124

Farbigmacher und Schleifer verlangt E. Liepmann, Charlottenburg, Am Lützow 9. †126

Farbigmacher finden dauernde Beschäftigung. Müller, Fruchtstraße 63.

Bursche zum Kratzen verlangt Galvanisierung Ziegler, Boeckhstraße 25.

Tüchtige Granitschrifthauer, Lohn und Akkord nach Tarif, verlangt A. Hinze, Prenzlauer Allee 249.

Friseurlehrling verlangt Zossenerstraße 19. 792b

Einlagearbeiter oder Täschner für eine auswärtige Stockfabrik gesucht. Offerte P 2 an die Expedition dieses Blattes. 801b

Schulmädchen für nachmittag. Schiremeister, Lothringerstraße 67.

Stoffhosen-Steppermnen verlangt Weiland, Frankfurter Allee 71. 809b

Zeitungsfrauen finden dauernde Beschäftigung Prinzenstraße 41. 106/19*

Zeitungsfrauen finden sofort dauernde Beschäftigung Potsdamerstraße 33. 106/17*

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende und dauernde Beschäftigung Schützenstraße 22/23, Ryckestraße 31, Schiffbauerdamm 1. 106/18*

Reservefrau verlangt Sorauerstraße 20, Laden. †17

Knabenblusen-Arbeiterinnen außerm Hause verlangt Cassube, Fliederstraße 14, parterre. †142

Kostümröcke-Arbeiterin verlangt Reichenbergerstraße 115a II. 798b

Geübte Spulerinnen finden dauernde Beschäftigung bei Albrecht & Flotow, Friedrichstraße 105a. 715b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Bautischler zur Gründung einer Genossenschaft mit je 500 M. Einlage werden gesucht. Niederzulegen Spedition „Vorwärts", Lausitzer Platz 14—15. 609R

Gewerkschaftshaus Hamburg
G. m. b. H.

Für das **Herbergs-Restaurant** und den **Betrieb der Herberge** obiger Gesellschaft wird ein

Oekonom

gesucht. Antritt Anfang Oktober 1906.

Erforderlich **genaue** Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, auch im Verkehr mit den reisenden Handwerkern, sowie die Fähigkeit, die damit verbundenen schriftlichen und verwaltungstechnischen Arbeiten auszuführen bezw. deren Ausführung zu kontrollieren.

Geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Offerte mit Gehalts- und eventuellen sonstigen Ansprüchen bis zum **1. Mai 1906** an den Geschäftsführer **G. Kretschmer, Hamburg, Frankenstraße 10,** gelangen zu lassen, auch anzugeben, in welcher Höhe sie eventuell Kaution zu stellen in der Lage sind.

6012* **Die Verwaltung.**

Gewerkschaftshaus Hamburg
G. m. b. H.

Für den gesamten Restaurationsbetrieb obiger Gesellschaft, **ausschließlich** der Herberge, wird ein

Restaurateur

gesucht. Derselbe wird Angestellter der Gesellschaft, also **nicht** Inhaber der Schankkonzession sein. Antritt Anfang Oktober 1906.

Reflektiert wird nur auf eine Person, die einen Restaurationsbetrieb **im soliden Stil** zu leiten im stande ist. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Betrieb zeitweilig **sehr** umfangreich sein wird, da außer dem Restaurant ein zirka 3000 Personen fassender Saal, sowie mehrere kleinere und größere Nebensäle zu demselben gehören.

Geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Offerte mit Gehalts- und eventuellen sonstigen Ansprüchen bis zum **1. Mai 1906** an den Geschäftsführer **G. Kretschmer, Hamburg, Frankenstr. 10,** gelangen zu lassen, sowie anzugeben, in welcher Höhe sie eventuell Kaution zu stellen in der Lage sind.

6022* **Die Verwaltung.**

Fräser, Schnitzer, Bieger
auf Zelluloidschirmgriffe nach **Köln a. Rh.** gesucht bei freier Fahrt. 107/4
Meldungen: Hier bei **M. Gross, Neanderstr. 17 II,** von 5—7 nachm.

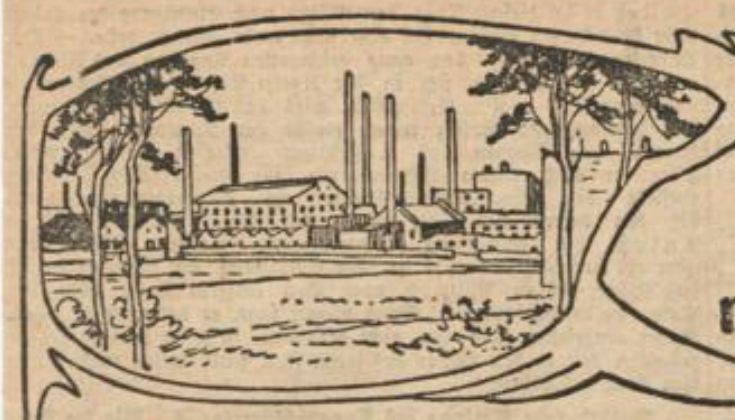
Rahmenschreiner,
welche im Anfertigen von verkröpften Rahmen firm sind, finden dauernde Beschäftigung bei 873b
W. Bergmann, Kröpfrahmenfabrik, **Gelsenkirchen.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen Streik und Differenzen ist
Zuzug fernzuhalten
von **Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer)** von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;
von **Einsetzern** vom Bau Gerhardt in Halensee, Schweidnitzerstr. 6 und 7, und **Tischlern** von **Ebers Möbeltischlerei,** Manteuffelstr. 22;
von **Bodenlegern** von den Bauten in Buch (Firma Damke, Frankfurt a. O.).
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband
Zahlstelle Berlin.
Wegen Lohndifferenzen ist das Personal der Firma **Fritz Leonardi,** Luxuspapierfabrik, **Köpenickerstraße 112,** entlassen worden. Der Betrieb ist für **Goldschnittmacher, Luxuspapier- und Kartonagenarbeiter und -Arbeiterinnen, Präger und Prägerinnen** sowie **Monogramm-Prägerinnen gesperrt.**
Der Streik dauert fort!
23/3* **Die Ortsverwaltung.**

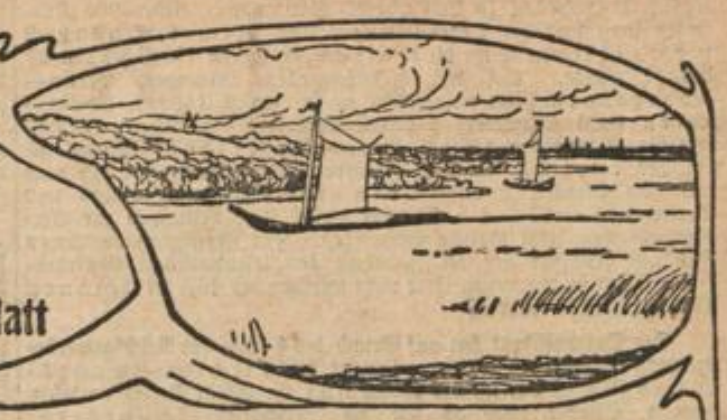
Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher
Filiale Berlin.
In der Werkstelle **Max Wosinski, Rixdorf,** Hermannstr. 48 II, sind Differenzen ausgebrochen und ist dieselbe bis auf weiteres **gesperrt.** Die Arbeitsstellen sind folgende:
Pannier-, Ecke Weserstraße, Landestraße (Beamtenhäuser).
Glasow-, Ecke Walterstraße, Bau.
Krossenerstr. 23 oder **24.**
Weise-, Ecke Teichowerstraße.
Baumschulenweg, Schröder-, Ecke Baumschulenstraße.
124/15* **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redakteur: **Hans Weber, Berlin.** Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glocke,** Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 72. Dienstag, den 27. März 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf-West. Heute abend 8½ Uhr findet der Diskutierabend des Wahlvereins im Lokale von Otto, Berlinerstr. 113/114, statt. Vortrag des Genossen Mankowski.

Erscheinen ist notwendig. Der Vorstand.

Schmargendorf. Heute abend findet im Lokal Sanssouci eine Versammlung mit der Tagesordnung „Auf zur Stichwahl“ statt. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Wahlergebnisse.

Johannisthal. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevertreterwahl entfielen von 235 abgegebenen Stimmen auf den Kandidaten des Handwerkervereins 39, auf unsern Genossen Hermann Dühring 196 Stimmen. Trotz der für unsere Genossen ungünstig angesetzten Wahlzeit (mittags 12—2 Uhr) haben wir 44 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl erhalten. Damals brachten wir es auf 152 Stimmen, obwohl die Wahl von 5—7 Uhr währte. Durch unablässige Organisation und Agitation werden wir versuchen, bei der nächsten Wahl auch in die 2. Klasse Bresche zu legen.

Wie sehr es oft auf eine oder einige Stimmen ankommt, zeigt sich jetzt wieder in dem folgenden Wahlergebnis für **Französisch-Buchholz**. Bei der am 23. März stattgehabten Stichwahl erhielt Genosse A. Pohl 151, der Kandidat der Mischmaschpartei 154 Stimmen. Das Ergebnis der Hauptwahl war: Genosse A. Pohl 87, die Gegenkandidaten 68 resp. 33 Stimmen. Die Buchholzer Genossen können hieraus ersehen, daß ihre energische Wahlagitation nicht umsonst war. Wenn auch kein vollständiger Sieg, so ist doch ein starker Zuwachs an Mitgliedern und ganz besonders an Stimmen zu verzeichnen. Gegen die Gültigkeit der Wahl wird Protest eingelegt werden.

Schönwalde (Mark). Bei der Ersatzwahl für die Gemeindevertretung wurden mit 13 bezw. 9 Stimmen zwei Arbeitervertreter in das Parlament gewählt.

Petershagen bei Fredersdorf. Die am 24. März stattgefundene Stichwahl der dritten Abteilung brachte den Bürgerlichen unter Anwendung der erdenklichsten Machinationen den Sieg. Unser Kandidat brachte es auf 21 Stimmen, während der Bürgerliche 50 auf sich vereinigte. Es war dies nur möglich, indem alle sich in einem Abhängigkeitsverhältnis befindlichen Wähler an den Wahltisch dirigiert wurden. Der uns von jener Seite immer so gern vorgeworfene Terrorismus hat bei den bürgerlichen Herren wahre Orgien gefeiert. Nun können sich die Philister ihre Schlafmütze wieder über die Ohren ziehen, um weiter zu schnarchen.

Adlershof. Ein Unikum bei den diesjährigen Gemeindewahlen stellen die Wahlen in Adlershof dar. Die Gegner verzichteten von vornherein auf die Präsentierung von Kandidaten, wahrscheinlich, weil sich kein Dummer fand, der die Freuden des Durchfalls auf sich nehmen wollte. So wurden denn unsere Genossen Büttner und Hildebrand mit 630 Stimmen resp. 631 Stimmen in die Gemeindevertretung gewählt.

Schmargendorf. Bei der gestrigen Wahl zur Gemeindevertretung erhielt unser Genosse Gutbier 127 Stimmen, die Bürgerpartei 38 und die Amtspartei 128 Stimmen. Die Stichwahl findet am kommenden Montag in demselben Lokal von 4—8 Uhr statt.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in ihrer Sitzung am Mittwoch mit einer Reihe bedeutsamer Vorlagen zu beschäftigen haben. Wegen des großen Umfanges der Tagesordnung findet voraussichtlich auch am Donnerstag eine Sitzung statt, in der die am Mittwoch nicht erledigten Punkte beraten werden. Den breitesten Raum in den Verhandlungen wird die Beratung des Etats einnehmen. Im Etatsausschuß hat die liberale Mehrheit alle sozialdemokratischen Anträge zu Falle gebracht, obwohl es sich zum größten Teil nur um solche Anträge handelte, die die Liberalen früher, als sie noch die Minderheit bildeten, selbst gestellt hatten. Besonders interessant ist das Schicksal des bereits erwähnten Antrages auf **Gewährung freier Lernmittel.** Der Ausschuß hatte unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Gewährung freier Lernmittel an sämtliche Kinder der Gemeindeschulen, in erster Lesung einen liberalen Antrag auf Einstellung von 7500 Mark zur Gewährung freier Lernmittel für die die Schüler der untersten Klassen angenommen. In der zweiten Lesung zogen die Liberalen ihren eigenen Antrag zurück und stimmten nachher, als er von sozialdemokratischer Seite wieder aufgenommen war, mit einer Ausnahme dagegen. Bei ihrem Umfall leistete ihnen der Magistrat Helfersdienste. Der Magistrat ist grundsätzlicher Gegner der Gewährung freier Lernmittel. Da ihm nun daran liegt, einen Konflikt mit den Liberalen zu vermeiden, erklärte er sich bereit, in der Erwartung, daß der Frage der Gewährung freier Lernmittel an die Gemeindeschüler für die nächsten acht Jahre nicht näher getreten wird, die erste Rate von 5000 M. zur Durchführung von Maßregeln zur Hebung der Gemeindeschulen in den Etat einzustellen. Obwohl der Etat zweifellos daneben auch noch die Kosten für freie Lernmittel tragen kann, trat die liberale Mehrheit dennoch dem Wunsche des Magistrats bei, sie verzichtete auf ihren Antrag, den sie noch wenige Tage vorher als einen prinzipiellen Antrag bezeichnet hatte.

Ebenso **prinzipienfest erwiesen sich die Liberalen bei der Frage der Herabsetzung der Gaspreise.** Während sie in früheren Jahren stets energisch dafür eingetreten waren und namentlich bei den Wahlen damit hausieren gingen, lehnten sie jetzt, wo sie die Mehrheit bilden, ihren eigenen Antrag ab. Daß sie auch den sozialdemokratischen Antrag, mit dem Bau des bereits genehmigten **Asyls** für Obdachlose in diesem Jahre endlich den Anfang zu machen, zu Falle brachten, sei nur nebenher erwähnt. Angeblich hat die Stadt Charlottenburg, die reichste Stadt Preußens, für derartige Zwecke kein Geld übrig. In Wirklichkeit zeigen die Liberalen durch ihr ganzes Verhalten, daß sie einzig und allein die Geschäfte der besitzenden Klassen betreiben. Lehnten sie doch sogar einen sozialdemokratischen Antrag ab, der nichts weiter bezweckte, als den Magistrat zu veranlassen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob sich die Einführung der **Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses** für Charlottenburg empfehle, und der Versammlung eventuell eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Man begnügte sich mit einer Erhöhung der **Umsatzsteuer** von unbebauten Grundstücken von 1 auf 2 Proz.

In engem Zusammenhang mit dem Etat steht die Magistratsvorlage betreffs **Bildung eines Ausgleichsfonds.** Ein sich am Jahresschluß etwa ergebender Ueberschuß soll im Jahre 1906 und künftig nur in Höhe von 1 Million Mark in den Etat des übernächsten Jahres eingestellt werden; etwaige Mehrbeträge dagegen sind zu einem Ausgleichsfonds anzusammeln. Bisher bestand der Grundsatz, Ueberschüsse, die sich am Schlusse eines Rechnungsjahres ergeben, dem Etat des übernächsten Jahres zuzuführen. Dadurch können natürlich große Schwankungen in den Etats verschiedener Jahre eintreten, und es kann möglicherweise einmal eine Balanzierung des Etats mit den bisher üblichen Steuersätzen überhaupt nicht mehr zustande gebracht werden. Wenn nun auch der Magistrat aus dem Steigen der Verwaltungsüberschüsse seit dem Jahre 1901 die Hoffnung auf eine weitere günstige Entwickelung hegt, so hält er doch einen Niedergang, wie er z. B. im Jahre 1901 aufgetreten ist, auch für die Zukunft nicht für ausgeschlossen. Aus diesem Grunde rät er die Schaffung des Ausgleichsfonds an, und zwar soll das neue Verfahren zum ersten Male im Jahre 1906 Platz greifen. Der Ueberschuß des Rechnungsjahres 1905 soll nach einem Beschlusse des Etatsausschusses, dem der Magistrat zustimmt, bis zur Höhe von 230 000 Mk. zu Straßenpflasterungen Verwendung finden, soweit er den Betrag von 1 000 000 Mk. übersteigt.

Von weiteren Magistratsvorlagen, die auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen, erwähnen wir die betreffend den Nachtragsvertrag mit den drei Straßenbahngesellschaften, auf die wir noch besonders zurückkommen, und die Mitteilung des Magistrats, daß er der Anregung der Versammlung betreffend die Errichtung eines städtischen Leihhauses keine Folge geben wird. Auch diese Vorlage wird noch einer besonderen Besprechung bedürfen. Schließlich sei noch mitgeteilt, daß einem Antrage des Magistrats zufolge, die städtische Müllabfuhr nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am 1. Oktober 1906, sondern erst am 1. April 1907 eingeführt werden soll. Der Hauptgrund für dies Hinausschieben des Termins ist darin zu erblicken, daß es sich noch nicht übersehen läßt, wann die Verhandlungen mit der Polizei abgeschlossen sein werden.

Lichtenberg.

Eine Wahlrechtsdebatte im Lichtenberger Rathause führte unter anderem die Generaldiskussion über den Voranschlag pro 1906 herbei. Unsere Genossen kündigten an, daß sie bei dem entsprechenden Titel den Antrag: „Die Gemeindevertretung möge sich mit einem Verlangen nach Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts an den preußischen Landtag wenden“, einbringen werden. Die Genossen sprachen ihr Bedauern aus, daß die „Liberalen“ in der Gemeindevertretung, entgegen ihren angeblichen Grundsätzen, der Frage nicht nur teilnahmlos, sondern direkt feindlich gegenüberstehen. Auf das „Wahlunrecht“ näher eingehend, erklärten unsere Genossen, daß die Frage der Abänderung des Kommunalwahlrechtes nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden werde, obgleich die Sozialdemokratie nur auf sich selbst angewiesen sei. Wie die Liberalen in der Frage des Landtagswahlrechtes versagt haben, ja hindernd im Wege gestanden, so auch hier. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter aber werden, auf sich angewiesen, allerorts die Frage in Fluß halten. Der Sprecher der Liberalen erklärte, sich dem Vorwurf gegen den Gemeindevorstand, daß dieser der Frage nicht nähergetreten sei, nicht anschließen zu können. Zur Frage selbst würde er sich erst äußern, wenn der Antrag vorliege. Die Landtagswahlrechtsfrage habe gezeigt, daß auf Erfüllung der Wünsche nicht zu rechnen sei. Wenn die Dreimillionenpartei trotz des „blutigen Sonntags“ (Heiterkeit) und der Massenversammlungen dem preußischen Landtage nichts weiter abzunötigen imstande war als die Karrikatur einer Wahlrechtsreform, wie solche jetzt vorliege, werde der preußische Landtag sich durch die Gemeindevertretung von Lichtenberg nicht bestimmen lassen (Große Heiterkeit bei den Bürgerlichen), das Wahlrecht zu den Gemeindeverwaltungen zu ändern! Daß der Landtag dem Wahlrechtsverlangen so wie geschehen begegne, sei Schuld der — Sozialdemokratie. Bei der letzten Wahl habe die Partei es verschuldet, daß die Liberalen dort so in der Minderheit seien, wie die Sozialdemokraten in den Gemeindeparlamenten usw.

Unsere Genossen vernichteten bald den Heiterkeitserfolg, indem sie den Herren eine gründliche Antwort zuteil werden ließen. Vielleicht wird die Andeutung, „daß über die Ansichten in dieser Frage an anderer Stelle mehr geredet werden könne“, erfüllt; wir glauben indes noch nicht daran, haben doch die bürgerlichen Herren die öffentliche Aussprache am Orte seit Jahren gescheut.

Zossen.

In der letzten sehr gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete Genosse Rohsberg den Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Für den 1. Mai beschloß man, nachmittags 1 Uhr eine öffentliche Versammlung bei Schimke einzuberufen und um ¼4 Uhr einen Ausflug nach Endes See und Waldschloß in Neu-Dabendorf zu unternehmen. Anstelle des von seinem Posten als Bezirksführer zurücktretenden Genossen Zibell wurde Genosse Stellmacher gewählt. Der vom Vorstand bisher nur provisorisch eingesetzte Genosse Eisenhauer als Lokalkommissionsmitglied wurde von der Versammlung einstimmig bestätigt. Genosse Backow brachte unter Verschiedenes noch miserable Zustände des hiesigen Herbergswesens zur Sprache, worauf die Versammlung den Beschluß faßte, durch Eingabe einer Petition bei der Behörde auf Beseitigung derselben hinzuwirken.

Treptow.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Ober-Schöneweide und Umgegend hielt am Donnerstag bei Preuß in Treptow eine Versammlung ab. In den Vorstand wurden neu gewählt: Christ, Baumschulenweg, als Bevollmächtigter und Fischer, Nieder-Schöneweide, als Schriftführer. Kollege Preuß gab den Bericht der Bierkommission und kritisierte in scharfen Worten die willkürlichen Bierpreise der in Frage kommenden Brauereien. Zum Schluß ermahnte er zum Zusammenschluß, um der Reichsbiersteuer entgegenzutreten. Es wurde weiter beschlossen, die Orte Adlershof und Grünau zur Ortsverwaltung Köpenick gehörig gelten zu lassen.

Wilmersdorf.

Die Wilmersdorfer Arbeiterschaft befindet sich jetzt in einer eigentümlichen Situation. Durch den Uebergang des Volksgartens in Gemeindeeigentum wird der hiesigen Bewegung das einzige bisher zur Verfügung stehende Versammlungslokal entzogen. Wohl kein gleich großer Vorort dürfte sich in einer ähnlichen Lage befinden. Dadurch aber beginnt die bisher leidliche Lokalfrage für die Wilmersdorfer Arbeiterschaft zu einer Machtfrage zu werden. Es findet deshalb am heutigen Dienstag, abends 8½ Uhr, in „Salomons Volksgarten“, Berlinerstr. 40, die letzte Volksversammlung statt, in welcher das Thema: „Die Bedeutung der Lokalfrage für die Arbeiterschaft und wie können wir uns ein neues Versammlungslokal erkämpfen“, zur Verhandlung steht. Wir erwarten, daß alle Männer und Frauen Wilmersdorfs in dieser Versammlung erscheinen, gilt es doch über das fernere Wohl der Partei zu beraten. Die Arbeiterschaft Wilmersdorfs muß durch den Massenbesuch bekunden, daß sie sich Versammlungsräume erkämpfen kann. Hat die Arbeiterschaft den Ernst der Situation erfaßt, dann wird es ihr auch möglich sein, gleich den anderen Orten ein neues Heim zu erringen. Die Saalbesitzer sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Sei deshalb heute abend jeder zur Stelle.

Rixdorf.

Am Sonntag, den 25. März, fanden in Rixdorf die Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht statt. Es wurden in allen acht Bezirken die Kandidaten des Gewerkschaftskartells gewählt und zwar mit 3456 Stimmen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die sich zum zweiten Male das Vergnügen der Aufstellung von Durchfallskandidaten leisteten, erhielten ganze 42 Stimmen. Am gestrigen Tage fanden die Wahlen für die Arbeitgeber statt und wurden die Kandidaten der vereinigten Innungskrauter mit 384 Stimmen gewählt. Unsere Genossen brachten es auf 109 St.

Reinickendorf.

Einen Selbstmordversuch im Restaurant unternahm der Friseurgehülfe Franz Wagner, der bei einem Friseur in der Residenzstraße in Reinickendorf beschäftigt war. Der junge Mann, der sich schon seit längerer Zeit mit Selbstmordgedanken trug, hatte gestern Nachmittag ein Restaurant auf dem Gesundbrunnen aufgesucht, wo er nach kurzem Aufenthalt den Inhalt einer Flasche Lysol trank. W. wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause Moabit übergeführt.

Hermsdorf.

Am morgigen Tage findet von mittags 12 bis abends 8 Uhr die Gewerbegerichtswahl statt. Als Kandidat ist Genosse Otto Neumann, Hermsdorf, Berlinerstr. 20, aufgestellt. Versäume niemand, sich eine Legitimation vom Polizeibureau zu verschaffen. Gewählt wird im Lokale von Lauk (Lindengarten). Wir hoffen, daß die Arbeiter Hermsdorfs in Rücksicht auf die Bedeutung der Gewerbegerichtswahl ihre Pflicht erfüllen.

Berliner Nachrichten.

Die Abonnenten unseres Blattes,

die am 1. April ihre Wohnung wechseln, tun gut, rechtzeitig dem bisherigen Spediteur oder der Hauptexpedition unseres Blattes davon Mitteilung zu machen unter gleichzeitiger genauer Angabe der neuen Wohnung (ob Hof, Seitenflügel, Quergebäude und wieviel Treppen). Nur durch rechtzeitige, genaue Angabe ist Gewähr geboten, daß in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Rechtzeitige Kündigung von Wohnungen!

Ist in einem Vertrage als Kündigungsfrist eine Frist von drei Monaten vereinbart, so muß die Kündigung dem Vermieter oder Mieter spätestens am 31. März zugegangen (nicht nur von ihm abgesendet) sein, damit sie zum 1. Juli in Wirksamkeit tritt. Geht sie erst am 1. April zu, so ist sie verspätet. Sind drei Monate und drei Tage als Kündigungsfrist vereinbart, so muß das Kündigungsschreiben dem zu Kündigenden spätestens am 28. März zugegangen sein. Nimmt der Mieter oder Vermieter das Kündigungsschreiben nicht an, so liegt die Rechtslage genau so, als ob er sie angenommen hätte.

Umzugstermine!

Die Umzugstermine richten sich nicht nach der Höhe der Miete, sondern nach der Anzahl der Wohnzimmer. Kleine, aus höchstens 2 Zimmern mit Zubehör bestehende Wohnungen, ebenso Läden ohne Wohnungen, sind mangels anderer Vereinbarung am ersten des Quartals, mittlere (aus 3 bis 4 Zimmern bestehende) Wohnungen sind bis am zweiten des Quartals 12 Uhr mittags, noch größere Wohnungen bis am 3. Quartalstage mittags zu räumen. Inhaber solcher Wohnungen, die erst nach dem 1. Quartalstage zu räumen sind, haben zur Unterbringung der Möbel des neu Anziehenden ausreichende Räume zur Verfügung zu stellen. Da der 1. April in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, so verschieben sich die Termine um einen Tag. Die Umzugstermine sind also der 2., 3. 4. April. Läden und Geschäftslokale sind keine „Wohnräume“, sie sind daher, gleichviel wie viel Räume sie umfassen, am ersten Ziehtage zu räumen.

Die Säuglingsfürsorgestelle Nr. 4 der Schmidt-Gallisch-Stiftung, die dem Südosten, Süden und Südwesten dient, wird anfangs April von Luisen-Ufer 35 nach dem Luisen-Ufer 50 verlegt.

Dies teilen wir mit dem Bemerken mit, daß wegen des Umzuges die Stelle am 3. und 4. April für das Publikum geschlossen bleiben muß. Städtische Waisen-Deputation.

Für unsere Fernsprecheinrichtungen, welche sich in den letzten Jahren ganz bedeutend erweitert haben, sind nach einem interessanten Aufsatz des „Postarchivs“ bisher nahezu 322 Millionen Mark verausgabt worden. Gegenwärtig sind im Fernsprechdienste über 12 800 Beamte beschäftigt. Wir zählen in 4062 Orten mit Vermittelungsanstalten insgesamt 510 831 Sprechstellen. Bemerkenswert ist die Zunahme der Grundgebührenanschlüsse (sogen. „Sechsertelephone“), die gegenüber den Pauschgebührenanschlüssen noch vor zwei Jahren in der Minderheit waren; ihre Zahl beträgt jetzt fast 70 Proz. der letzteren. Im vorigen Jahre hat die Zahl der gewechselten Gespräche zum ersten Male die Milliarde erreicht. Auf die Frage, wie oft die Fernsprecher benutzt werden, gibt der Bericht die folgende Antwort: Im Durchschnitt werden für den Hauptanschluß täglich 6,6 Ortsverbindungen ausgeführt; auf den Grundgebührenanschluß („Sechsertelephon“) ergibt sich jedoch nur ein täglicher Verkehr von 1,6 Ortsgesprächen. Von den Ortsfernsprechnetzen ist das größte natürlich das in Berlin; es umfaßt 74 836 Sprechstellen mit 196 698 Kilometer Betriebsleitung, auf denen täglich 578 422 Gespräche gewechselt werden. Nächstdem würden Hamburg (mit 31 707 Sprechstellen und 271 598 täglichen Gesprächen) und Frankfurt a. M. (14 104 bezw. 108 179) kommen. Das Netz der Fernsprechverbindungsanlagen besteht aus 5234 Doppelleitungen mit 503 494 Kilometer Drahtlänge. Die längste Verbindungsleitung

ist die Strecke Berlin—Paris (1192 Kilometer), auf welcher täglich 53 Gespräche (a fünf Mark!) stattfanden. Ueber 900 Kilometer lang sind die Doppelleitungen nach Memel, Budapest und Basel, von denen die erstere am häufigsten (täglich 229mal) benutzt wurde. Auf den nächstfolgenden Leitungen, Berlin—Königsberg (709 Kilometer) wurde täglich 140mal, Berlin—Wien (686 Kilometer) 113mal, Berlin—Prag—Wien 127mal, Berlin—München 120mal, Berlin—Düsseldorf 183mal gesprochen usw. Ein lebhafter Fernsprechverkehr entwickelt sich auch auf den Strecken Berlin—Köln (262 tägliche Gespräche) und Berlin—Frankfurt a. M., für welche fünf Leitungen zur Verfügung stehen (561 tägliche Gespräche). Für Fernsprechnebenanlagen sind mit Rücksicht auf die Zunahme des telephonischen Verkehrsbedürfnisses in den neuen Etat nicht weniger als 49½ Millionen Mark eingestellt worden.

Der Oberpräsident hat auf Grund des § 100u der Reichsgewerbeordnung angeordnet, daß der Bezirk der Tischler-Zwangsinnungen zu Berlin, der bisher nur die Stadt Berlin umfaßte, vom 1. Oktober 1906 ab auf die Ortschaften Schöneberg, Lichtenberg-Friedrichsberg, Boxhagen-Rummelsburg, Stralau, Hohenschönhausen, Heinersdorf, Pankow, Niederschönhausen, Reinickendorf und Tegel ausgedehnt wird, nachdem die Innungsversammlung dies beschlossen und die Mehrheit der in die Innung einzuziehenden Gewerbetreibenden zugestimmt hat.

Ueber einen Selbstmordversuch in dem Hotel Epha in der Leipzigerstraße hatten wir vor kurzem berichtet. Eine neuere Zuschrift stellt den Fall etwas anders dar: Ein äußerst seltsamer Unglücksfall hat sich in einem Hotel (Epha) in der Leipzigerstraße Nr. 119/120 zugetragen. Dort stieg nachmittags die Frau des Inhabers des Kurhauses in Binz auf Rügen, Russow, ab, und am folgenden Morgen wartete das Hotelpersonal vergeblich auf ein Oeffnen des Zimmers. Da Frau R. auch im Laufe des Tages von sich nichts sehen ließ, so schöpfte man schließlich Verdacht und ließ gegen Abend die Tür gewaltsam öffnen. Das Zimmer war vollständig mit Gas angefüllt und Frau R. fand man in völlig bewußtlosem Zustande vor. Der Gashahn, der vor dem Betreten des Zimmers geschlossen gewesen, war geöffnet. Diese Umstände deuteten darauf hin, daß hier ein Selbstmord vorliege. Nach längeren Bemühungen mittels eines Sauerstoffapparates gelang es dem von der nahen Rettungswache hinzugerufenen Arzt, die Bewußtlose wieder teilweise in das Leben zurückzurufen. Der Vorfall hat jetzt eine seltsame Aufklärung gefunden. Frau R. wird häufig von einer großen Furcht befallen und in diesem Zustande befindet sie sich in dem Glauben, es könne im Zimmer ein Gashahn offen stehen und dadurch ein schweres Unglück herbeigeführt werden. Dies war auch während ihres Aufenthaltes im Hotel der Fall. Während der Nacht verließ sie plötzlich das Bett, um den Gashahn, den sie angeblich geöffnet glaubte, zu schließen. In ihrer ängstlichen Verwirrung öffnete sie jedoch versehentlich den Hahn und legte sich dann wieder zu Bett. Ungehindert strömten nun die giftigen Gase in das Zimmer und betäubten bald die Insassin.

Die vier Leichen der bei der Bootskatastrophe auf dem Tegeler See am 18. d. M. ertrunkenen jungen Leute konnten bisher trotz wiederholter Absuchung des Wassers an der Unglücksstelle noch nicht gefunden werden. Wie festgestellt wurde, hat der Tegeler See an der Stelle, wo das Boot kenterte, eine Tiefe von 14 bis 15 Meter, wodurch die Bergungsarbeiten wesentlich erschwert werden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Leichen abgetrieben und durch Schlinggewächse am Boden des Sees festgehalten werden.

Kirchliche Streikposten konnte man, wohl zum ersten Male in Berlin, am Sonntag im Südosten, in der Wrangelstraße, vor der von den hiesigen Polen boykottierten Liebfrauenkirche beobachten. Polnische Männer und Frauen hatten in der Nähe der Kirche Posto gefaßt und suchten die Kirchenbesucher, sobald sie diese durch polnisch geführte Gespräche als Landsleute erkannt hatten, von dem Betreten der Kirche abzuhalten. Auch durch Flugblätter, welche die Gründe des polnischen Kirchenboykotts klarlegten, versuchten die Polen, auf die Kirchengänger einzuwirken. Selbst an Konflikten fehlte es den kirchlichen Streikpostenstehern nicht; als einige übereifrige Polen in der Vorhalle vor dem Kirchentor Aufstellung nahmen und auf die Besucher einredeten, den Boykott nicht zu verletzen, ließ ihnen der Pfarrer der Liebfrauengemeinde, der von den Polen viel angefeindete Propst Jeder, bedeuten, daß er eine derartige Agitation auf kirchlichem Grund und Boden nicht dulden könne und sie sich bei Fortsetzung ihrer Boykottpropaganda eines Hausfriedensbruches schuldig machen würden. Die Streikposten entfernten sich daraufhin, agitierten auf der Straße weiter und erzielten auch insofern Erfolg, als die Liebfrauenkirche in der Tat viel schwächer besucht war, als an früheren Sonntagen.

Drei neue Straßenbahnverbindungen. Drei neue Straßenbahnverbindungen zwischen Berlin und Charlottenburg sollen demnächst eingerichtet werden. Es werden dazu die Linie 64 (Landsberger Allee—Bahnhof Zoologischer Garten), 80 (Schlesischer Bahnhof—Amtsgericht Charlottenburg) und 81 (Zentralviehhof—Amtsgericht Charlottenburg) verwendet. Die Linie 64 soll vom Zoologischen Garten durch die Hardenberg- und Berlinerstraße nach dem Luisenplatz verlängert werden. Durch die Verwirklichung dieses alten Planes wird endlich die langgewünschte durchgehende Verbindung zwischen dem Südwesten von Berlin und dem Osten von Charlottenburg mit Alt-Charlottenburg hergestellt. Die Linien 80 und 81 sollen durch die Wilmersdorferstraße über den Stuttgarter Platz am Stadtbahnhof Charlottenburg und die Schloßstraße bis zum Straßenbahnhof der Charlottenburger Gesellschaft vor Westend verlängert werden. Diese beiden Anschlußbetriebe sind jetzt möglich, nachdem die seit etwa vier Jahren schwebenden Verhandlungen zwischen Stadt und Straßenbahn in Charlottenburg bis zu einer Vorlage an die Stadtverordneten gediehen sind. In dem Entwurf zu einem Nachtrag zu den bestehenden Verträgen verzichtet die Stadt auf die Abgabe der Charlottenburger Straßenbahn in Höhe von 4000 M. bis zum 1. Januar 1919. Die Straßenbahn verzichtet dafür ausdrücklich auf Ersatzansprüche aus dem Wettbewerb von Untergrundbahnen.

Beim Elektrisieren getötet. In der chemischen Fabrik von Schering in der Müllerstr. 170/71 hat sich am Sonnabendabend ein tödlicher Unfall ereignet, welcher vielen zur Warnung dienen sollte. Der 35jährige Maschinenmeister Ahrens fand großen Gefallen daran, sich zu elektrisieren. Als Maschinenmeister war ihm hierzu in dem genannten Fabriketablissement die beste Gelegenheit geboten. Auch am Sonnabendabend nahm A. wieder ein elektrisches Bad. Er kleidete sich vollständig aus, legte sich einen Gürtel um den Leib und stellte dann durch einen Draht eine elektrische Leitung zwischen einem Dynamo und dem Gürtel her. Der Maschinenmeister mußte wohl diesmal die Stromstärke nicht richtig berechnet haben, denn die elektrische Kraft ging mit solcher Gewalt auf ihn über, daß er zusammenbrach. Arbeitskollegen fanden A. bald darauf als Leiche vor. Der elektrische Strom hatte den Unvorsichtigen getötet.

Beim Ueben mit einem Tesching erschossen. Schon wieder hat das unvorsichtige Umgehen mit der Schußwaffe ein blühendes Menschenleben gefordert. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen ½11 Uhr war der 23jährige Sohn des Fabrikbesitzers Heele, Königsbergerstr. 18, auf dem Korridor der elterlichen Wohnung beim Teschingschießen. Der junge Mann hatte an der Wand eine Zielscheibe befestigt und übte sich wie schon wiederholt im Zielen. Die Waffe war dabei scharf geladen. Versehentlich stolperte H. plötzlich über eine Türschwelle und stürzte so unglücklich zu Boden, daß sich das Tesching entlud und die ganze Schrotladung dem Schützen in die Schläfe eindrang. Von der Rettungswache in der Frankfurter Allee wurde sofort der Arzt hinzugerufen, doch er vermochte nur noch den Tod festzustellen. Die Kugeln waren mit solcher Gewalt in das Gehirn gedrungen, daß der Tod fast auf der Stelle eintrat.

Aus dem Fenster gestürzt. Ein hartnäckiger Selbstmordkandidat war der 55jährige Arbeiter Wilhelm L. aus der Böttgerstr. 23. L., welcher geisteskrank war, versuchte sich wiederholt durch Aufschneiden der Pulsadern das Leben zu nehmen. Auch auf andere Weise unternahm er vergebliche Selbstmordversuche. In der vergangenen Nacht kam der Unglückliche schließlich zum Ziel. Er stürzte sich aus dem Fenster seiner in der dritten Etage belegenen Wohnung und blieb mit zerschmetterten Gliedern auf dem Hof liegen. Auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhause starb L. an den Folgen der Verletzungen.

Mit durchschossener Schläfe ist gestern im Grunewald in einer Schonung in der Nähe des Bahnhofs die Leiche eines etwa 26jährigen Mannes aufgefunden. Ueber die Persönlichkeit des Selbstmörders konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

Straßensperrung. Der Kreuzdamm der Dircksen- und Panoramastraße wird behufs Umpflasterung vom 26. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Nach Beendigung dieser Arbeiten und Freigabe des Kreuzdammes (etwa vom 29. d. M. ab) wird die Dircksenstraße von der Panoramastraße ab auf 60 Meter Länge nach dem Alexanderplatz zu gesperrt.

Messerstechende Automobilisten. Ein wüster, folgenschwerer Exzeß hat sich in der vorvergangenen Nacht in Plötzensee abgespielt. Kurz nach 2 Uhr fuhr vor dem Restaurant „Zum deutschen Kaiser" ein Automobil vor und es stiegen sechs Männer aus dem Wagen heraus, um in dem Lokale einzukehren. Da sie jedoch angetrunken waren, verabreichte ihnen der Inhaber des Lokales, der 43jährige Gastwirt Max Brosh kein Bier mehr. Die Gäste benahmen sich derartig, daß sie schließlich durch den Hausdiener Robert Ruschke auf die Straße befördert wurden. Die Angetrunkenen zertrümmerten nun die Fensterscheibe sowie die Türe und stürmten dann wieder in das Lokal. Mit gezückten Messern stürzten sich die Exzedenten auf den wehrlosen Gastwirt, dessen Sohn und Hausdiener. Schwerverletzt brach B. bald bewußtlos zusammen. Auch der Hausdiener und der Sohn des Gastwirts hatten von den Rowdys mehrere Stichwunden erhalten. Die Verletzten mußten nach der Unfallstation in der Huttenstraße gebracht werden. In bedenklichem Zustande kamen B. und R. in das Krankenhaus Moabit. Die Täter flüchteten nach dem Exzeß auf ihr Automobil und fuhren in rasendem Tempo davon. Auf eine Anfrage im Krankenhaus Moabit erfahren wir, daß der Zustand des Hausdieners R. zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt.

Radrennen zu Steglitz und Treptow. Die Eröffnungsrennen auf beiden Bahnen wurden im wahrsten Sinne des Wortes zu Wasser bezw. Schnee. Während noch am Vormittag die Sonne Hoffnungen erweckte, blies bald darauf ein rauher Wind und jagte Schneeflocken über die Bahn, sodaß man in Steglitz von vornherein auf das Rennen verzichtete und die Steher Ryser, Demke und Mauß nur etwas trainierten, ebenso die Flieger Theile, Wegener u. A. — Die Treptower Bahn hatte ein Festgewand angelegt und Besucher hatten ihrem Liebling, dem im letzten Jahr so schwer gestürzten A. Stellbrink, einen prächtigen Blumenstrauß gewidmet, mit dem er eine Ehrenrunde abfuhr. Das 50 Kilometer-Rennen, das von Günther, Rosenlöcher und Stellbrink bestritten wurde, mußte bald nach dem 10. Kilometer abgebrochen werden, die von Günther in 9 Min. 24 Sek. gefahren wurden, während Rosenlöcher 600 Meter und Stellbrink 760 Meter zurück waren. Der immer heftiger werdende Schneefall machte das weitere Rennen unmöglich. Im vorangegangenen Eröffnungsrennen für Flieger sicherten sich Stal, Hellemann, Arend und M. Hansen die Berechtigung zum Endlauf. Die Fortsetzung der Rennen soll am Sonntag, den 1. April stattfinden und bereichert Treptow sein Programm noch um ein Motorrennen. Der Besuch war an beiden Orten ein ziemlich guter.

In der Ausstellung für Säuglingspflege, Landesausstellungspark 4/10, wird am Dienstag, den 27. März, abends 6 Uhr Sanitätsrat Dr. Cassel über „Die Gefahren der künstlichen Säuglingsernährung und deren Verhütung" sprechen.

Gerichts-Zeitung.

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Gegen drei Anarchisten wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Aufreizung verhandelt. Es handelte sich um zwei Artikel der hier seit einiger Zeit erscheinenden Zeitschrift „Der Revolutionär". Angeklagt waren der Tuchmacher Paul Frauböse, der Hutmacher Fritz Müller aus Weißensee und der Maurergeselle Wilhelm Möller. Alle drei wurden beschuldigt, durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetze und zur Begehung strafbarer Handlungen aufgefordert sowie in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt zu haben. Inkriminiert war ein mit „Seemüller" unterzeichneter Leitartikel in Nr. 2 des „Revolutionär" unter der Ueberschrift: „Unser Verhalten bei Wahlrechts-Demonstrationen". Der Artikel polemisiert im wesentlichen gegen die Sozialdemokraten und ihren Beschluß, von den für den 21. Januar ins Auge gefaßten Straßendemonstrationen abzusehen. Ferner stand unter Anklage ein Artikel in Nr. 3 des „Revolutionär" unter der Ueberschrift: „Zum 22. Januar".

Der Staatsanwalt erachtete alle drei Angeklagte für die Artikel verantwortlich, erblickte in den Artikeln Aufreizung der Arbeitenden gegen die Reichen und Besitzenden und beantragte gegen Frauböse 1 Jahr 3 Monate, gegen Müller 6 Monate, gegen Möller 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Frauböse zu neun, Müller zu drei und Möller zu vier Monaten Gefängnis. Der Antrag des Staatsanwalts, Frauböse und Möller wegen Fluchtverdachts in Haft zu nehmen, wurde abgelehnt.

Wegen Beleidigung eines unorganisierten Arbeiters waren kürzlich die im Metallarbeiterverband organisierten Mechaniker T. und Sch. vom Berliner Schöffengericht zu der außerordentlich hohen Strafe von 12 resp. 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Das ganze Verbrechen der Leute bestand darin, daß der eine jenen Unorganisierten einen „Schmarotzer" und der andere ihn einen „Trauerkloß" genannt hatte. Die Verurteilung erfolgte, obwohl der als Belastungszeuge geladene Werkmeister Grävert von der Firma Biedermann u. Czarnikow den beleidigten Arbeiter Schubert als einen zu Unwahrheiten und Renommistereien neigenden Menschen bezeichnete, der wegen seiner Trunkenheit, nicht aber weil die Organisierten nicht mit ihm zusammenarbeiten wollten, entlassen werden mußte. In der Urteilsbegründung motivierte das Schöffengericht die Höhe der Strafe damit, daß es die Beleidigung als „Terrorismus" kennzeichnete, der nur verübt sei, um den Schubert aus der Arbeit zu drängen. Erst die Berufungsinstanz mäßigte jetzt das harte Urteil, indem der Hauptattentäter T. 30 M. und der zweite Angeklagte Sch. 5 M. Geldstrafe zudiktiert erhielten. Auch dieses Strafmaß ist noch immer hoch genug, besonders wenn man in Betracht zieht, wie überaus milde z. B. ostelbische Junker wegen ungleich größerer Beleidigungen „ihrer" Arbeiter „bestraft" werden.

Die Entlassung am Morgen bei Kündigungsausschluß und der „Anlaß." Der Maurer P. verlangte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht vom Maurermeister Lucas den Lohn für den 8. Februar, an dem er morgens entlassen zu sein behauptete. In der Verhandlung vor der Kammer 3 stellte der Kläger den Sachverhalt so dar. Nachdem die Maurer am Dienstag ausgesetzt hätten, sei er am Mittwoch früh mit den anderen wiedergekommen, um zu sehen, ob jetzt das fehlende Material heran sei. Er sei zur Arbeit bereit gewesen. Der Polier habe gesagt: „Warten wir bis Frühstück". Er habe auch gewartet, bis 10, bis 11, und sei schließlich, als er den Polier nicht fand, nach Hause gegangen. Am Donnerstag, den 8. Februar, sei seine Entlassung mit den Worten erfolgt: „Wer gestern nicht gearbeitet hat, braucht heute auch nicht zu arbeiten." — Der Polier als Zeuge bestritt die Entlassung überhaupt und betonte, daß er am Mittwoch sehr wohl auf dem Bau zu finden gewesen wäre und daß er an diesem Tage den Kläger nach Einteilung der Arbeit habe beschäftigen wollen, ihn aber nicht mehr gesehen habe. — Der Widerspruch zwischen den ganz bestimmten Angaben des Klägers und des Zeugen ließ sich in der letzten Sitzung der Kammer 3 nicht aufhellen. — Der Gerichtshof wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Selbst wenn, wofür der Nachweis fehle, der Kläger am Morgen des 8. Februar entlassen worden wäre, hätte er doch keinen Lohnanspruch für diesen Tag. Gewiß entstehe bei Kündigungsausschluß ein Entschädigungsanspruch für den betreffenden Tag, wenn am Morgen ohne jeden Anlaß die Entlassung ausgesprochen werde. Hier liege aber ein berechtigter Anlaß zu der Entlassung am Morgen darin, daß Kläger sich am Mittwoch vom Bau entfernt habe, ohne den Polier zu benachrichtigen. Wenn Kläger sage, er habe sich nach dem Polier umgesehen und ihn nicht gefunden, so wäre dem entgegenzuhalten, daß er den Polier auf jeden Fall hätte stellen müssen und ihm Kenntnis geben.

Ausdehnende Wirkung des Bauanschlägertarifs. Für die Berliner Bauanschläger besteht ein Tarif, welcher Kündigungsausschluß vorsieht. Vereinbart ist der Tarif mit der Schlosserinnung und dem „Verbande Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe". Nun gibt es aber auch Eisenhändler, die Anschlagearbeiten ausführen lassen. Bei dem Händler Gottschewski war der Anschläger P. beschäftigt gewesen, ohne daß über Kündigung etwas vereinbart war. Nach seiner Entlassung verlangte deshalb P. durch Klage beim Gewerbegericht eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Er ging davon aus, daß der mit der Innung und dem Verbande der Schlossereien vereinbarte Tarif für die Arbeitsverhältnisse der von Kaufleuten, Eisenhändlern usw. beschäftigten Bauanschläger nicht gelte und er deshalb auf die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist Anspruch hätte. — Die Kammer 3 des Berliner Gewerbegerichts wies ihn jedoch in ihrer letzten Sitzung mit folgender Begründung ab: Wenn der Tarifvertrag auch nur mit der Innung und dem Schlossereien-Verbande abgeschlossen sei, so habe er sich doch so eingebürgert, daß er als Ortsgebrauch betrachtet werden müsse und auch auf Angehörige derselben Branche Anwendung fände, die von Leuten beschäftigt würden, welche nicht der Innung und jenem Verbande von Schlossereien angehörten, z. B. den Eisenhändlern. Somit habe aber für den Kläger Kündigungsausschluß gegolten.

Vermischtes.

Zum letzten Raubmord. Der 68jährige frühere Bahnwärter Chr. Hennig, der am Planer See ein kleines Häuschen, idyllisch im Walde gelegen, bewohnte, ist von einem Ernst Wilde aus Brandenburg am Sonnabend ermordet worden. Nachmittags kam ein städtischer Arbeiter zu H. Ein entsetzlicher Anblick bot sich dar. Am Boden lag in einer Blutlache Hennig, dicht neben dem Ermordeten am Fenster sitzend und schlafend der Mörder. Der Arbeiter benachrichtigte Bahnbeamte, die mit Hülfe des Försters Storbeck den Mörder nach kurzem Widerstande fesselten und dann einem Gendarmen übergaben. Der Mörder ist gegen 10 Uhr bei Hennig eingetroffen und da er mit diesem bekannt war, bewirtet worden. Wilde hatte erfahren, daß Hennig zwei Schweine verkauft hatte, vermutete also Geld zu finden. Nach der Mordtat hatte er sich ans Fenster gesetzt, um die Rückkehr der nach Brandenburg gegangenen Frau H. abzuwarten und war wohl infolge des Schnapsgenusses eingeschlafen. Bei seiner Festnahme fand man einen blutbefleckten Revolver sowie einen blutigen Hammer, mit dem H. getötet worden war, nachdem die Schußwunden sich nicht als tödlich erwiesen hatten. Der Ermordete war eine alte, biedere Natur, fleißig und ohne Falsch, die Ehefrau eine allgemein bekannte, stets freundliche Wirtin, sammelte im Sommer Pilze, die sie in Brandenburg verkaufte. Bemerkenswert ist, daß Hennig schon bei Lebenszeit mehrfach die Befürchtung geäußert hat, einmal ermordet zu werden. Diese Befürchtung hielt ihn auch ab, Näheres über einen geaufigen Fund, den er vor Jahren in der dortigen Forst gemacht hatte, mitzuteilen. Die Leiche eines den besseren Ständen angehörigen Mannes wurde dort verscharrt vorgefunden. Niemals ist es gelungen, das Geheimnis zu lüften. Weder die Identität des Ermordeten und Beraubten noch die Mörder konnten festgestellt werden. Hennig kannte sie, hatte auch die Wertsachen, eine goldene Uhr usw., in deren Besitz gesehen, fürchtete aber die Rache der übelbeleumundeten Personen und schwieg deshalb, nachdem die Untersuchung im Sande verlaufen war. Der Mörder Wilde hat bei seiner Vernehmung die Tat ohne ein Zeichen von Reue eingestanden, behauptet aber, bei der Bezahlung mit H. in Streit geraten zu sein.

Mordversuch im Polizeigebäude. Der 28 Jahre alte Feinmechaniker Albrecht Hoffmann von München, der am Freitag mit dem zum Tode verurteilten Holzhändler Wilhelm Schiller (welches Urteil vom Reichsgericht aufgehoben wurde) und dem Kellner Heinrich Kämpffen vom oberbayerischen Schwurgericht wegen erschwerter Meuterei — sie hatten drei Zellentüren geöffnet und einen Aufseher zu Boden geschlagen — zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, hatte sich am Sonnabend abermals vor dem oberbayerischen Schwurgericht und zwar diesmal wegen Mordversuchs zu verantworten. Hoffmann wurde am 2. Dezember wegen großer Wechselschwindeleien verhaftet und gab dann auf zwei Kriminalkommissare drei Revolverschüsse ab, wobei einer leicht an der Schulter verwundet wurde. Hoffmann bestritt die Tötungsabsicht, er wollte sich selbst eine Kugel durch den Kopf jagen; dadurch, daß ihm die Beamten in den Arm gefallen seien, hätten die Schüsse eine andere Richtung genommen. Die Geschworenen sprachen Hoffmann eines Totschlagsversuchs schuldig, worauf Hoffmann zu einer Gesamtzuchthausstrafe von elf Jahren verurteilt wurde.

Fünf Personen ertrunken. Sonnabend vormittag kenterte plötzlich das Schiff „Fanny" in der Eidermündung. Fünf Insassen des Schiffes ertranken. Das Schiff war mit dem Auslegen von Tonnen beschäftigt. Taucher sind bemüht, das Schiff zu heben. Bisher ist noch keine Leiche geborgen worden.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. März 1906.
Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich mit leichten Schneefällen und mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Freie Volksbühne Charlottenburg.
Freitag, 30. März, ab. 8½ Uhr, im „Volkshause", Rosinenstr. 3:
Kunstabend.
Heinrich Heine und Zeitgenossen.
Rezitation. Gesang. Violine. Klavier.
Entree 30 Pf. Garderobe frei.
◆ Gäste haben Zutritt. ◆
Einlaßkarten sind in allen Zahlstellen der Volksbühne zu haben.
290/13 Der Vorstand.

August Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63,
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen
Spezial-Geschäft. Gegr. 1872. *

Motels Schneider-Werkstatt
— gegründet 1876 —
Rixdorf, Ringbahnstr. 33.
Mache meine werte Kundschaft auf meine neu erschienenen
Frühjahrs- u. Sommer-Kollektionen
aufmerksam. Es ist lohnend, dieselben mit der der Konkurrenz zu vergleichen. (Die Forderungen der Schneider sind bewilligt.) 346B*

Aeltestes konz.
Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer. Gelegenheitskäufe in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. [329L*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.